

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Stefan Hradil

Die Modernisierung des Denkens
Zukunftspotentiale und „Altlasten“ in Ostdeutschland

Michael Vester

Deutschlands feine Unterschiede
Mentalitäten und Modernisierung in Ost- und Westdeutschland

Ursula Schröter

Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß
Eine soziologische Analyse zur sozialen Situation
ostdeutscher Frauen (1990–1994)

Kerstin Seiring

Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach
der Wiedervereinigung

B 20/95
12. Mai 1995

Stefan Hradil, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., Dr. sc. oec. h.c. (H), geb. 1946; Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Slawischen Philologie in München; Professor für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Letzte Buchveröffentlichungen: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987; (Hrsg. zus. mit Peter A. Berger) Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen 1990; (Hrsg.) Zwischen Bewußtsein und Sein, Opladen 1992; (Hrsg. zus. mit Uta Gerhardt/Doris Lucke/Bernhard Nauck) Die Familie der Zukunft, Opladen 1995; Die „Single-Gesellschaft“, München 1995 (i. E.).

Michael Vester, Dipl.-Soz., Dr. phil., geb. 1939; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover; Sprecher des Forschungsverbundes Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung der Universitäten Hannover und Oldenburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, Frankfurt am Main 1970ff.; (Hrsg.) Die Frühsozialisten I. u. II., Reinbek 1970 u. 1971; (Hrsg.) E. P. Thompson, Das Elend der Theorie, Frankfurt am Main 1980; Modernisierung und Unterentwicklung in Südportugal, Hannover 1991; (zus. mit Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller) Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993; (Hrsg.) Unterentwicklung und Selbsthilfe in europäischen Regionen, Hannover 1993; Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-27/93; (Hrsg. zus. mit Michael Hofmann/Irene Zirke) Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995.

Ursula Schröter, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Mathematik; seit 1975 in der Soziologie, vorwiegend soziologischen Methodik tätig; z. Z. teilzeitbeschäftigt an der Universität Potsdam.

Veröffentlichungen seit 1990 zum Thema „Soziale Lage und Reflexionen ostdeutscher Frauen“.

Kerstin Seiring, Dipl.-Soz., geb. 1966; Studium der Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und an der Freien Universität Berlin; seit 1994 im Rahmen des europäischen „Panel Comparability“-Projektes (PACO) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, tätig.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Modernisierung des Denkens Zukunftspotentiale und „Altlasten“ in Ostdeutschland

I. Die Fragestellung

Ähnlich wie Umweltschäden und verwahrloste Bausubstanz in den neuen Bundesländern als „Altlasten“ gelten, so erscheinen auch bestimmte „alte“, in 40 Jahren DDR erworbene Denk- und Verhaltensweisen der Menschen als Modernisierungshemmnisse. Mit dem vorliegenden Beitrag soll darauf hingewiesen werden, daß einige dieser Mentalitäten und Verhaltensmuster im Gegenteil Zukunftspotentiale darstellen. Begründet wird dies mit modernisierungstheoretischen Argumenten und Befunden, die vergleichsweise genau darauf eingehen bzw. zeigen, was in „postindustriellen Gesellschaften“ erforderlich ist.

Mithin sollen in diesem Beitrag im wesentlichen zwei Fragen beantwortet werden:

Erstens: Gibt es im Rahmen von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen auch Entwicklungsmuster des Denkens und Handelns, die sich verallgemeinern (und eventuell bis in die Zukunft hinein voraussehen) lassen? Wenn ja, wie lassen sie sich charakterisieren?

Wenn es solche benenn- und voraussehbaren Entwicklungstendenzen gibt, dann werden bestimmte Denk- und Verhaltensweisen in die Zeit „passen“, sich für den einzelnen als förderlich und für gesellschaftliche Prozesse als funktional erweisen. Andere Denk- und Verhaltensweisen werden unzeitgemäß sein und „quer“ zu kommenden Entwicklungen liegen. Sie werden bestenfalls als lebenswert „altmodisch“ gelten, schlimmstenfalls an den Rand des Tolerablen, zu persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsbarrieren geraten.

Zweitens: Hieraus ergibt sich die zweite, viel brisantere Frage, deren Beantwortung im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen wird: Inwieweit stellen die derzeit in Ostdeutschland beobachtbaren Denk- und Verhaltensweisen Barrieren oder aber Wege der Modernisierung dar, inwiefern hemmen oder fördern sie erfolversprechende Wege in die Zukunft?

Dies zu thematisieren ist m. E. von erheblicher Bedeutung: Die DDR ist, so sagen viele¹, nicht zuletzt wegen ihres systembedingten Mangels an handlungsfähigen Akteuren und praktizierter subjektiver Autonomie implodiert. Es waren also ganz wesentlich Fragen des Denkens und Handelns, die den Anfang vom Ende der DDR mit sich brachten. Auch die *gegenwärtigen Transformationsprozesse*, die Probleme des Umbruchs und deren Bewältigung, sind keinesfalls nur eine Frage des „Objektiven“, beispielsweise des Arbeitsplatzangebots oder der Umweltschäden. Die momentanen Veränderungen sind auch maßgeblich bestimmt von „subjektiven“ Faktoren, von Einstellungen, von der Zufriedenheit und den Aktivitäten der Menschen. Schließlich wird auch die *Zukunft der neuen Bundesländer* entscheidend davon abhängen, wie sich Mentalitäten und Verhaltensformen entwickeln werden. Rigide Beharrungskräfte, Fehlanpassungen oder Überreaktionen könnten dazu beitragen, daß Übergangsprobleme zu langfristigen werden. „Moderne“ Mentalitäten und Praktiken könnten dazu verhelfen, Transformationsprobleme abzukürzen. Wenn es gelänge, in Ostdeutschland vorhandene „alte“, gleichwohl zukunftsweisende Denkweisen zu identifizieren, um so die Möglichkeit zu eröffnen, diese positiv zu besetzen, also ihre Träger zu ermutigen, wäre einiges erreicht².

Freilich hat die eben skizzierte Themenstellung ihre Tücken und Gefahren:

Erstens erfordert sie eine Feststellung von soziokulturellen Modernisierungstendenzen und von individuellen Denkweisen, die in diesem Rahmen funktional und zukunftsstauglich sind. Es steht also eine theoretisch begründete Unterscheidung von Kulturmustern an, die im Lichte von Modernisie-

1 Vgl. z. B. Michael Thomas, Vernachlässigte Dimensionen soziologischer Analyse, in: ders. (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch, Berlin 1992, S. 198–127.

2 Selbstverständlich (und Gott sei Dank) sind Denkweisen und Mentalitäten nicht einfach plan- und gestaltbar. Aber es wird der persönlichen Identität und Lebensführung dienlich sein, zu wissen, welche Einstellungen und Verhaltensweisen in fortgeschrittenen Gesellschaften nützlich oder gar notwendig sind.

rungsentwicklungen positiv bzw. negativ zu bewerten sind. Wo die Sicherheit herkommt, bestimmte Gesellschaftsentwicklungen als voraussehbare Trends zu bezeichnen – wo doch die Gedanken bekanntlich frei und Kulturbestände erwiesenermaßen langlebig sind –, gilt es wohl zu begründen. Erst recht begründungs- und rechtfertigungsbedürftig ist die wertende Benennung von mentalen Zukunftspotentialen und Zukunftshemmnissen.

Zweitens birgt die Absicht, „rückständige“ Denkmuster einerseits und moderne, zukunftsorientierte andererseits zu identifizieren, die Gefahr in sich, Vorurteile zu schüren: Wenn der Anschein entstände, daß den „Ossis“ erläutert werden müsse, in welcher Hinsicht sie „noch zu lernen haben“, daß sie darüber aufzuklären seien, wo ihre von ihnen selbst unerkannten Zukunftschancen lägen, wäre das kein Beitrag zur politischen Bildung, sondern zum Wiederaufbau der „Mauer“ in den Köpfen der Menschen. Diese Gefahr besteht um so mehr, als im folgenden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Mittelpunkt stehen werden, während auf Differenzierungen innerhalb Ost- und Westdeutschlands wenig eingegangen wird³.

Auf den ersten Blick enthält die Fragestellung dieses Beitrags eine dritte, ganz unmittelbare Schwierigkeit: Wenn man praktischen Erfahrungen und populären Modernisierungsvorstellungen glaubt, muß man über dieses Thema gar nicht lange reden. Dann scheint die Antwort auf der Hand zu liegen. Dann überwiegen die „Altlasten“ ganz eindeutig, und die Menschen in Ostdeutschland „haben noch viel zu lernen“.

Denn viele „aus der Praxis“ berichtete „Erfahrungen“ über Denk-, Lebens- und Handlungsmuster in Ostdeutschland lassen sich mit dem Begriff „Rückständigkeit“ zusammenfassen: In den neuen Bundesländern auffallende Mentalitäten und Verhaltensweisen (wie die Betonung der Familiengemeinschaft, Rückzugsmentalität, Privatismus, formales Pflichtdenken, Materialismus, Normalitätsdruck, Autoritäts- und Staatsgläubigkeit) werden häufig jenen gleichgestellt, die in Westdeutschland und in anderen entwickelten Industriegesellschaften vor mehr als 20 Jahren verbreitet waren, dort aber heute ganz unangebracht erscheinen. Auch Begründungen für dergleichen „Rückständigkeiten“ sind schnell zur Hand. Meist wird auf „Erblasten“ der DDR verwiesen: In der DDR dominierte – bis zuletzt – noch die mechani-

sierte Massenproduktion von Gütern mit maschinenabhängigen, regelorientierten, standardisierten Arbeitsplätzen, als im Westen schon die differenzierte Dienstleistungsökonomie blühte; die materiellen Lebensbedingungen in der DDR waren – ebenfalls bis zuletzt – durch Knappheit und Einheitsangebote charakterisiert, stärker noch als im Westdeutschland der sechziger Jahre; der Sozialismus konservierte die „spezifisch deutschen Kulturtraditionen“ des pflichtorientierten Protestantismus, des Preußentums und des Untertanenstaates. Die 68er-Bewegung und der Wertewandel haben in Ostdeutschland nicht stattgefunden. Es besteht also kein Begründungsnotstand, dem Denken in Ostdeutschland Rückständigkeit zu attestieren. So weit zur Praxis vieler alltäglicher Beobachtungen.

Aber auch die landläufigen, von den konkreten Gegebenheiten in Ostdeutschland abstrahierenden Modernisierungsvorstellungen vermitteln kein anderes Bild. In der Regel werden hierbei bestimmte Einrichtungen oder empirische Gegebenheiten als Kennzeichen des Modernisierungsgrades von Gesellschaften benannt. Hierzu zählen der Aufbau der demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen, der Marktwirtschaft, des Wohlstands und Massenkonsums, der Massenmedien, der Mobilität, Alphabetisierung und Bildung der Menschen sowie die Verlängerung ihrer Lebenserwartung und die Verbesserung ihres Gesundheitszustandes. All das gilt üblicherweise als Gradmesser der Modernisierung. Länder, die diese Kennzeichen nicht oder in minderm Maße besitzen, müssen mehr oder minder viel „nachholen“.

Diese populären Modernisierungsvorstellungen einer „nachholenden Modernisierung“ verleiten erst recht zur Vermutung, daß Denk- und Verhaltensweisen in Ostdeutschland „rückständig“ seien. Schließlich sind die erwähnten, als Modernisierungskennzeichen geltenden Institutionen, Rechtsordnungen und Organisationen in Ostdeutschland den westdeutschen mittlerweile weitgehend angeglichen. Auch das materiell Faßbare, vom Straßen- und Wohnungsbau über die Kommunikationsmittel und Entlohnungen bis hin zur Produktivität, ist in schnellem Aufholen begriffen. Kulturmustern hingegen wird nachgesagt, sich wesentlich langsamer zu ändern als Institutionen und Materielles. Eine oft zu hörende Vermutung besagt denn auch, daß das Denken und Verhalten in Ostdeutschland noch viel rückständiger sei, daß es auf diesem Gebiet noch viel mehr nachzuholen gäbe als etwa bei der Modernisierung von Verwaltungen oder Betriebsabläufen. Alltägliche Beobachtungen fügen sich häufig diesen abstrakten Erwartungen

³ Dies geschieht im Beitrag von Michael Vester in diesem Heft.

eines Modernisierungsrückstandes: Privatismus und Traditionalismus, Gemeinschaftsabhängigkeit, Staats- und Autoritätsgläubigkeit scheinen in vielen Fällen modernen Institutionen noch nicht angepaßt. Diese „subjektiven“ Modernisierungsrückstände behindern anscheinend die nachholende Modernisierung. Die Schlußfolgerung scheint nahezu liegen, daß die Zukunft des Denkens und Verhaltens für Ostdeutsche schon heute in Westdeutschland zu finden sei.

Da also die eingangs gestellten Fragen auf große Risiken und verbreitete Einwände stoßen, möchte ich im folgenden zwei gegenläufige Antworten geben:

Erstens will ich darlegen, daß nicht nur die erwähnten *laienhaften* Alltagsbeobachtungen und -theorien, sondern auch die übergroße Mehrzahl der *professionellen* soziologischen (Modernisierungs-) Theorien und empirischen Befunde den Anschein einer „Rückständigkeit des Denkens“ in Ostdeutschland stärken. Dies kann ohne Mühe weitergetrieben werden bis nahe an einen Punkt hin, an dem man von „gesicherten sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen“ sprechen könnte.

Kaum aufgerichtet, möchte ich *zweitens* manche theoretischen Grundpfeiler und empirischen Aufbauten dieses „Erkenntnisgebäudes“ wieder einreißen. Die scheinbare Sicherheit, daß Ostdeutschland geprägt sei von „veralteten“, für die Zukunft untauglichen Mentalitäten, will ich ein Stück weit brechen. Es soll die *These* vertreten und begründet werden, daß *es in Ostdeutschland manche Strukturen des Bewußtseins und des Verhaltens gibt, die nur scheinbar rückständig sind, die in Wirklichkeit aber (ähnlich wie erhaltene Altstadtkerne, Frauen-erwerbstätigkeit, Kinderkrippen, Polikliniken und in sich differenzierte Mittelschulen) beachtliche Zukunftspotentiale in sich bergen.* Diese These soll mit theoretischen Argumenten zur Entwicklung „postindustrieller“ Gesellschaften begründet und – soweit möglich – empirisch gestützt werden.

So ist auch der Untertitel des Aufsatzes gemeint: Einige soziokulturelle Bestände Ostdeutschlands, die heute noch „Altlasten“ der Vergangenheit, meist der DDR-Vergangenheit, darstellen, könnten sich als Zukunftspotentiale erweisen. Sie könnten vielleicht sogar dazu dienen, einen etwas anderen Weg in die „postindustrielle Gesellschaft“ einzuschlagen und hierauf diejenigen Länder zu überholen, die den „normalen“ Gang westeuropäischer Modernisierung gehen. Ironischerweise könnte so Walter Ulbricht mit seiner Parole vom „Überholen ohne einzuholen“ doch noch recht behalten – freilich anders, als er es meinte.

II. Die erste Antwort: „Altlasten“

1. Soziologische Modernisierungstheorien und die „Modernisierung des Denkens“ in Westdeutschland

Auf den ersten Blick unterscheiden sich soziologische Modernisierungstheorien erheblich. Dies zeigt sich an wichtigen Beispielen:

- So faßte *Emile Durkheim* (1858–1917) den Modernisierungsprozeß als Übergang von der „mechanischen Solidarität“ zur „organischen Solidarität“, von der unverbundenen Gleichartigkeit zur verbundenen Ungleichartigkeit (funktional differenzierter) Gesellschaftsbestandteile⁴.
- *Georg Simmel* (1858–1918) stellte den Menschen im Laufe der Modernisierung in den „Schnittpunkt“ von immer mehr und immer verschiedenere „sozialen Kreisen“. Jedem dieser Kreise allein (Beruf, Stand, Familie, Verein, Gemeinde etc.) ist der einzelne immer weniger verpflichtet, damit wachsen individuelle Entfaltungschancen⁵.
- *Norbert Elias* (1897–1990) sieht den einzelnen Menschen in enger Verflechtung mit gesellschaftlichen Strukturen. Diese „Figurationen“ verändern sich in langfristiger historischer Perspektive in der Weise, daß die Funktionsteilung zunimmt, die „Menschenketten“ länger werden, mit denen der einzelne korrespondiert, was zu einer Zurücknahme von Affekten und einer Zunahme von zivilisierter Selbstkontrolle führt⁶.
- *Talcott Parsons* (1902–1979) isolierte „evolutionäre Universalien“. Das sind „Erfindungen“ von Gesellschaften, die für ihre Entwicklung „so wichtig sind, daß mit großer Wahrscheinlichkeit mehrere Systeme unter ganz verschiedenen Bedingungen diese ‚Erfindung‘ machen“⁷ oder aber empfindliche Nachteile und Entwicklungsrückstände erleiden. Religion, Sprache, Verwandtschaftsordnungen und Tech-

4 Vgl. Emile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt am Main 1988².

5 Vgl. Georg Simmel, Die Philosophie des Geldes, Gesamtausgabe, Bd. 6, Frankfurt am Main 1989.

6 Vgl. Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Frankfurt am Main 1992¹⁷.

7 Vgl. Talcott Parsons, Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln–Berlin 1969, S. 55.

nologie sind nach Parsons die evolutionären Universalien früher Entwicklungsphasen. Kulturell legitimierte soziale Schichtung, Bürokratie, Geld und Marktorganisation, generell gültige Normen und demokratische Assoziationen sind Parsons zufolge die evolutionären Universalien entwickelter Gesellschaften.

- Wolfgang Zapf (geb. 1937) vertritt das Konzept der „weitergehenden Modernisierung“, im Sinne von Richtungskonstanz und Strukturverbesserung. Innerhalb der Basisinstitutionen Marktwirtschaft, Konkurrenzdemokratie, Konsum, Wohlfahrtsstaat, die moderne anpassungsfähige erfolgreiche Gesellschaften auszeichnen, werden Innovationen durchgesetzt, auch unter Konflikten⁸.
- Ulrich Beck (geb. 1944) ist dagegen Verfechter der Theorie „reflexiver Modernisierung“, die Korrekturen und Begrenzungen des Modernisierungsprozesses ins Blickfeld rückt. Die Modernisierung richtet sich nun, unter anderem mittels Wissenschaft und politischer Prozesse, auf die Folgen der bisherigen, vornehmlich rationalisierenden Modernisierung⁹.
- Ähnlich Burkhardt Lutz (geb. 1925): Er diagnostiziert das Ende der selbstlaufenden und den Beginn der selbstgesteuerten Modernisierung¹⁰.

Genauer besehen weisen diese gängigen Modernisierungstheorien nicht nur Unterschiede und Widersprüche auf. Der gemeinsame Tenor lautet, daß Modernisierungsprozesse im Grunde sowohl Rationalisierungs- als auch Ausdifferenzierungsprozesse darstellen. Geläufige Modernisierungstheorien laufen ferner darauf hinaus, daß der einzelne in seinen subjektiven Kompetenzen, seiner Autonomie, seiner persönlichen Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit immer mehr gefördert, aber auch gefordert wird. Daraus wird nicht selten geschlossen, daß die Individuen auch tatsächlich immer eigenständiger, zweckrationaler, individueller, ichbezogener, ja egoistischer leben und sich ihre Bindungen zu Gemeinschaften wie Familie, Gemeinde etc. immer mehr lockern.

8 Vgl. Wolfgang Zapf, Modernisierung und Modernisierungstheorien, in: ders. (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Frankfurt am Main 1991, S. 23 ff.

9 Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986, S. 254 ff.

10 Vgl. Burkhardt Lutz, Das „Projekt Moderne“ liegt noch vor uns. Zur Notwendigkeit einer neuen Makrotheorie moderner Gesellschaften, in: Hans-Ulrich Derlin (Hrsg.), Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz, Baden-Baden 1994, S. 513–526.

Diese gemeinsamen modernisierungstheoretischen Grundzüge haben sich auch im neueren Theorien- und Begriffsapparat der Soziologie niedergeschlagen. Ein Exkurs mit drei Beispielen soll darauf hinweisen:

Erstens: So konzentrierte sich der soziologische Begriff der *Sozialstruktur* noch bis in die sechziger Jahre hinein auf die Berufshierarchie und das hierauf aufbauende Schichtungs- und Ungleichheitsgefüge. Dann wurde immer öfter ein mehrdimensionaler Sozialstrukturbegriff verwendet, der auch „horizontale“ Strukturbereiche wie Bevölkerung, Familie, Erwerbstätigkeit etc. einschloß. Die wesentlichen Gesellschaftsstrukturen waren offenkundig nicht länger vornehmlich durch Ungleichheiten des Erwerbslebens zu charakterisieren. Seit einigen Jahren wird darüber hinaus diskutiert, ob auch soziokulturelle Strukturen, wie soziale Milieus und die vom einzelnen mehr oder minder wählbaren Lebensstile, als genuine Bestandteile des Begriffs „Sozialstruktur“ und nicht länger nur als deren Folgeerscheinungen gelten sollen. Ganz offenkundig schreitet mit der gesellschaftlichen Differenzierung auch die kulturelle und individuelle Entwicklung der Sozialstruktur fort.

Zweitens: Ähnlich ist es mit dem soziologischen Begriff *Lebensformen*. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren, als mehr als neun Zehntel der einschlägigen Altersjahrgänge in Deutschland verheiratet waren und hiervon mehr als neun Zehntel Kinder hatten, existierte der soziologische Begriff „Lebensformen“ praktisch nicht. Man sprach von „Familie“ und „Familiensoziologie“. Die zunehmende Differenzierung der Art und Weise alltäglichen Zusammenlebens erforderte jedoch ein „größeres begriffliches Dach“. Da der Inhalt des Begriffs „Familie“, anders als der Begriff „Sozialstruktur“, kaum zu erweitern war, jedenfalls nicht Alleinlebende und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschließen konnte, wurde eine abstraktere Begrifflichkeit notwendig, eben der Begriff „Lebensformen“. Er wird den differenzierteren und immer mehr selbstgewählten Formen persönlichen Zusammenlebens gerecht.

Drittens: In gleicher Weise spiegeln sich die oben theoretisch skizzierten Modernisierungsprozesse im Vordringen bestimmter *soziologischer Theoriemuster*. So nehmen individuelle Theorien des sozialen Handelns immer mehr Raum ein, sowohl in der Form normativer Handlungstheorien, die den Zielsetzungen der Menschen besonderes Gewicht zumessen und zumeist interpretative Forschungsverfahren nahelegen, als auch in der Form von Theorien rationaler Wahl, die die zweckmäßige

Mittelwahl in den Vordergrund rücken und oft analytische Methoden nach sich ziehen. Auch in der „Maßstabsverkleinerung“ der Systemtheorien und ihrer Wendung hin zur Thematisierung selbstreferentieller Systeme spiegeln sich Ausdifferenzierung und zunehmende subjektive Kompetenz, also die oben theoretisch gefaßten gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse.

Wenn Modernisierungstheorien auf bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen Bezug nehmen, müssen diese nicht notwendigerweise wirklich gegeben sein. Deshalb soll nun anhand empirischer Befunde gezeigt werden, inwieweit die oben theoretisch (und in ihrer Widerspiegelung in soziologischen Begriffen und Erklärungsmustern) gezeigten Modernisierungstendenzen, insbesondere die der „Modernisierung des Denkens“, tatsächlich zutreffen.

Überblickt man die neueren empirischen Ergebnisse der soziokulturellen Sozialforschung, so belegt eine Fülle von Befunden aus der Milieu- und Lebensstilforschung, der Wertewandelforschung und der Erforschung von Lebensformen, daß sich in Westdeutschland seit wenigstens 20 Jahren nicht nur die Möglichkeiten deutlich verbessert haben, subjektive Fähigkeiten zu entwickeln und individuelle Aktivitäten zu entfalten – der „soziale Raum“ öffnete sich –, sondern ganz offenkundig wurden diese Möglichkeiten auch genutzt. Subjektive Fähigkeiten vermehrten und individuelle Aktivitäten verstärkten sich. Die theoretisch behaupteten und im soziologischen Instrumentarium reflektierten Entwicklungen gibt es also tatsächlich.

Dies zeigt sich unter anderem an der Vergrößerung bestimmter sozialer Milieus¹¹. Unter „sozialen Milieus“ werden Gruppen Gleichgesinnter mit ähnlichen Konstellationen von Werthaltungen und Einstellungen verstanden. Manche dieser Milieus sind im Vergleich zu einigen anderen „übereinander“ in der Sozialstruktur anzusiedeln, weil die typischen Berufspositionen, Bildungs- und Einkommensgrade ungleich sind. Das Verhältnis zwischen einigen Milieus ist jedoch durch bloße Unterschiede der Mentalitäten und Alltagsethiken gekennzeichnet. Diese Milieus sind „nebeneinander“ zu lokalisieren.

So hat sich im Zeitraum von 1982 bis 1991 das „Hedonistische Milieu“ von zehn auf 13 Prozent

11 Vgl. Michael Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln 1993; ders., Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland, in: ders./Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995, S. 7–50; vgl. auch den Beitrag von Michael Vester in diesem Heft.

vergrößert. Ihm gehören meist junge Menschen an, die radikale Individualisten darstellen, welche Werte wie Freiheit und Ungebundenheit favorisieren. Spontaneität im Konsum, Originalität, Unverwechselbarkeit und „Echtheit“ gelten ihnen als wichtige Stilkriterien. Auch das „Aufstiegsorientierte Milieu“ wächst anhaltend. 1982 wurden ihm 20 Prozent, 1991 schon 24 Prozent der westdeutschen Bevölkerung zugerechnet. Dessen Mitglieder wollen sich hocharbeiten und soziales Ansehen genießen, orientieren sich deshalb an den Standards und Statussymbolen oberer Schichten. Das „Technokratisch-liberale Milieu“ bleibt immerhin in seiner Größe von ca. neun Prozent bestehen. Ihm werden Menschen zugerechnet, die vom Wunsch nach intensivem Leben, nach neuen Erfahrungen, nach Wachstum und Entwicklung ihrer Persönlichkeit erfüllt sind. Sie streben Erfolg, einen hohen Lebensstandard und – beruflich – Selbstverwirklichung an. Glück gilt ihnen als machbar.

Dagegen werden diejenigen Milieus ständig kleiner, die wenig subjektive Handlungskompetenzen vermitteln und erfordern. So schrumpft die traditionelle Arbeiterkultur, die Werte der Bescheidenheit, der Verantwortung gegenüber anderen und der pflichtgemäßen Arbeitsorientierung favorisiert. Das „Traditionelle Arbeitermilieu“ Westdeutschlands umfaßte im Jahre 1982 noch neun Prozent und im Jahre 1991 nur noch fünf Prozent der Bevölkerung¹².

Auch die empirischen Befunde zum Wertewandel weisen in die Richtung vermehrter Selbstbestimmung der einzelnen. Insgesamt hat im Zuge des „Wertewandels“ die fraglose Hinnahme von Traditionen und Normen abgenommen. Regeln und vorgegebene Strukturen werden immer öfter nur noch dann akzeptiert, wenn sie persönlichen Interessen und/oder Selbstverwirklichungsbestrebungen entsprechen.

Auch wenn man den „Wertewandel“ nicht so grob zusammenfaßt, sondern differenzierter betrachtet, ergibt sich die gleiche Tendenz. Der „Wertewandel“ verläuft ja keineswegs eindimensional, weg von materiellen sowie von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Werten der Selbstverwirklichung und Kommunikation. Weit überwiegend finden sich in der Bevölkerung vielmehr unterschiedliche Mischungstypen, die auch beide Pole intensiv oder aber wenig ausgeprägt verkörpern können. Gerade die immer häufiger beobachtbaren Wertekombinationen, wie der „Idealist“ und der „Hedo-

12 Vgl. ebd.

nistische Materialist“, tragen sowohl alte (materielle oder Pflicht-)Werte, als auch neue (Selbstverwirklichungs-)Werte in sich, die aber stets der Durchsetzung von persönlich als richtig empfundenen Zielsetzungen dienen. Hierbei läßt sich der „Idealist“ kennzeichnen durch wenig Pflicht- und Akzeptanzwerte, wenig Hedonismus und Materialismus, aber viel idealistische Selbstentfaltung und Engagement. Die typische 68er Generation kommt diesem Typus nahe. Der „Hedonistische Materialist“ hingegen ist charakterisiert durch wenig Pflicht- und Akzeptanzwerte, wenig nach außen gerichtetes Engagement, aber viel Hedonismus und viel Materialismus. Die „Konsumjugendlichen“ der achtziger Jahre entsprechen diesem Typus ziemlich genau¹³.

Die Erforschung von *Lebensformen* macht schließlich deutlich, daß Menschen in modernen Gesellschaften in immer unterschiedlicheren Konstellationen zusammenleben. Die Häufigkeit aller „untypischen“ Lebensformen nimmt zu. So lebten im Jahre 1972 erst ein Prozent, im Jahre 1990 schon 20 Prozent aller westdeutschen Frauen im Alter von 25 bis 29 Jahren in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft¹⁴. Unter allen westdeutschen Familien mit 25- bis 45jährigen Eltern fanden sich im Jahre 1961 erst 9,82 Prozent und im Jahre 1990 schon 14,87 Prozent Alleinerziehende. Unter allen westdeutschen Haushalten der 25- bis 45jährigen befanden sich im Jahre 1961 nicht mehr als 11,06 Prozent und im Jahre 1990 bereits 28,72 Prozent Einpersonenhaushalte¹⁵. Vieles spricht dafür, daß mittlerweile selbst die Kategorien „Alleinerziehende“, „Nichteheliche Lebensgemeinschaften“ und „Alleinlebende“ zu grob sind, um der Vielgestaltigkeit von Lebensformen gerecht zu werden. Diese Pluralisierung der Lebensformen spricht für die wachsende Fähigkeit der einzelnen, die Lebensform wählen oder schaffen zu können, die ihren Neigungen bzw. ihrer Lage am ehesten entspricht.

Insgesamt ergibt sich so ein Bild, dem zufolge die Zunahme individueller Autonomie und der Fähigkeit des einzelnen, seine subjektiven Bestrebungen zu realisieren, in langfristiger Perspektive ein geradezu zwangsläufiger Bestandteil des Modernisie-

rungsprozesses ist. Zwar umfassen die gezeigten systematischen Befunde nur die letzten Jahrzehnte; über die vielen Jahrzehnte zuvor wissen wir nur durch punktuelle historische Erkenntnisse. Aber auch wenn wir zeitweilige Gegenbewegungen in Rechnung stellen (Romantik, Jugendbewegung, Faschismus) ändert sich an diesem Trend nichts.

Darüber hinaus legen die dargestellten Resultate empirischer Forschung den Schluß nahe, daß nicht nur die subjektiven Kompetenzen, sondern auch deren Ausübung wachsen, daß (aus)gelebte individuelle Werthaltungen, Einstellungen und Meinungen, daß eine wachsende Subjektivität des Verhaltens, daß eine immer größere Herauslösung des einzelnen aus Beziehungsgefügen und seine nur partielle und zweckhafte Einbindung notwendige Entwicklungsprozesse einer sich modernisierenden Gesellschaft sind.

2. Die Situation in Ostdeutschland

Von alledem findet sich in Ostdeutschland entschieden weniger als in Westdeutschland. Wir treffen in hohem Maße noch auf soziokulturelle Strukturen, die typisch für vorindustrielle Gesellschaften oder für „klassische“ produktionsorientierte Industriegesellschaften sind. Diese Gefüge bieten vergleichsweise wenig subjektiven Freiraum und lassen relativ wenig individuelle Aktivität erkennen. Diese pauschal erscheinende Aussage soll anhand der folgenden empirischen Befunde belegt werden.

Erstens: In Ostdeutschland überwiegen bis heute die weniger modernen traditionellen Milieus. So umfaßt das „Traditionsverwurzelte Arbeiter- und Bauernmilieu“, das der Bescheidenheitsethik der Arbeiterschaft anhängt, noch erstaunliche 27 Prozent der Bevölkerung, während in Westdeutschland, wie erwähnt, gerade noch fünf Prozent der Bevölkerung diesem Typus entsprechen. Auch das „Kleinbürgerlich-materialistische Milieu“, dessen Respektabilitätsethik keineswegs mehr subjektiven Freiraum bietet, schließt noch volle 23 Prozent der Bevölkerung der neuen Bundesländer ein¹⁶. Umgekehrt fehlen in Ostdeutschland weitgehend die aufstiegsorientierten und technokratischen Milieus. Selbst das „Status- und Karriereorientierte Milieu“ ist mit neun Prozent der Bevölkerung im Osten Deutschlands nicht nur viel kleiner als sein westdeutsches Pendant. Es ist auch anders, entspricht es doch viel eher der „Statusmentalität der früheren deutschen Karriere-Angestellten und

13 Vgl. Thomas Gensicke, Wertewandel und Familie. Auf dem Weg zu „egoistischem“ oder „kooperativem“ Individualismus?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/94, S. 36-47.

14 Vgl. François Höpflinger, Haushalts- und Familienstrukturen im intereuropäischen Vergleich, in: Stefan Hradil und Stefan Immerfall (Hrsg.), Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1995 (i. E.).

15 Vgl. Statistische Bundesamt, Lange Reihen 204, Wiesbaden 1992; eigene Berechnungen.

16 Vgl. M. Vester, Milieuwandel (Anm. 11), S. 17.

-Beamten, die im DDR-System sehr verfestigt worden ist“¹⁷. Insgesamt sind die sozialen Milieus in Ostdeutschland so viel norm-, konventions- und traditionsgebundener als in Westdeutschland, daß sich die Übertragung von Typologien aus dem Westen zum Teil aus diesem Grund verbietet.

Zweitens: Ähnliche Befunde zeigen sich, wenn man sich aus der „Vogelperspektive“ der gesamtgesellschaftlichen Milieugliederung hinabbeigt in die „Froschperspektive“ und den *Milieuvernetzungen in kleinen Dörfern* nachgeht. Aufschlußreich ist eine qualitative Studie, die von sehr geringen Unterschieden und großen Gemeinsamkeiten der Milieubindung in zwei Dörfern, einem ost- und einem westdeutschen, im Vogtland berichtet¹⁸. Prägend sind in beiden Fällen die Gemeinschaften der Familie und der Dorfbindung. Hierbei ist die westdeutsche Gemeinde immerhin von „Gesellschafts-“ und Individualisierungsprozessen gestreift. Die ostdeutsche Dorfgemeinschaft hat sich in ihrer Prägekraft „trotz oder vielleicht gerade wegen der Herrschaft des real existierenden Sozialismus fast uneingeschränkt auf dem Niveau des späten 19. Jahrhunderts erhalten“. Die Verfasser betonen, „daß der Sozialismus mit seiner grundsätzlich anti-individualistischen und anti-ökonomischen Zielrichtung und seinem moralisierenden Gleichheitsgebot die Vorstellung einer harmonischen, traditionellen Dorfgemeinschaft eher stützte als zerstörte. Das sozialistische System konnte in der ostdeutschen Gemeinde deshalb so problemlos akzeptiert werden, weil es – jedenfalls in seinen alltäglichen Konsequenzen – die ältergebrachte Ordnung nicht unter Erneuerungsdruck setzte. In einer Dorfgemeinschaft, in der jeder nahezu alles vom anderen weiß, werden Spitzeldienste zur Farce. In einer Dorfgemeinschaft, in der die traditionellen Mechanismen der sozialen Kontrolle Homogenität erzwingen, bedarf es keinerlei politischer Disziplinarmaßnahmen seitens der Partei oder des Staates. Die Sozialform, die das sozialistische System anbot, entsprach so in vielem der überkommenen Gemeinschaftsrealität, der ideologische Überbau wurde entweder nicht ernst genommen oder stillschweigend ignoriert und damit auch toleriert. Wenn das Wort ‚Kollektiv‘ politisch erwünscht war, dann sagte man eben ‚Kollektiv‘

17 Ebd.

18 Vgl. Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen, Lebensstilunterschiede in zwei Dörfern Westdeutschlands, Vortrag auf der Tagung der Sektionen „Kultursoziologie“ und „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der DGS am 10./11. Juli 1994 in Mainz, unveröff. Manuskript. Vgl. auch dies., Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland? Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16/94, S. 29–39.

statt ‚Gemeinschaft‘, die Sache aber blieb die gleiche. Noch mehr: Der Sozialismus als Gleichheitsideologie verhinderte das Einsetzen sozialer Differenzierungsprozesse, die sich aus der Steigerung der Produktivkräfte notwendig ergeben hätten, wären ihr nicht ideologische Fesseln angelegt worden. So stützte das sozialistische Gleichheitspostulat die Bewahrung der alten, traditionellen Gemeinschaftswerte, indem es die Entstehung einer die Struktur des Dorfes sprengenden sozialen Ungleichheit verhinderte oder jedenfalls begrenzte.“¹⁹

Drittens: Unter *Lebensstilen* werden in einer Untersuchung im Rahmen des „Wohlfahrtsurvey 1993“ ähnliche, bei zahlreichen Menschen anzutreffende Kombinationen u. a. von Freizeitverhalten, Massenmediennutzung, Musikgeschmack, Kleidungsstil, Einrichtungsstil, Lebenszielen und Wahrnehmungen der persönlichen Lebensweise verstanden (interaktive, expressive und evaluative Indikatoren)²⁰. Als Resultat ergab sich, daß in Ostdeutschland häusliche und bescheidenere Lebensstile wesentlich verbreiteter sind als in Westdeutschland. „Die modernen Orientierungen, ausdifferenzierten Freizeitaktivitäten und ‚legitimen‘ kulturellen Vorlieben im Westen sind Resultat gewachsener Aneignungsmöglichkeiten in fortgeschrittenen und wohlhabenden Gesellschaften.“²¹

Diese empirischen Befunde lassen sich ohne Mühe ergänzen. So brachte der „Arbeiterstolz“, der von den Mächtigen der DDR bewußt gefördert wurde, eine hohe Betriebs- und Ortsbindung, ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl unter der qualifizierten Industriearbeiterschaft vor allem an bestimmten Standorten mit sich²². Bei allen Vorteilen, die solche Mentalitäten haben, der Entwicklung von individuellem Verhalten und praktizierter subjektiver Autonomie erscheinen sie nicht zuträglich. Auch aus einer langfristigen sozialhistorischen Perspektive, die den Blick auf das Ganze einer gesellschaftlichen Kultur freigibt, wird deutlich, wie vieles vom „typisch Deutschen“, wieviel vom „deutschen Sonderweg“ in Ostdeutschland erhalten geblieben ist: der Normalitätsdruck, die

19 W. Gebhardt/G. Kamphausen, Lebensstilunterschiede (Anm. 18), S. 14.

20 Vgl. Annette Spellerberg, Lebensstile in West- und Ostdeutschland. Verteilung und Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen, WZB Paper P 94–105, unveröff. Manuskript, Berlin 1994, S. 5.

21 Ebd., S. 42.

22 Vgl. Astrid Segert, Das Traditionelle Arbeitermilieu in Brandenburg, in: M. Vester/M. Hofmann/I. Zierke (Hrsg.) (Anm. 11), S. 289–329.

Innerlichkeit, das patriarchalische Staatsverständnis und anderes mehr²³.

Diese Belege beweisen zwar nichts. Im Lichte der oben angeführten Theorien interpretiert, verdichten sie aber das Bild von einem deutlichen Modernitätsabstand des Denkens zwischen Ost- und Westdeutschland. Das Netz der Belege ließe sich so engmaschig knüpfen, daß man fast von einer sozialwissenschaftlich gesicherten Erkenntnis sprechen könnte. Aus funktionaler Perspektive ist es von hier nicht mehr sehr weit zu Befürchtungen, daß die in Ostdeutschland weitverbreiteten Mentalitäten und soziokulturell verankerten Verhaltensmuster Modernisierungsprozessen hinderlich sein werden. Einerlei, welcher der gezeigten Modernisierungstheorien man anhängt – ob man unter Modernisierung nun funktionale Differenzierung, die Weiterentwicklung von Basisinstitutionen oder die Besinnung der Menschen auf Stärken und Schwächen ihres Fortschritts versteht –, keine der genannten Modernisierungstheorien wird zum Ergebnis kommen, daß traditionsverhaftete, konformistische und gemeinschaftsverpflichtete Menschen Modernisierung fördern werden. Und umgekehrt sieht es aus dem Blickwinkel geläufiger Modernisierungstheorien so aus, als würden solche Persönlichkeitsstrukturen mit Modernisierung nicht allzugenug zurechtkommen.

Die Ursachen der eben dargestellten, in Ostdeutschland weitverbreiteten Denkmuster stehen in dieser Veröffentlichung nicht zur Debatte. Wenn es aber so ist, daß die oben aufgewiesenen traditionellen, wenig subjektiv-autonomen Strukturen der Eingebundenheit vornehmlich aus der 40jährigen Vergangenheit der DDR zu erklären sind, dann waren die Hinterlassenschaften der DDR „Erblast“ und nicht „Mitgift“²⁴. Teils stellen sie direkte Entsubjektivierungen und Entmündigungen aufgrund des politischen Systems, der sozialstaatlichen Überversorgung (Sicherheitsdenken) und der ökonomischen Unterversorgung (Beziehungsökonomie, Beschaffungsnetzwerke) in der DDR dar. Teils sind sie wohl aus indirekten Wirkungen von DDR-Strukturen zu erklären, die traditionales Denken, „typisch Deutsches“, Gemeinschaftsformen aus der industriellen Frühzeit etc. konservieren halfen. Einiges spricht so dafür, daß es in erster Linie die aus der DDR-Zeit übernommenen und bis heute erhaltenen (gelegentlich

sogar verfestigten) Denkweisen sind, die Modernisierungsrückstände oder sogar Hindernisse auf dem Weg in die Modernisierung darstellen.

III. Die zweite Antwort: Zukunftspotentiale

1. Modernisierung in „postindustriellen Gesellschaften“

Wenn in der Soziologie, die es ja in aller Regel mit ziemlich „unordentlichen“ und in ihrer Zukunft ungewissen Strukturen zu tun hat, welche durchaus unterschiedliche Interpretationen und Perspektiven zulassen, in bestimmten Fällen nahezu alle Befunde und Interpretationen übereinstimmend in die gleiche Richtung weisen, so kann es zwar sein, daß die Soziologie diesmal über völlig gesicherte Kenntnisse über ihren Gegenstand verfügt und dieser von ganz und gar homogener Beschaffenheit ist. Viel eher liegt jedoch der Verdacht nahe, daß hier eine einseitige Blickrichtung der Forscher eine (verfälschende) Rolle spielt. Dann ist Mißtrauen angebracht.

In unserem Falle wird dieses prinzipielle Mißtrauen noch bestärkt durch historische Kenntnisse. Sie zeigen, daß längst nicht alle überkommenen Kulturmuster – und seien es auch solche, die aus Opposition oder als Notgemeinschaft entstanden waren – sich beim Übergang in eine weitere Stufe der Modernisierung als hinderlich erwiesen. Historische Erfahrung (z. B. im Hinblick auf ostasiatische Einwanderergruppen in den USA) zeigt vielmehr, daß manch einer überraschend schnell „schwimmen lernte“, der gezwungen war, aus der „warmen“ Atmosphäre von Tradition und Gemeinschaft in das „kalte Wasser“ gesellschaftlicher Modernisierung zu springen.

Das Mißtrauen legt eine kritische Überprüfung des bisher eingenommenen sozialwissenschaftlichen Blickwinkels nahe: Dabei ergibt sich, daß die Ursache für die Perspektive, die nahezu ausschließlich Rückständigkeit des Denkens und Verhaltens in Ostdeutschland sichtbar macht und künftige Defizite befürchten läßt, nicht in den dargestellten empirischen Befunden liegt. Diese weisen nur auf bestimmte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hin. Die Gründe liegen in den theoretisch angeleiteten Interpretationen dieser Ergebnisse, also in den oben skizzierten zugrundeliegenden Modernisierungstheorien.

23 Vgl. Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 34–45.

24 Vgl. Rolf Reißig, Transformation – Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche, in: Berliner Journal für Soziologie, (1994) 4, S. 323–344.

Betrachtet man diese etwas genauer, so stellt man fest, daß sie im Hinblick auf die „Modernisierung des Denkens“ – anders als es der erste Anschein nahelegt – nicht durchweg zur Interpretation der Rückständigkeit ostdeutschen Denkens zwingen. Sie enthalten nämlich nur die Aussage, das Fortschreiten der *Fähigkeit* zu individueller Autonomie und die Ausweitung subjektiver *Kompetenzen* sei notwendiger Bestandteil des Modernisierungsprozesses. Geläufige Modernisierungstheorien besagen nicht, daß die Menschen im Zuge des Modernisierungsprozesses *tatsächlich* immer individueller und autonomer leben, sich zweckrationaler verhalten, ihre persönliche Subjektivität zum Ausdruck bringen müssen etc.

Offenkundig werden hier unzulässige Vereinfachungen vorgenommen. Deutungen von Modernisierungstheorien, die zum Ergebnis einer *tatsächlichen*, immer weiter gehenden Anpassung der einzelnen an die steigenden Möglichkeiten zur Entwicklung von Subjektivität und Autonomie münden, übergehen die Eigenständigkeit und die Dialektik soziokultureller Bewegungen, die häufig Gegen- und Korrekturbewegungen im Hinblick auf Modernisierung darstellen. Es sind diese soziokulturellen „Einbahnstraßen-Modernisierungstheorien“, die zu Theorien der „nachholenden“ Modernisierung auch des Denkens und Verhaltens in Ostdeutschland geraten.

Ein genauerer Blick auf diese, in soziokultureller Hinsicht zu schlichten Ausdeutungen von Modernisierungstheorien zeigt, daß sie keineswegs den gesamten Modernisierungsprozeß im Auge haben, sondern im Grunde von einer Analyse der herkömmlichen Industriegesellschaft ausgehen. Sie nehmen Bezug auf den Aufbau zweckrationaler, spezialisierter, per Markt oder Staat verflochtener Großorganisationen, die gerichtet sind auf die Überwindung der Mangelgesellschaft, auf die Herstellung von elementaren „objektiven“ Ressourcen und Lebensbedingungen zur Behebung des Mangels und zur Ermöglichung individueller Autonomie, und vor allem auf die an zweckmäßige Arbeits- und Verwaltungsorganisationen angepaßten „privaten“ Lebensformen. Ausgehend von jenen Abstraktionen der „klassischen“ Industriegesellschaft extrapolieren viele geläufige Modernisierungstheorien und beziehen von daher ihre soziokulturellen Linearitätsvorstellungen. Sie kommen so zum Bild des im Grunde allein agierenden, seine subjektiven Fertigkeiten voll ausschöpfenden einzelnen.

Nun sind diese Aussagen als generelle, historisch langfristige Beschreibungen faktischer Entwick-

lungen keineswegs falsch. Was diese soziokulturell deterministischen Interpretationen von Modernisierungstheorien und ihrer Konsequenz, *gelebte* individuelle Autonomie als „Meßlatte“ der Modernisierung auszugeben, jedoch vermissen lassen, ist die Sensibilität für die besonderen Probleme der Modernisierungsphase einer „postindustriellen Gesellschaft“.

Sie verfügen bezeichnenderweise auch über keinen Begriff von der „postindustriellen Gesellschaft“, sondern fassen diese weitgehend negativ – wie das Verlegenheitspräfix „post“ schon andeutet. Definiert man „postindustrielle Gesellschaft“ jedoch positiv – welcher Name dafür auch angemessen sein mag – und formuliert eine auf die „Modernisierung des Denkens“ in dieser Phase ausgerichtete Modernisierungstheorie, so wird deutlich, daß „postindustrielle Gesellschaften“ – nicht zum ersten Mal in der Geschichte der Modernisierung – ein widersprüchliches Gemenge von „Weitergehen“ (s.o. die Modernisierungstheorie von Wolfgang Zapf) und Gegenbewegungen, ein Nebeneinander von schon bisher bestehenden, von qualitativ neuen und von revitalisierten älteren Mustern darstellen²⁵.

Der Grund hierfür liegt darin, daß in dieser Entwicklungsphase nicht nur Erfolge, sondern auch bestimmte Mißerfolge herkömmlicher Industriegesellschaften deutlich werden. Die Erfolge sind nicht zuletzt in Wohlstand, Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Freiheitsgraden erkennbar. Die Mißerfolge betreffen unter anderem technologische Risiken, Umweltschäden und Rüstungsbedrohung, inter- und intragesellschaftliche Ungleichheiten und – dies geht die Fragestellung der vorliegenden Veröffentlichung in besonderem Maße an – *immer problematischere Defizite an Kohäsion, Gemeinsinn, Gemeinschaftlichkeit, moralischen Grundwerten, subjektivem Sinn, Sekundärtugenden, personaler Identität und Integrität*.

Nimmt man eine funktionalistische Perspektive ein und sucht die Gründe für das Be- und Entstehen von Gesellschaftsstrukturen in Funktionen, deren Erfüllung wegen Mangelzuständen dringlich ist, so ist zu erkennen: In „postindustriellen Gesellschaf-

25 Trotz mancher Ähnlichkeiten mit dem radikalen Pluralismus der „Postmoderne“ läßt sich zeigen, daß diese Gesellschaftsstrukturen ganz überwiegend Modernisierungsbewegungen, wenn auch teilweise dialektische, darstellen und ein „Ende der Moderne“ von daher kaum begründbar ist. Vgl. Stefan Hradil, Postmoderne Sozialstruktur? Zur empirischen Relevanz einer ‚modernen‘ Theorie sozialen Wandels, in: Peter A. Berger/Stefan Hradil (Hrsg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen 1990, S. 125–152.

ten“ werden vor allem jene Strukturen und Prozesse als Desiderate immer wichtiger und entstehen – jedenfalls in Gesellschaften, die der Selbstbewegung gesellschaftlicher Kräfte wenig Zügel anlegen – letzten Endes wirklich, die die oben genannten Defizite ausgleichen: So füllen unter anderem Netzwerke und informelle Gruppierungen die soziokulturellen Defizite auf, die die Ausbreitung zweckrational spezialisierter wirtschaftlicher und politischer Großorganisationen in Industriegesellschaften hinterlassen hat. Die typisch „postindustrielle“ Expansion von (Hoch-) Kultur wirkt der Expansion der Mittel, der Zweckrationalität und der Erosion vormoderner Wertebestände entgegen, von denen die industriegesellschaftliche Modernisierung lange zehrte. Gemeinschaftliche Unternehmenskultur dient der Einbindung egoistisch kalkulierender Akteure. Die Kultivierung, Stilisierung und betonte Symbolisierung von Lebensstilen sucht Defizite an Gemeinschaft und subjektivem Sinn auszugleichen usw.

Anders als die derzeit gängige Kulturkritik wissen will, stehen den Defiziten an Kohäsion, Gemeinsinn, Sinn und personaler Identität in den „postindustriellen Gesellschaften“ so durchaus Strukturen zur Erfüllung der fehlenden Funktionen gegenüber. Vielleicht sind sie bislang noch häufiger im Entstehen begriffen als schon massenhaft vorhanden. Aber gerade das Aufkommen dieser neuen, kompensatorischen und korrigierenden Gegebenheiten zeichnet „postindustrielle Gesellschaften“ aus. So zeigen zum Beispiel die Ergebnisse der „Wertewandeldebatte“, daß von einem generellen Werteverfall keine Rede sein kann. „Alte“ materielle und Pflicht-Werte bleiben durchaus bestehen und mischen sich in unterschiedlicher Weise mit „neuen“ Werten. Das Aufkommen dieser „neuen“ postmateriellen und Selbstentfaltungswerte wird üblicherweise als Sozialisationsergebnis und Reaktion auf veränderte Lebensbedingungen erklärt. Es läßt sich aber auch als Ausgleichsfunktion, möglicherweise sogar als den Menschen durchaus bewußte Aktion zur Kompensation von Funktionsdefiziten deuten. Selbstverwirklichung wirkt der Funktionalisierung von Menschen in modernen Industriegesellschaften entgegen.

Auch die Pluralisierung von Lebensformen – das heißt die Zunahme der Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften, Alleinerziehender und Singles –, die sorgsam gepflegten Bekanntschaftskreise von Singles und Alleinerziehenden, die allerorten tätigen Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und neuen sozialen Bewegungen mit ihren Milieus und Netzwerken stellen mittlerweile unersetzliche Strukturelemente „postindustrieller Gesellschaften“ dar.

Es ist offenkundig, daß diese soziokulturellen Strukturen manchen Einseitigkeiten industriegesellschaftlicher Strukturen und deutlichen Funktionsdefiziten sozialstaatlicher, politischer, wirtschaftlicher Organisationen abhelfen. Sie entsprechen gerade nicht den funktional spezialisierten²⁶, formell organisierten, standardisierten Strukturformen herkömmlicher Industriegesellschaften (wie die „Normalfamilie“, die Volksparteien, die großen Sozialversicherungen).

Hinter dieser Konzeption „postindustrieller Gesellschaften“ als widersprüchlichem Gemenge einerseits weitergehender funktionaler Differenzierung und Rationalisierung auch des individuellen Verhaltens, andererseits von Gegenbewegungen der Gemeinschaftlichkeit und Wertbindung steht die Vorstellung einer Balance. Im Großen bricht sie sich in historischen Pendelbewegungen Bahn, im Kleinen sind es die einzelnen Menschen selbst, die sie austarieren. Lineare Vorstellungen von einer immer weiter gehenden *praktizierten* Autonomie der Individuen im Zuge des Modernisierungsprozesses geraten durch diese Sicht „postindustrieller Gesellschaften“ in Schwierigkeiten. Denn aus dieser Perspektive gesehen, stehen weiter gehende Prozesse der Autonomisierung (zuweilen auch der Anomisierung) von Individuen gegenläufigen Prozessen der neuen Einbindung und Gemeinschaftlichkeit gegenüber, mithin dem Verzicht auf gelebte Eigenständigkeit und Zweckrationalität. Nicht in Schwierigkeiten gerät dagegen die Vorstellung eines konstanten Zuwachses an subjektiven *Fertigkeiten*. Denn die Einführung in die freiwilligen, zugangsoffenen und gestaltbaren Gemeinschaften „postindustrieller Gesellschaften“, und erst recht die Zurücknahme individueller Optionen darin, erfordert ein großes Maß an individueller Autonomie und an subjektiven Fertigkeiten.

2. Entdeckung vorhandener moderner Strukturen in Ostdeutschland

Falls diese Überlegungen zutreffen, könnten sich einige der bislang „rückständig“ erscheinenden Strukturen im Denken und Handeln der Menschen Ostdeutschlands nunmehr als ganz und gar nicht „zurückgeblieben“ und schon überhaupt nicht als „Modernisierungsbremse“ erweisen. Sowohl die Netzwerke und Gemeinschaften, die noch aus DDR-Zeiten bestehen und gerade heute in Zeiten des Umbruchs wirksam werden, als auch die im Zuge der Transformation gestärkten Wir-Gefühle und regionalen Identitäten könnten sich im Gegen-

26 Dagegen argumentiert: Thomas Meyer, Die Modernisierung der Privatheit, Opladen 1992.

teil sogar als Motor des Modernisierungsprozesses herausstellen.

So sehr bestimmte, in Ostdeutschland häufige Denkweisen erkennbar ohne Zukunft sind, beispielsweise überzogene Erwartungen an staatliche Absicherungen und Autoritäten oder das Minimieren eigener Verantwortung und das Streben nach Entlastung²⁷, so sehr dürften sich Investitionen in informelle, gemeinschaftliche Strukturen, auch in das Selbstbewußtsein des Eigenwertes ostdeutscher Traditionen, Besonderheiten und Lebensweisen, für die Zukunft lohnen. Sie könnten den genannten Funktionsmängeln von Industriegesellschaften sogar leichter und frühzeitiger abhelfen als die in ihrer Notwendigkeit spät erkannten und nur mühsam durchzusetzenden Strukturen in Westdeutschland und anderen „entwickelten Industriegesellschaften“.

Die Resultate empirischer Sozialforschung können naturgemäß nicht beweisen, daß bestimmte „alte“ Denk- und Verhaltensweisen in Ostdeutschland in Zukunft funktional und „modern“ sein werden. Empirische Ergebnisse können nur illustrativ auf solche Gegebenheiten hinweisen, auf die die eben angestellten theoretischen Überlegungen zielen. Einige Kategorien und Beispiele sollen im folgenden verdeutlichen, was mit den oft als „Altlasten“ verkannten soziokulturellen Zukunftspotentialen in den neuen Bundesländern gemeint ist:

1. Gemeinschaftsbezogene Einstellungen: Als Beispiel für die in Ostdeutschland weiter als in Westdeutschland verbreiteten gemeinschaftlichen Einstellungen mögen die Ergebnisse einer qualitativen empirischen Untersuchung zur Unternehmenskultur ostdeutscher Arbeitgeber dienen²⁸. Der Habitus vieler ostdeutscher Unternehmer, vor allem derjenigen, die auch in Zeiten der DDR schon Leitungsfunktionen ausübten, ist hiernach kollektiver als der westdeutscher Arbeitgeber. Die folgenden Zitate befragter Unternehmer aus Ostdeutschland zeigen, wie sich dies in Einstellungen und Verhaltensweisen äußert, die vergleichsweise weitgehend dem Gemeinwohl und der Belegschaft verpflichtet sind. Dergleichen Haltungen werden durchaus mit Selbstbewußtsein vertreten, unter Hinweis auf Moral, aber auch auf betriebswirtschaftlichen Erfolg. Es sind diese überkommenen Bestrebungen hin zu Gemeinschaftlichkeit in Unternehmen, die

geeignet sind, in „postindustriellen Gesellschaften“ der Funktionalisierung von Mitarbeitern und dem dysfunktionalen Zerfall in egoistisch kalkulierende Akteure entgegenzuwirken:

„Und hier in dem Betrieb wollte ich das eben ein bißchen anders, daß die Leute sich hier angesprochen fühlen. Ich wollte das eigentlich so machen, wie ich das damals so gelernt habe in den Zeiten der PGH, wo es uns eigentlich gutging.“²⁹

„Und das möchte ich auch organisieren. Die Betriebsverbundenheit, die darf nicht bloß über das Geld sein, über das Geldverdienen. Das muß mehr sein. Das bindet nämlich viel mehr. Wenn die sich in einem Kollektiv wohlfühlen – ich sage immer wieder Kollektiv, weil mir ein besserer Ausdruck jetzt nicht einfällt; Teamwork, das ist mir zu...“³⁰

2. „Chaosqualifikation“ und Hartnäckigkeit: Westdeutsche, die die Produktionsbedingungen in der DDR in den achtziger Jahren kennenlernten, „waren sprachlos, nicht selten entsetzt: Dreck, Unordnung, zerfallende Gebäude, chaotische Fertigungsabläufe, verbaute Produktionshallen, verschlissene Maschinen, fehlende Ersatzteile, stokkende Materialflüsse, schlechte Materialqualität, schlampig ausgeführte Reparaturen... Wie ließ sich unter solchen Bedingungen überhaupt etwas produzieren? Das düstere Bild scheint eindeutig. Dennoch hatte es eine lichte Kehrseite, die westlicherseits nur allzuleicht... übersehen wird.“³¹

„Wer tagein, tagaus unter solchen Verhältnissen arbeitete, erwarb ein Gut, dessen Wert sich schwerlich unterschätzen läßt: Er häufte *Chaosqualifikation* an.“³² Chaosqualifikation war in Zeiten der DDR der Not geschuldet und oft defensiv ausgerichtet. Es diente nicht zuletzt der Aufrechterhaltung eigener Autonomie angesichts der Zumutungen von Planern, Akademikern und Leitern. Ganz ähnlich flexible Fähigkeiten, nun aber offensiver Art, da zur Bewältigung großenteils positiver Entwicklungen geeignet, sind aber auch in „postindustriellen Gesellschaften“ mit ihrem rapiden technischen und sozialen Wandel erforderlich. Die Computerwelt und der Zwang zur Gestaltung auch „schräger“ Lebensformen liefern täglich Beispiele.

3. Ökonomische Beziehungsnetze: Je weiter Funktionsmängel um sich griffen, desto mehr geriet die „Planwirtschaft“ vieler ehemals sozialistischer Ge-

27 Vgl. Lutz Marz, Dispositionskosten des Transformationsprozesses. Werden mentale Orientierungsnöte zum wirtschaftlichen Problem?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/92, S. 10.

28 Vgl. Frank Lettke, Hysteresis des Kollektivs (Vortrag auf der Tagung der DGS-Sektion Kulturosoziologie am 26. November 1994 in Trier), Manuskript, Trier 1994.

29 Ebd., S. 11. PGH: Produktionsgenossenschaft des Handwerks.

30 Ebd., S. 15f.

31 L. Marz (Anm. 27), S. 9.

32 Ebd.

sellschaften zur „Beziehungswirtschaft“. Dies betrifft das Wirtschaften von Unternehmen ebenso wie das Wirtschaften privater Haushalte. Wer sich genügend „soziales Kapital“ verschaffen konnte, erhielt Baumaterial für die eigene Datscha ebenso wie Handwerker zur Reparatur von Drehbänken. Ökonomische Beziehungsnetze entstanden jedoch nicht nur als Notgemeinschaften. Sie wurden, wie z. B. die Betriebs- und Nachbarschaftsmilieus von privilegierten Facharbeitern, auch gezielt durch die offizielle Politik der DDR gefördert.

Ganz sicher ist es weder die Knappheit von Waren und Dienstleistungen noch das Chaos von Organisationsstrukturen, derentwegen man in „postindustriellen Gesellschaften“ Beziehungsnetze braucht. Dennoch gewinnen sie an Gewicht, und zwar wegen der Fülle: der Qualifikation (zur Ermittlung geeigneter Bewerber), der Informationen (zur Aussonderung des wirklich Wichtigen), der Produkte und Innovationen (zum Austausch von Erfahrungen), der Umbrüche (zur gegenseitigen Stützung), der ökonomischen Globalisierung (zur Anbahnung von Geschäftsverbindungen) etc. Es war eine der Fehlprognosen im Gefolge der herkömmlichen Industriegesellschaft, daß immer leistungsfähigere Organisationen und Einrichtungen der Massenkommunikation persönliche Beziehungen und Erfahrungen obsolet machen würden. Nicht bedacht wurde, daß die „Geister, die man rief“ – die Steigerung von Effektivität und Effizienz, die Erhöhung von Komplexität –, dann auch informelle Instanzen der Komplexitätsreduktion, der Sichtung, der Erprobung, Hilfe und Verlässlichkeit notwendig machen würden. Hierzu geeignete Instanzen sind in Ostdeutschland zum Teil (noch) erhalten.

So hatten die oben erwähnten Netzwerke der in der DDR privilegierten und selbstbewußten Facharbeiter anläßlich der Betriebsstillegungen und Massenentlassungen des Jahres 1991 im Kohlerevier von Espenhain vorteilhafte Auswirkungen: Die „in ihrer sozialen Kohäsion lockeren neueren Arbeitermilieus wurden von den engeren Netzen der werksverbundenen Kohlearbeiter und Leiter verdrängt. Das wurde durch die Umstrukturierungen in der Braunkohleindustrie noch deutlicher. Unter dem Druck des entstehenden marktwirtschaftlichen Systems verloren die Kohlearbeiter vollends ihre Lobby. Während die neuen Arbeitermilieus diesen Entwicklungen abwartend und chancenlos gegenüberstanden, verteidigten die werksverbundenen Kohlearbeiter mit außerordentlicher Zähigkeit ihre Arbeitsplätze.“³³

33 Michael Hofmann, Die Kohlearbeiter von Espenhain, in: M. Vester/M. Hofmann/I. Zierke (Hrsg.) (Anm. 11), S. 130.

4. *Private Netzwerke*: Gerade diejenigen, die in „postindustriellen Gesellschaften“, in „neuen“ Lebensformen leben, z. B. Alleinerziehende und Singles, pflegen nachweislich relativ große Netzwerke³⁴. Dies ist in Ostdeutschland nicht anders. Allerdings handelt es sich dabei in hohem Maße um Hilfsnetzwerke (in denen beispielsweise Alleinerziehende sich gegenseitig unterstützen)³⁵, während in Westdeutschland Kommunikations- und Erlebnisnetzwerke vorherrschen. Wer allerdings in eine Tradition von Hilfsnetzwerken eingebettet ist, dem sollte der Aufbau und die Pflege „postindustrieller“ Netzwerke leichter fallen als demjenigen, der, aus einer mehr oder minder isolierten Kleinfamilie kommend, dies erst lernen muß.

5. *Sozialpolitische Netzwerke*: Private Kontakt-netze wie die, die in Ostdeutschland teilweise noch vorhanden sind, aber auch „funktionierende“ Nachbarschaften, werden in „postindustriellen Gesellschaften“ zur unerläßlichen sozialpolitischen Stütze³⁶. Wir brauchen sie nicht nur aus „feingeistigen“ Gründen des subjektiven Sinns und des Gemeinschaftserlebens, sondern auch zu ganz handfesten Zwecken: zur Pflege von kinderlosen Alten; zur Ergänzung einer Sozialpolitik, deren zweckrational spezialisierte Großorganisationen angesichts der Herausforderungen durch Drogen, AIDS, Ausländerintegration, Familienprobleme etc. immer hilfloser werden; zur Betreuung eigener und fremder Kinder; zur Bewältigung von Weiterbildung und technischem Wandel und für viele andere Zwecke mehr.

6. *Regionales Wir-Gefühl*: In zahlreichen Regionen und Bundesländern Westdeutschlands wurde viel Zeit, Mühe und Geld aufgewendet, regionale Zusammengehörigkeitsgefühle (wieder-)herzustellen. Die Identitätsdefizite und die regionalen Eigeninteressen in den immer segmentierteren „postindustriellen Gesellschaften“ drängten gleichermaßen dazu, diese Investitionen vorzunehmen. Oft segelten sie unter der Flagge „Wir in ...“. Es scheint so, daß eine gemeinsame Vergangenheit und gemeinsam erlebte Transformationsprobleme regionale Wir-Gefühle in Ostdeutschland, und damit hilfreiche Vorbereitungen auf „postindustrielle“ Erfordernisse, viel schneller als in Westdeutschland zuwege bringen.

34 Vgl. Stefan Hradil, Auf dem Wege zur Single-Gesellschaft?, in: Uta Gerhardt/Stefan Hradil/Bernhard Nauck (Hrsg.), Die Zukunft der Familie, Opladen 1995.

35 Vgl. Elisabeth Schlemmer, „Singles“ in den neuen Bundesländern und ihre Netzwerke, in: Gerd Grözinger (Hrsg.), Das Single, Opladen 1994, S. 65–92.

36 Vgl. Stefan Hradil, Die „Single-Gesellschaft“, München 1995 (i. E.).

Wenn auf diese Weise überkommene Einstellungen und Verhaltensweisen (auch) in Ostdeutschland wieder zukunftsreich und „modern“ werden sollten, dann läßt sich Modernisierung in der Phase der „postindustriellen Gesellschaft“ nicht als lineare Entwicklung verstehen, genausowenig wie der Modernisierungsprozeß im ganzen als „geschlossener Fortschritt“ oder als „konkrete Utopie“ (Karl Mannheim) zu begreifen ist. Um- und Rückwege erweisen sich demnach unter Umständen als weiterführender als das „Weitergehen“. Wie der „Endzustand“ einer modernen Gesellschaft aussehen wird, ist ungewisser denn je. Ob z. B. der „vollmobile Single“ (Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim) die dominierende Sozialfigur der vollendeten Modernisierung darstellt, kann man durchaus bezweifeln. Modernisierung stellt sich vielmehr als widerspruchsreiche, gebrochene, ungleichzeitige Entwicklung mit wechselnden, im voraus unbestimmten Institutionen, Denkweisen und Verhaltensformen dar. Was den Weg der Modernisierung dann noch von „Abwegen“ unterscheidet, die uns von Modernisierungspfaden entfernen, bemißt sich weniger an konkreten, im vorhinein durch Kennziffern oder Institutionen festzulegenden Veränderungen als an abstrakten, seit der Renaissance vorgedachten, seit der Aufklärung politisch geforderten und seit Beginn der Industriegesellschaft gesellschaftlich durchgesetzten Zielsetzungen, insbesondere an der Zielsetzung, subjektive Kompetenzen zu stärken. Dazu gehört auch die Kompetenz, das Ausleben der eigenen Subjektivität eingrenzen zu können.

Dieser Modernisierungsmaßstab der subjektiven Kompetenz, anders ausgedrückt der *Mündigkeit*, reicht weiter als die Meßlatte bestimmter gesellschaftlicher Einrichtungen, die in geläufigen Modernisierungstheorien Anwendung findet: Talcott Parsons evolutionäre Universalien³⁷ sind weitgehend erreicht. Selbst Wolfgang Zapfs Basisinstitutionen³⁸ lassen nur noch mäßige Innovationen erwarten. Nimmt man diese evolutionären Universalien oder Basisinstitutionen als Maßstab, so ist die Modernisierung weitgehend abgeschlossen. Demgemäß könnten wir uns mangels Zielvorstellungen in postmodernem Historizismus und Eklektizismus, in Plan- und Perspektivlosigkeit ergehen. Das abstrakte Projekt der „Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (so hat Immanuel Kant bekanntlich Aufklärung definiert und damit das ausgedrückt, was hier mit wachsender subjektiver Autonomie gemeint ist) gelangt jedoch keineswegs an sein Ende.

Um dieser Zielvorstellung näherzukommen, könnten sich einige der scheinbar rückständigen Kulturmuster Ostdeutschlands als zukunftsorientiert erweisen. Inwieweit diese zukunftsstauglichen Denk- und Verhaltensweisen allerdings belebt und genutzt werden, hängt von deren Pflege ab, auch von der sozialwissenschaftlichen Aufmerksamkeit für sie.

37 Vgl. T. Parsons (Anm. 7).

38 Vgl. W. Zapf (Anm. 8).

Deutschlands feine Unterschiede

Mentalitäten und Modernisierung in Ost- und Westdeutschland

I. Soziale Milieus und Modernisierung

Der ostdeutschen Gesellschaft wird gerne ihr Mangel an Modernität vorgeworfen. Tatsächlich dominierten in der DDR eine „altindustrielle“ Wirtschaftsstruktur und eine blockierende Bürokratie. Verdeckt davon gab es jedoch auch dynamische Potentiale der Entwicklung. Wäre Deutschland 1949 nicht geteilt worden, so hätten sich die Strukturen Ostdeutschlands dementsprechend dynamischer entwickelt. Aus der Branchenvielfalt und der mittelbetrieblichen Tradition Sachsens und Thüringens hätte eine flexible Industriestruktur wachsen können, vielleicht moderner als in Württemberg. Die ostelbischen Agrargroßbetriebe hätten sich effektiver modernisieren können als die von einem jahrzehntelangen „Bauernsterben“ begleitete westdeutsche Landwirtschaft. Die immer schon vom Staat abhängige altindustrielle Metall- und Braunkohlewirtschaft in der Mitte und im Süden Ostdeutschlands wäre vielleicht „schlanker“ geworden und in Teilen erfolgreicher modernisiert als das Rhein-Ruhrgebiet.

Zur Zeit der Wende zeigten Wirtschaft und Gesellschaft Ostdeutschlands allerdings deutliche Spuren der langen Blockierung. Wir möchten dies zunächst in der Makrodimension darstellen, indem wir die großen sozialen Milieus – in Ost- und Westdeutschland – miteinander vergleichen. Anschließend sollen durch eine vertiefte Analyse der einzelnen Milieus und ihrer Dynamiken auch die Potentiale der Innovation deutlicher werden¹.

Dabei gehen wir von der klassischen Mentalitäts- und Wirtschaftssoziologie aus, die die sozialen Gruppen durch gemeinsame Alltagsethiken und Wirtschaftsmentalitäten voneinander unterschei-

1 Vgl. Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hrsg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995. (Endbericht einer Untersuchung, die von der Hans-Böckler-Stiftung und aus dem Niedersächsischen Vorab der Volkswagen-Stiftung gefördert und von Forschungsgruppen der Universitäten Hannover, Leipzig und Potsdam durchgeführt wurde.)

det². Sie sieht die Menschen nicht als isolierte Wesen, sondern als Mitwirkende in persönlichen und wirtschaftlichen „Strukturen sozialer Beziehungen“³ mit anderen Menschen, mit denen sie ihre Gewohnheiten, Erfahrungen und Weltbilder teilen und auch verändern. Wie sich diese „Vergemeinschaftungen“ (Weber) oder „sozialen Milieus“ (Durkheim) nach ihren „typischen“ Lebensweisen, Mentalitäten und Wirtschaftslagen voneinander abgrenzen, beeinflußt die Gesamtgliederung unserer Gesellschaften. Auch die Mentalitäten lassen sich räumlich gegliedert darstellen. Im „sozialen Raum“, wie ihn Pierre Bourdieu definiert, können z. B. die „feinen Mentalitäten“ oben und die „einfachen“ unten, die „traditionalen Mentalitäten“ rechts und die „modernen“ links plazierte werden⁴. Entsprechend konnten wir auch die ost- und westdeutschen Milieus in ‚soziale Landkarten‘ einordnen, die hier in zwei stark vereinfachenden Diagrammen wiedergegeben sind (vgl. Abbildung S. 18).

Schwierig und zugleich spannend daran ist, daß „subjektive“ Mentalität und „objektive“ wirtschaftliche Position nicht übereinstimmen müssen. Unsere Diagramme bezeichnen *nur die Lage* der Milieus im Feld der *Mentalitäten*. Von der „menta-

2 Vgl. insbes. Werner Sombart (Der moderne Kapitalismus, München 1969 [1916]) und Max Weber (Wirtschaft und Gesellschaft, Köln-Berlin 1964, S. 368–404; Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Ges. Aufs. z. Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen 1920, 1988). Joseph A. Schumpeter legte die Wirtschaftsmentalität als Innovationspotential seiner „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (Berlin 1927 [1911], S. 88–139) zugrunde. Theodor Geiger behandelte die historischen Ungleichzeitigen der (wirtschaftlichen und sozialen) Mentalitätsformen in seiner Analyse sozialer Umbrüche angesichts des Nationalsozialismus (Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932).

3 E. P. Thompson, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt am Main 1987, S. 221 u. passim.

4 Vgl. Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt am Main 1982 [1979], S. 212f.; Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Hermann/Dagmar Müller, Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Köln 1993; Michael Vester, Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26–27/93, S. 3–17.

len Positionierung“ können die *wirtschaftlichen* Positionen der Milieus durchaus abweichen. Im allgemeinen sind diese Abweichungen jedoch begrenzt, so daß wir zwar nicht von „objektiv determiniertem“, aber mit Max Weber doch von „typischem“ Bewußtsein⁵ ausgehen können. Der Fall liegt anders, wenn Mentalität und soziale Position wirtschaftlich oder funktional gar nicht zusammenpassen, d. h. wenn soziale Gruppen Positionen einnehmen, die sie nach ihren Fähigkeiten nicht verdient haben. Dann ist es sinnvoll, diese scheinbar zufälligen Status-Inkonsistenzen als systematische Strukturmomente („up-classing“ und „down-classing“) bzw. „sozialgeschichtliche Verwerfungen“⁶ zu untersuchen. Was bedeutete es z. B. für die Entwicklung der DDR-Gesellschaft, daß dort so viele Inhaber hoher Positionen in ihren Kompetenzen an ihren kleinbürgerlichen Herkunftshorizont gebunden blieben? War die letztendliche Stagnation der DDR mit dadurch bedingt, daß Menschen mit hohen technischen, kulturellen und sozialen Kompetenzen in subalterne Positionen deklassiert waren?

Da die Mentalitätsformen nicht nur die Oberfläche der Lebensstile betreffen, sondern auch die Alltagsmoral, die Arbeitsethiken und das Gemeinschaftshandeln (z. B. in sozialen Netzen, Bewegungen und Interessenkoalitionen), sind sie auch soziale und wirtschaftliche Produktivkräfte. In den staatssozialistischen Ländern standen diese Produktivkräfte zu den bürokratischen Produktionsverhältnissen in einem Widerspruch, der – wie David Lockwood schon 1964 herausarbeitete – Integration und Bestand des Systems langfristig gefährdete⁷. Der Konflikt und auch wissenschaftliche Forschungen über ihn (wie die von Manfred und Ingrid Lötsch⁸), wurden verleugnet. Für viele kam der Zusammenbruch des Systems, Folge von Stagnation und Abwanderungsdruck, offensichtlich überraschend.

5 Weber argumentierte 1920 (Anm. 2), daß die Ethiken des Alltags typischerweise (also nicht immer, sondern mit bestimmter Häufung oder Wahrscheinlichkeit) auf die Berufe bzw. Wirtschaftslagen eingestellt sind, daß aber die Angehörigen gleicher Lagen sich gewöhnlich nach verschiedenen Ethik- und Religionstraditionen aufteilen.

6 Th. Geiger (Anm. 2, S. 85) hat dies am Deutschland von 1932 untersucht, u. a. an dem Beispiel, daß im kleinbürgerlichen „alten Mittelstand die ständischen Schichtungen der frühkapitalistischen Epoche“ nachwirkten.

7 Vgl. David Lockwood, *Soziale Integration und Systemintegration* [1964], in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Königstein 1979, S. 124–137.

8 Vgl. Manfred Lötsch, *Soziale Strukturen als Wachstumsfaktoren und als Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 30 (1982) 6, S. 721 ff.

II. Milieu-Disparitäten in Ost- und Westdeutschland

Die Disparitäten des ostdeutschen und des westdeutschen Milieugefüges sollen nun miteinander verglichen werden. Dabei beginnen wir mit den von uns entwickelten „Mentalitäts-Landkarten“: den Diagrammen der lebensweltlichen Sozialmilieus von 1991⁹. Sie stützen sich auf die Mentalitätstypologie des SINUS-Instituts¹⁰, die wir in eigenen Untersuchungen ergänzt und in den sozialen Raum Bourdieus eingeordnet haben¹¹. Sodann vergleichen wir sie für Ostdeutschland mit einer „Funktions-Landkarte“, d. h. der „objektiven“ Tätigkeits- und Qualifikationsstruktur der DDR, wie sie Thomas Schwarzer und Dieter Rink analysiert haben¹².

An den Mentalitäts-Landkarten fällt zunächst Gemeinsames auf. Beide Gesellschaften gliedern sich vertikal in drei Stufen des „Klassenhabitus“, d. h. in Mentalitäten der „Distinktion“ (oben), des „Strebens“ und der „Prävention“ (in der Mitte) und der „Notwendigkeit“ (unten)¹³. In beiden Gesellschaften gliedern sich diese „Etagen“ außerdem horizontal in drei Fraktionen, die nach der Art ihrer Modernisierung verschieden sind.

Damit beginnen auch die feinen Unterschiede. Die neun westdeutschen Milieus mit ihrer breiten modernen Mitte erscheinen als Ausdruck einer *integrierenden Modernisierung*, die soziale Gegensätze abgebaut hat. Die Klassenmentalitäten haben sich nicht aufgelöst, sind aber heute zweifellos

9 Vgl. M. Vester u. a. (Anm. 1), S. 15.

10 Die Typologie wurde zuerst umfassend vom SINUS-Institut (Heidelberg) entwickelt. Sie wurde ursprünglich aus mehr als 1500 qualitativen Interviews gebildet. Ihre quantitative Verteilung und deren Veränderung seit 1982 wurde mittels eines „Milieu-Indikators“, einer komplexen Fragenbatterie, in häufigen repräsentativen Befragungen mit großen Stichproben ermittelt. Vgl. SPD, *Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD*, Bonn 1984; Ulrich Becker/Horst Becker/Walter Ruhland, *Zwischen Angst und Aufbruch. Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und West nach der Wiedervereinigung*, Düsseldorf 1992; Berthold Bodo Flaig/Thomas Meyer/Jörg Ueltzhöffer, *Alltagsästhetik und politische Kultur*, Bonn 1993.

11 M. Vester u. a. (Anm. 4), S. 40f.; P. Bourdieu (Anm. 4).

12 Vgl. Thomas Schwarzer/Dieter Rink, *Die Tätigkeits- und Qualifikationsstruktur der DDR. Eine Analyse auf der Grundlage der Volks- und Berufsbefragung von 1981*, Hannover–Leipzig 1995 (unveröff. Manuskript). Vgl. auch Thomas Schwarzer/Kerstin Schweigel, *Brandenburg. Industriestadt zwischen Stahlmodell und wirtschaftlicher Vielfalt*, in: M. Vester u. a. (Anm. 1), S. 230–288; Dieter Rink, Leipzig, Gewinnerin unter den Verlierern?, in: M. Vester u. a. (Hrsg.) (Anm. 1), S. 51–90.

13 Vgl. P. Bourdieu (Anm. 4).

Abbildung: Lebensweltliche Sozialmilieus in Deutschland (1991)

Die lebensweltlichen Sozialmilieus in Westdeutschland (1982 → 1991)			
Habitus	modern 14%→20%	moderne Mitte 38%→45%	traditional 46%→35%
Oberklassen- habitus 22%→19%	ALTe- ma- tives M. 4%→2%	TEC Technokratisches Milieu 9% → 9%	KONservativ- gehobenes Milieu 9%→8%
Mittelklassen- habitus 58%→59%	HED Hedonistisches Milieu 10%→13%	AUF Aufstiegsorientiertes Milieu 20%→24%	KLB Kleinbürgerliches Milieu 28%→22%
Arbeiter- habitus 18%→22%	NEA - Neu- es Arbeit- nehmern. 0%→5%	TLO Traditionsloses Arbeitermilieu 9%→12%	TRA Traditionelles Arbeitermilieu 9%→5%

Die lebensweltlichen Sozialmilieus in Ostdeutschland (1991)			
Habitus	modern 17%	traditionale Mitte 27%	traditional 56%
Oberklassen- habitus 23%	LIA - Linksintellektuell- alternatives Milieu 7%	BHUM - Bürgerlich- humanistisches Milieu 10%	RTEC - Rationali- stisch-technokra- tisches Milieu 6%
Mittelklassen- habitus 37%	SUKU Subkultu- relles Milieu 5%	STAK Status- und Karriereorien- tiertes Milieu 9%	KLM Kleinbürgerlich- materialistisches Milieu 23%
Arbeiter- habitus 40%	HEDAR Hedonist. Arbeit- nehmer- milieu 5%	TLO Traditions- loses Arbeitermilieu 8%	TRAB Traditionsverwurzeltes Arbeiter- und Bauernmilieu 27%

Quelle: Eigene Darstellung. Größengerechte Anordnung der SINUS-Milieus nach U. Becker u. a. (Anm. 10) und Flaig u. a. (Anm. 10) im Raum des Habitus nach P. Bourdieu (Anm. 4), S. 211-219.

geloockert und modernisiert. Die Arbeitermilieus haben sich erheblich umgegliedert. Auf den drei Etagen sind die mobileren und aufgeschlosseneren Fraktionen seit 1950 erheblich gewachsen, parallel zum Schrumpfen traditionaler körperlicher Berufsgruppen und zur Öffnung sozialer Chancen¹⁴. Weniger sichtbar ist, daß die westdeutsche Gesellschaft sich nur teilweise pluralisiert und dynamisiert hat, da sich für manche Milieus vertikale Ungleichheiten wieder verfestigt haben¹⁵. Das Wachstum unterprivilegiertes Milieus („Traditionslose Arbeiter“) ist nur die Spitze eines Eisbergs¹⁶.

Die ostdeutschen Milieus von 1991 bestätigen den Eindruck einer *bürokratisch überformten traditionellen „Arbeitsgesellschaft“*. Es fallen zunächst vier Erscheinungen auf:

1. der „Wasserkopf“ des Machtapparats;
2. die große traditionale Arbeiterklasse;
3. das Fehlen einer modernen arbeitnehmerischen und unternehmerischen Mitte und
4. die großen, vom System nicht mehr integrierbaren Milieus der modernen jüngeren Generation.

Der Hauptstrom der Gesellschaft war wenig durch modernere Berufe und Lebensweisen der Mitte modernisiert. Der „traditionelle Flügel“ der Milieus war mit 56 Prozent erheblich größer als im Westen (35 Prozent), die schmalere Mitte (27 Prozent) ebenfalls traditionell geprägt. Diese Modernisierungslücke¹⁷ erklärt sich zum einen aus der *Strukturdominanz des Politischen und des Lauf-*

bahnprinzips. Die zentralisierte Macht- und Wirtschaftsbürokratie – die „Bleiplatte“¹⁸ – behinderte durch ihre Übergröße und ihre Reglementierungen die wirtschaftliche Produktivität und Leistungsmotivation. Zum anderen war nach 1945 die diversifizierte Wirtschaftstradition der Regionen zugunsten des sowjetischen Stahlmodells (Richta) und der *industriellen Massenproduktion* gekappt worden.

Vergleichen wir die „Mentalitäts-Landkarte“ mit der „Funktions-Landkarte“, so fällt weiterhin auf, daß die „mittlere Etage der Mentalitäten“ mit 37 Prozent viel kleiner ist als die „mittlere Etage der Funktionen“ mit ihren 66 Prozent¹⁹. In dieser Differenz verbirgt sich die große Facharbeiterschaft, die nach ihrem betonten Arbeits- und Notwendigkeitsethos den Traditionen der Volksklassen (dem „Unten“) zuzurechnen ist, in der DDR aber Berufspositionen der gesicherten Mitte einnahm. Diese Aufwertung einer Gruppe mit besonderem Arbeitsethos hat der DDR eher genutzt als geschadet. Die Probleme kamen eher von kontraproduktiven Zuordnungen anderer Mentalitätsfraktionen. Dies beruhte auf zwei Mechanismen: *erstens* der Überschichtung jeder Berufsstufe durch Angehörige des Verwaltungs- und Machtapparates mit besonders viel „politischem Kapital“²⁰ und *zweitens* der Unterschichtung jeder Stufe durch die Frauen²¹. – Die Funktionsschichtung der DDR-Gesellschaft nach den Daten von 1981 bestand aus drei Stufen mit charakteristischen Status-Inkonsistenzen:

Erstens: Oben, in der gutsituierten *Macht- und Bildungselite* der DDR (20 Prozent)²², wurden die Funktionseleiten (Wirtschafts-, und Staatsverwal-

14 Stark geschrumpft sind das enge „Kleinbürgerliche Milieu“ und das disziplinierte „Traditionelle Arbeitermilieu“. Dies ist Ausdruck des Modernisierungsschubs der fünfziger Jahre, der die Bereiche der körperlichen Arbeit in Industrie und Landwirtschaft verkleinert und die soziale Teilhabe am Wirtschaftswunder vergrößert hat. Die jüngere Generation hat neue Möglichkeiten in modernen Arbeitsplätzen und durch die Bildungsreformen gefunden. Sie füllte die moderne Arbeitnehmermitte („Aufstiegsorientiertes Milieu“) sowie eine Avantgardegruppe der Konsumgesellschaft („Hedonistisches Milieu“) und eine Avantgardegruppe der modernen technischen und sozialen Fachintelligenz („Neues Arbeitnehmermilieu“) erheblich auf.

15 Vgl. Rainer Geißler (Hrsg.), *Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland*, Stuttgart 1994, S. 30f.

16 Seit der abflachenden Konjunktur in den siebziger Jahren wurden soziale Gruppen mit schwacher Klientelmacht (insbesondere Frauen, Ausländer und Ältere sowie Jüngere mit geringem Ausbildungskapital) in prekäre Berufs- und Soziallagen abgedrängt. Seit den achtziger Jahren erzeugt auch der durch den liberalisierten Weltmarkt und die neuen Technologien bedingte große Innovationsschub erhebliche Strukturkrisen der bisherigen Erfolgsbranchen und damit soziale Abstiege und Konflikte in der modernen arbeitnehmerischen Mitte.

17 Vgl. Rainer Geißler, *Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/92, S. 15–28.

18 Lutz Niethammer, *Das Volk in der DDR und die Revolution*, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.), *Wir sind das Volk*, Reinbek 1990.

19 Nach Schwarzer/Rink (Anm. 12) gehörten 1981 zu dieser Mitte der ostdeutschen Tätigkeits- und Qualifikationsniveaus folgende Gruppen: Mehr als die Hälfte der Mitte war in traditionellen Sektoren, Industrie (32 Prozent) und Landwirtschaft (sechs Prozent), beschäftigt. Zu ihr gehörten außerdem die Facharbeiter und Meister der Dienstleistungsberufe (acht Prozent), des Gesundheits-, Bildungs- und Kulturwesens (fünf Prozent), der Büro- und Verwaltungsberufe (vier Prozent) und sonstiger Bereiche (fünf Prozent) sowie die mittleren und unteren Positionen der Macht und Sicherheitsorgane (sieben Prozent).

20 Pierre Bourdieu, *Politisches Kapital als Differenzierungsprinzip im Staatssozialismus*, in: ders., *Die Intellektuellen und die Macht*, hrsg. v. Irene Dölling, Hamburg 1991, S. 33–39.

21 Vgl. den Beitrag von Ursula Schröter in diesem Heft.

22 Zur Macht- und Bildungselite rechneten Th. Schwarzer/D. Rink (Anm. 12) folgende Gruppen: die Leitungskader der Macht- und Sicherheitsorgane (sechs Prozent), die kommunalen, staatlichen und wirtschaftlichen Führungseliten (acht Prozent), die Angehörigen der technischen Intelligenz (1,5 Prozent) und der kulturellen Intelligenz aus Medizin, Erziehungswesen, Kultur und Wissenschaft (4,5 Prozent).

tung, Kultur- und Technikeliten) durch Milieus des Machtapparates²³ dominiert, die dieser Aufgabe mit ihrer subalternen Mentalität und Kompetenz nicht gewachsen waren. Kompetente Elitemilieus (Manager, Unternehmer, bürgerliche Intelligenz) wurden behindert, vertrieben oder in mittlere Etagen deklassiert.

Zweitens: Die große gesellschaftliche Mitte der DDR (66 Prozent)²⁴ bestand aus meist gut qualifizierten Facharbeitern und Angestellten. Ihr besonderes Ausmaß beruhte darauf, daß sie durch bestimmte Gruppen „aufgefüllt“ worden war: von oben durch deklassierte frühere Oberschichtmilieus und durch den Unterbau des Machtapparates, von unten durch die nicht nur symbolisch aufgewertete Facharbeiterschaft. Die Gruppen der Mitte waren sozial gesichert, aber ohne viel Spielraum für produktive Initiative. Prinzipiell waren sie (außer in informellen Aushandlungsmechanismen) machtlos, seit nach der Niederschlagung des Aufstands dieser Arbeiter-Mitte am 17. Juni 1953 die Chance einer demokratischen Konflikt- und Gegenmachtkultur verpaßt war²⁵.

Drittens: Schließlich gab es auch ein Unten in der DDR (14 Prozent)²⁶: die Menschen in Anlern- und Hilfsberufen und in prekären Soziallagen. Hier stimmten soziale Position und Mentalitätsform am ehesten überein. Die meisten Menschen in den objektiven Randlagen fanden sich auch subjektiv in der DDR nicht integriert und gehörten zu den am wenigsten motivierten Gruppen.

Unter den dominanten Strukturen sind durchaus dynamische Produktivkräfte zu erkennen: die

23 Zu ihnen gehörten zwei Gruppen: eine spezifische Elite des oberen Machtapparates (sechs Prozent) und ihr großer Unterbau auf der mittleren Gesellschaftsstufe (sieben Prozent). Die erste Gruppe umfaßte die Leitungskader der Macht- und Sicherheitsorgane (SED, FDJ, FDGB, Gesellschaft für Sport und Technik, Betriebsgruppenleitungen usw.), ferner Nationale Volksarmee, Stasi, Volkspolizei usw.). Die zweite Gruppe umfaßte die mittleren und unteren Positionen der „Organe“. – Die gesamte „Staatsklasse“ (Machtelite mit Unterbau) umfaßte also mindestens 27 Prozent. In Leipzig wie in Brandenburg ermittelten wir eine „Staatsklasse“ von etwa 30 Prozent aller Erwerbsspersonen (vgl. Th. Schwarzer/K. Schweigel [Anm. 12]; D. Rink [Anm. 12]).

24 Vgl. Th. Schwarzer/D. Rink (Anm. 12); hier den Text von Anm. 19.

25 Vgl. Lutz Niethammer, Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, Vortragsmanuskript, Essen 1991.

26 Es handelt sich um die an- und ungelerten Arbeits- und Hilfskräfte mit sehr wenig Ausbildungskapital in der Industrie (drei Prozent), im Transport- und Verkehrswesen (drei Prozent), in Dienstleistungsberufen (vier Prozent) und in sonstigen Bereichen (vier Prozent). (Vgl. Th. Schwarzer/D. Rink [Anm. 12].)

„technokratische“ Reformfraktion der alten Wirtschafts- und Politikelite; die spezialisierten Facharbeiter(innen) und Techniker(innen) (Potential einer Neo-Industrialisierung); Teile der humanistischen Intelligenz, der qualifizierten Angestellten und der heute reaktivierten regionalen Unternehmer; schließlich die „Wendegeneration“ der jungen technischen und kulturellen Intelligenz. In allen diesen Gruppen gibt es viele qualifizierte Frauen. – Viele dieser „Produktivkräfte“ haben im Prozeß der deutschen Einigung ihre Chancen nicht bekommen. Dies lag nicht nur an der schwierigen Export- und Konjunktursituation, die ein Nachholen der westdeutschen Modernisierung erschwerte, sondern auch an spezifischen Benachteiligungen, die die Industriearbeiterschaft und die Frauen überproportional trafen. Um diese Veränderungen zu verstehen, soll nun versucht werden, die Entwicklung aus der Perspektive der Milieus (deren innere Differenzierung hier aus Platzgründen nur grob skizziert werden kann) selber nachzuzeichnen. Dabei sollen die einzelnen Phasen der Entwicklung von der Nachkriegszeit bis zur Wende im Vergleich mit Westdeutschland einbezogen werden.

III. Die Arbeitermilieus: Hauptbetroffene beruflicher Ausgliederung

1981 bildeten in Ostdeutschland die Arbeiter der traditionellen Fachberufe in Industrie, Verkehr und Landwirtschaft die größte einzelne Gruppe. Sie stellten 44 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Zusammen mit den Dienstleistungen in Handel, Gastronomie usw., weiteren zwölf Prozent, umfaßten die eher traditional qualifizierten Arbeitergruppen sogar 56 Prozent. Auch die für die Arbeitermilieus typischen Lebensweisen und Mentalitäten waren weit verbreitet, 1991 noch bei 40 Prozent der Ostdeutschen²⁷. In Westdeutschland dagegen driften Berufsposition und Klassenmentalität weiter auseinander: Etwa 37 Prozent haben Arbeiterberufe, aber nur 22 Prozent auch eine für diese einst typisch gewesene Lebensweise und Mentalität.

Keine Gruppe wurde durch den wirtschaftlichen Umbau seit der Wende so getroffen wie die Arbeitermilieus, und zwar nicht nur die deklassierten „Traditionslosen Arbeiter“ (acht Prozent), sondern auch die einst in die Mitte integrierten „Traditionsgebundenen“ Facharbeitermilieus (27 Pro-

27 Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10).

zent)²⁸. Insgesamt zeichnen sich mindestens fünf verschiedene Wege ab:

(1) Die *Ausgliederung* aus dem Erwerbsleben betraf bis zu 50 Prozent der Milieus. Sie verwandelte Facharbeiter in Rentner, Vorruheständler, ABM-Kräfte, Hausfrauen bzw. Arbeitslose auch jüngerer Jahrgänge²⁹. (2) Zu den Betroffenen gehören oft prekär Beschäftigte, auch Kleinstunternehmer. (3) Eine Minderheit jüngerer männlicher Facharbeiter profitierte von der *Reindustrialisierung* auf mittlerem technischen Niveau, z. B. beim von Riva übernommenen Baustahlwerk in Brandenburg. (4) Eine Minderheit von besonders qualifizierten jüngeren männlichen Facharbeitern wurde in Standorten der hochspezialisierten *Neoindustrialisierung* gebraucht, für die z. B. in Brandenburg eine Zahnrad- und eine Druckmaschinenfabrik, der Leichtmetall- und Stahlkonstruktionsbau sowie ein Weichenwerk stehen. (5) Ein Teil der mobileren bzw. bildungsaktiven jüngeren Generation, nicht zuletzt der Frauen, kann in *modernere Angestelltenberufe* überwechseln, auch als Pendler.

1. Traditionale Facharbeiter: „aktive“ Realitätsbewältigung³⁰

Die traditionellen Facharbeitermilieus in Ost und West unterscheiden sich erheblich in ihrer Größe.

28 So entsprechen die acht Prozent des Traditionslosen Arbeitermilieus (TLO) etwa den zehn Prozent An- und Ungelernten in Hilfstätigkeiten in Industrie, Verkehr und Dienstleistungen. Die 27 Prozent des Traditionsverwurzelten Arbeiter- und Bauernmilieus (TRAB) entsprechen den Facharbeitern und Meistern in Industrie und Verkehr (32 Prozent) und Landwirtschaft (sechs Prozent). (Vgl. Th. Schwarzer/D. Rink [Anm. 12].)

29 Weit überproportional betroffen waren die qualifizierten Frauen in allen Industrien und die weniger qualifizierten Belegschaften der Problemindustrien, insbesondere der Braunkohlechemie. In unseren Fallstudien fanden wir für Leipzig etwa 50 Prozent Ausgegliederte, für das Industriezentrum Brandenburg 65 Prozent und für die Braunkohlechemie von Espenhain noch mehr. – Nach einem Moratorium konnte bzw. kann ein Teil der jüngeren, meist männlichen Milieugehörigen neue Beschäftigung finden.

30 Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10); Michael Hofmann, Die Leipziger Metallarbeiter, in: M. Vester u. a. (Hrsg.) (Anm. 1), S. 136–192; A. Segert, Das Traditionelle Arbeitermilieu in Brandenburg, in: ebd., S. 289–329; Andrea Lange, „Man muß eben det beste draus machen, Kopp in'n Sand stecken hilft nischt“ – Strategien der Bewältigung der „Wende“ am Beispiel von zwei Brandenburger Facharbeiterinnen, in: Petra Frerichs/Margareta Steinrücke (Hrsg.), Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnis, Opladen 1993, S. 117–144; dies., „Zeit um zu begreifen“ – Krisenbewältigung und Transformation von Mentalitäten über vier Generationen (i. E.). – Zur historischen Entwicklung der Arbeitermentalitäten vgl. auch: Erhard Lucas, Arbeiterradikalismus, Frankfurt am Main 1976; ders., Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1983; Heinrich Popitz/Hans-Paul Bahrdt/Ernst Jüres/Hanno Kesting, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957.

Das *Traditionsverwurzelte Arbeiter- und Bauernmilieu* im Osten umfaßt 27 Prozent, das *Traditionelle Arbeitermilieu* im Westen einen Restbestand von fünf Prozent. In ihren Mentalitäten gleichen sie sich noch sehr. Beide folgen noch der klassischen Bescheidenheitsethik. Diese Überlebensstrategie entspricht alten Gerechtigkeitstraditionen, die in selbstbewußten Handarbeiterberufen, in der (heute säkularisierten) Volksreligion und in den demokratischen sozialen Bewegungen überliefert wurden. Ihr Sinn ist es, die eigene Identität und Würde unter verschiedensten sozialen und politischen Systemen zu sichern. Die Devise „arm, aber ehrlich“ erlaubt eine *Anpassung ohne Opportunismus*. Die Alltagsmoral ist stark auf die Bedingungen sozialer Not und Unsicherheit ausgerichtet, mißbilligt aber moralische Kompromisse mit den Herrschenden.

Dem entspricht ein besonderes Arbeits- und Gemeinschaftsethos. Wesentlich ist der sorgsame Umgang mit allem Lebensnotwendigen: mit der Sicherung des Arbeitsplatzes und der Altersvorsorge, mit dem eigenen Arbeitsvermögen und den hart erarbeiteten Gütern. Zusammenhalt und Anerkennung in überschaubaren Gemeinschaften von Familie, Arbeitskollegen, Gemeinde sind wichtiger als individueller sozialer Aufstieg. Das Bewußtsein der eigenen Grenzen zeigt sich in der einfachen und nüchternen Lebensweise und in der Verpönung von Prestigedenken, überzogenen Ansprüchen und modischem Konsum. Genuß und Anerkennungsbedürfnis haben vielmehr ihren Ort und ihre Zeit in den Vergemeinschaftungen.

Der Obrigkeit gebührt keine Ehrfurcht, aber Konflikte mit ihr werden realistisch begrenzt. Grundsätzlich soll man sich so geben, wie man ist, und offen und ehrlich seine Meinung sagen. Die Geschichte der DDR kennt bis in die siebziger Jahre zähe Kämpfe um Kompromisse, in denen selbstbewußte Facharbeiter zweierlei eigensinnig verteidigt haben: ein Stück innerbetriebliche Öffentlichkeit und den Stolz auf intelligente Qualitätsproduktion. Eine Fallstudie zeigte dies am Beispiel der hochqualifizierten Facharbeiter einer exportstarken Kranfabrik in Leipzig, die jahrzehntelang „resistent“ blieben, bis sie um 1980 durch eine jede Initiative entmutigende Betriebsleitung endgültig resignierten³¹. Es gab auch Beispiele größerer Verhandlungsmacht, wie Untersuchungen zum Stahl- und Walzwerk von Brandenburg (Havel) belegen³².

31 Vgl. M. Hofmann (Anm. 30).

32 Hier konnte eine starke technokratische Fraktion der Arbeiterintelligenz und der Ingenieure längere Zeit doch immer wieder Modernisierungen heraushandeln, wenn auch mit erheblichen Blockierungen und Rückschlägen. Diese

Die innovativen Potentiale der ostdeutschen „Traditionellen“ zeigen sich sehr deutlich an ihrem zwar traditionellen, aber gerade deswegen im Vergleich zu Westdeutschland sehr vielfältig spezialisierten Berufsspektrum³³. Während diese Potentiale bei der älteren Generation durch ihre Ausgliederung aus dem Produktionsprozeß verlorengehen, können Minderheiten der jüngeren Generation, vor allem ihre mobilsten und männlichen Teile, in modernere Arbeiterberufe (Re- und Neoundustrialisierung) und modernere Angestelltenberufe überwechseln.

Nur diese Minderheit der jüngeren Generation wird voraussichtlich in gewisser Hinsicht den Modernisierungsweg nachvollziehen können, auf dem sich das westdeutsche traditionelle Facharbeitermilieu seit 1950 nahezu aufgelöst hat. Ursache dieses Prozesses, indem die jüngere Generation in modernere Arbeitnehmermilieus abwanderte, war die von Joseph Mooser beschriebene „Entproletarisierung“ der Lebens- und Arbeitsverhältnisse³⁴. Wer in Ostdeutschland nicht in solche modernen Berufssituationen kommt, bleibt einerseits auf die in der DDR-Gesellschaft gepflegten aktiven Gesellungsmuster verwiesen: die Netze der informellen Versorgungsökonomie, die die begrenzten Konsummöglichkeiten ergänzten, und die intensive Gesellungskultur, mit denen in der DDR die Restriktionen der Freizeit- und Reisemöglichkeiten kompensiert worden waren. Andererseits gehören zu den Facharbeitermilieus nun einmal aktive Bewältigungsstrategien der Selbsthilfe, des Bildungserwerbs und auch des Protestes. Die Ausgliederung so großer Bevölkerungsteile könnte daher ein nachhaltiges Kritikpotential in Gesellschaft und Politik bringen, auch bei den Frauen und Männern der nächsten Generation.

technokratische Elite entwickelte in der Wende weitere tragfähige Modernisierungskonzepte, die aber von der „Treuhand“ – in gewisser Nachfolge der Blockierung zu DDR-Zeiten – keine Chance erhielten. Vgl. A. Segert (Anm. 30); Th. Schwarzer/K. Schweigel (Anm. 12).

33 Vgl. Dietmar Wittich (Hrsg.), Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland, Berlin 1994, S. 40f.

34 Einerseits schrumpften in Westdeutschland die Berufsgruppen körperlicher Arbeit von 1950 bis 1990 von 74 Prozent auf 41 Prozent, d. h. in der Landwirtschaft von 23 Prozent auf vier Prozent, bei den gewerblichen Arbeitern von 51 Prozent auf 37 Prozent. Andererseits verloren viele restriktive Züge des „Habitus der Notwendigkeit“ ihren Sinn mit der Erfahrung verbesserter Bedingungen der Arbeit, des Konsums, der Freizeit und der Ausbildung. (Vgl. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1990–1970, Frankfurt am Main, 1984.) Eine solche „Individualisierung der Mitte“ durch mehr Kompetenz, Partizipation und Selbstverwirklichung war allerdings auch in Westdeutschland nicht für alle möglich (vgl. R. Geißler [Anm. 15]).

2. Traditionslose Arbeiter: „passive“ Bewältigungsstrategien³⁵

Diese aktiven Strategien fehlen dem von drastischen Ausgliederungen betroffenen *Traditionslosen Arbeitermilieu* (TLO), das acht Prozent umfaßte und sich vor allem aus den zehn Prozent der Ostdeutschen rekrutierte, die an- und ungelernete Tätigkeiten in Industrie, Verkehr und Dienstleistungen ausführten. Sie arbeiteten einerseits in den Problemindustrien (Textilbranche und Braunkohlechemie), für deren verschlissene Anlagen an- und ungelernete Kräfte gebraucht wurden, die für ihre materielle Absicherung gesundheitliche Risiken und monotone Tätigkeiten in Kauf nahmen. Andererseits waren die sicheren Arbeitsplätze für An- und Ungelernte bei Post, Bahn und Stadtgastronomie bevorzugt, wo ebenfalls weniger Initiative verlangt war. Nach der Wende führten ausgedehnte Rationalisierungen und Stilllegungen dazu, daß heute viele dieser Milieuangehörigen arbeitslos oder prekär beschäftigt sind.

Das „Traditionslose Arbeitermilieu“ in Westdeutschland war 1991 mit zwölf Prozent um die Hälfte größer. Aber in ihrer Mentalität waren die Schwestermilieus sich noch sehr ähnlich. Sie bilden den Gegenpol zu den traditionellen Facharbeitern mit ihrer hohen Arbeits- und Solidaritätsmoral. Von außen werden sie oft als autoritär, ungebildet, sittenlos und anomisch³⁶ stigmatisiert. So gut wie allen „Traditionslosen“ ist die Gefahr sehr bewußt, mit solchen Vorurteilen auf einen Teufelskreis moralischer und materieller Ausgrenzung festgelegt zu werden. Ihre Lebensführung ist nicht asketisch auf äußere und innere Stabilität eingerichtet. Sie ist mehr am „Heute“ als an einer Lebensplanung orientiert, mehr an Entlastung und Lebensgenuß als an einem Ethos aktiver Verantwortung und Arbeit. Der Neigung, „sich gehen zu lassen“, wird weniger Selbstkontrolle entgegengesetzt. Die Vergemeinschaftungsnetze sind kleiner oder auch „unvollständiger“.

Gegen die Gefahren der Destabilisierung entwickeln viele „Traditionslose“ Strategien des „Mithaltens“ mit der materiellen Sicherheit, den Moden des Konsums und der sozialen Anerkennung, die die breite Mittelschicht genießt. Hierzu verhelfen

35 Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10); Michael Hofmann, Die Kohlearbeiter von Espenhain, in: M. Vester u. a. (Hrsg.) (Anm. 1), S. 91–135; vgl. E. Lucas, Arbeiterradikalismus (Anm. 30); H. Popitz/H.-P. Bahrdt u. a. (Anm. 30); Astrid Segert, Frau Thalbach – Zwischen Resignation und Hoffnung, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, 17 (1994) 34, S. 370–390.

36 So auch: Seymour Martin Lipset, Soziologie der Demokratie, Neuwied–Berlin 1962.

ihnen nicht Maximen einer *innengeleiteten* Leistungsmoral, sondern *außengeleitete* Formen des Selbstzwangs und vor allem der Anlehnung an stabile Lebenspartner, Arbeitskollektive, staatliche Hilfen usw.³⁷. Diese Muster der Lebensführung stehen in einem *zirkulären Verhältnis* zu den eingenommenen gering qualifizierten bzw. prekären Berufspositionen und Soziallagen. Die Mithaltestrategien werden auch zirkulär, d. h. im Rahmen einer Wechselbeziehung zwischen „objektiven“ Lebensbedingungen und „subjektiven“ Lebensweisen, begründet. Initiativen hinsichtlich Bildung, Leistung, Politik usw. sind vergebliche Mühe³⁸; sie können nicht aus dem Schicksal des ‚Underdog‘ herausführen. Soziale Ungleichheit und Hierarchie werden hingenommen – und für Anlehnungsstrategien ausgenutzt.

Bei den Feldforschungen im Raum Brandenburg (Havel) und Espenhain fanden wir eine relativ frohgemute Rückwendung auf die „Festung Alltag“³⁹, die als sicherer Ort eines Moratoriums der Umorientierung genutzt wird. Die Devise „arm, aber lebensfroh“ bedeutet auch, daß dem verlorenen Arbeitsplatz (der ja nicht für die Identität, sondern für das Einkommen notwendig war) nicht so viele Tränen nachgeweint wurden. Viele sehen sich nun auf staatliche ‚Versorgungskarrieren‘ angewiesen. Gleichwohl kann für manche, insbesondere die Frauen, die schon in ‚normalen Zeiten‘ die Konsequenzen der Instabilität zu tragen hatten, der Verlust des Arbeitskollektivs und der staatlichen Kinderbetreuung eine Spirale materieller und moralischer Destabilisierung einleiten.

In solchen Destabilisierungen scheint das westdeutsche „Traditionslose Arbeitermilieu“ dem ostdeutschen einige Schritte „voraus“ zu sein. Es ist seit 1982 um ein Drittel (von neun auf zwölf Prozent), also um knapp zwei Millionen Menschen gewachsen. Dieser Zulauf mag mit der Desintegra-

tion anderer Milieus zusammenhängen, die einzelne deklassierte Individuen nicht mehr moralisch oder materiell mittragen können. Nicht wenige westdeutsche „Traditionslose“ hatten ohnehin nicht die Arbeitsplatzsicherheit, die das DDR-System immerhin bot. Einem Wachstum der ostdeutschen Traditionslosen kann entgegengewirkt werden, da die Systeme staatlicher Hilfen und Beratungen, wenn sie nicht weiter abgebaut werden, die Spiralen sozialer Destabilisierung mit relativ geringen Mitteln verhindern können.

3. Moderne Arbeitnehmer: zwei ungleiche Individualisierungswege

In Ostdeutschland und in Westdeutschland sind zwei neue, junge Arbeitermilieus entdeckt worden, die sich wesentlich voneinander unterscheiden. Beide, die heute je fünf Prozent umfassen, wachsen derzeit noch erheblich. Sie scheinen im Feld „moderner“ und „individualisierter“ Arbeitnehmer zwei entgegengesetzte Pole zu bezeichnen. Sie wirken wie die „geläuterten Ebenbilder“ der beiden älteren Arbeitermilieus, die ja auch entgegengesetzte Pole bilden. Die ostdeutschen *Hedonistischen Arbeiter*⁴⁰ (HEDAR) entsprechen in vielem den „außengeleiteten“⁴¹ traditionslosen Arbeitern, allerdings auf einer höheren Ebene der Bildungs-, Berufs- und Lebensstandards. Die westdeutschen *Neuen Arbeitnehmer*⁴² (NEA) scheinen unter den Bedingungen erweiterter sozialer Chancen das Verhaltensrepertoire der „innengeleiteten“ traditionellen Arbeiter- und Bauernmilieus weiterentwickelt zu haben. Beiden neuen Milieus sind auch Momente narzißtischer Selbstverliebtheit eigen.

Die beiden Gruppen leben nicht mehr unter den Bedingungen der Unsicherheit, des Mangels und

37 Dies entspricht den historischen Wurzeln der „Traditionslosen“ in den unterständischen dörflichen und städtischen Milieus der vorindustriellen Zeit. (Vgl. u. a. Werner Conze, Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“, in: Hans-Ulrich Wehler [Hrsg.], *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln-Berlin 1966, S. 111–136.) Dem entsprechen Muster, die weniger auf Leistung setzten als auf „das Glück“: auf Almosen, eine günstige Gelegenheit, eine gute Heirat. In der Industriegesellschaft haben sich analoge Muster und Bereiche entwickelt.

38 Die Ungleichheitsforschung belegt auch für Westdeutschland die Existenz von sozialen „Grundschichten“, offenbar weitgehend identisch mit den „Traditionslosen“, die am „Fahrstuhleffekt“ kollektiver Chancenverbesserung durch Sozial- und Bildungsreformen nicht haben teilnehmen können (R. Geißler [Anm. 15]).

39 M. Hofmann (Anm. 30).

40 Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10); Susanne Völker, Ein passiver und ein aktiver neuer Arbeitertypus: Selbstverwirklichung über Konsum und Mithalten oder über Arbeit und Initiative, vervielf. Ms., Hannover 1994.

41 Es wäre sinnvoll, Riesmanns „innengeleitete“ und „außengeleitete“ Verhaltensstile auf verschiedene Milieutypen zu beziehen. Vgl. David Riesman/Reuel Denney/Nathan Glazer, *Die einsame Masse. Untersuchungen zum Wandel des amerikanischen Charakters*, Reinbek 1958.

42 Vgl. Dagmar Müller, *Zum Typus der ‚neuen ArbeiterInnen‘*. Arbeitspapier, Hannover 1990; Michael Vester, *Die Modernisierung der Sozialstruktur und der Wandel von Mentalitäten*, in: Stefan Hradil (Hrsg.), *Zwischen Bewußtsein und Sein*, Opladen 1992, S. 223–249; Jörg Ueltzhöffer/Berthold Flaig (SINUS), *Spuren der Gemeinsamkeit? Soziale Milieus in Ost- und Westdeutschland*, Heidelberg 1992; U. Becker u. a. (Anm. 10); Martin Baethge, *Arbeit, Vergesellschaftung, Identität – Zur zunehmenden Subjektivierung der Arbeit*, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, Frankfurt am Main 1991.

der Enge wie ihre Eltern. Da die beiden „Muttermilieus“ in beiden Teilen Deutschlands vorhanden sind, kann angenommen werden, daß ihre „Abkömmlinge“ mit der Zeit auch gleichermaßen in Ost und West verbreitet sein könnten. Darauf verweisen auch unsere Interviews aus einer qualitativen Stichprobe in zwei ostdeutschen Regionen⁴³. Das ostdeutsche „Hedonistische Arbeitermilieu“ besteht aus meist jüngeren Leuten, die eine Stufe über die Bildungs-, Berufs- und Einkommensstandards der „Traditionslosen“ hinausgekommen sind⁴⁴. Ihre Berufspositionen sind relativ sicher. Aber sie bieten wenig Selbstverwirklichung, sondern sind Mittel zum Zweck eines hedonistischen Lebensstils. Die Lebensführung ist auf das „Heute“ und das Mithalten mit der westlichen Konsum- und Freizeitwelt ausgerichtet. Man ist im Trend und häufig demonstrativ selbstbewußt. Die Angehörigen des Milieus „verlieren den eigenen Vorteil niemals aus den Augen und nehmen alle sich bietenden Vergünstigungen in Anspruch“⁴⁵.

Auch bei den westdeutschen „Neuen Arbeitnehmern“ ist der Hedonismus wesentlich, aber in Ethiken der Selbstverwirklichung eingebettet. Man will sich leisten können, was einem gefällt, aber nicht im Sinne eines außergeleiteten Konsums, sondern einer autonomen Gestaltung, die zugleich im Rahmen des Möglichen bleibt. Dieser Realismus entspricht dem der Eltern. Im Beruf besteht der Ehrgeiz, sich lebenslang fachlich weiterzuentwickeln und verantwortungsvolle Tätigkeiten auszuüben. Sie arbeiten bevorzugt als Fachhandwerker, als Fachleute in Schrittmacherindustrien und in technisch, sozial und pädagogisch interessanten Teilen des öffentlichen Dienstes. Auf das Vertrauen in die eigene Fachleistung – auch ein Erbe des traditionellen Arbeitsethos – stützt sich die Bereitschaft, sich häufiger im Leben einen neuen Arbeitsplatz zu suchen. Diese Mobilität und die Aufgeschlossenheit für Neues und auch unkonventionelle Lebensformen werden mit dem „ererbten“ Sinn für die eigenen Grenzen ausbalanciert. Zufriedenheit ist wichtiger als unermüdlicher Aufstieg. Das Aufstiegsstreben begrenzt sich oft auf Fachhochschulabschlüsse und auf Berufsgruppen

moderner technischer und sozialer Fachintelligenz. Neben dem Aufstieg muß Raum bleiben für vielfältige gesellige Beziehungen mit Gleichaltrigen, aber auch den Arbeitnehmerfamilien, aus denen sie stammen.

Von ihren Eltern hat etwa die Hälfte der „Neuen Arbeitnehmer“ die Bereitschaft zu sozialem, gewerkschaftlichem und politischem Engagement übernommen. Aber sie wollen sich nicht von Politikern und Institutionen vereinnahmen lassen, sondern lieber „Politik von unten“ machen⁴⁶. Als Gruppe der praktischen Intelligenz (die der Familienherkunft nach oft auch an die Tradition der wandernden Handwerksgesellen anknüpft) haben die „Neuen Arbeitnehmer“ sich vor allem im Zusammenhang mit der Ausweitung entsprechender Berufsfelder und Lebensweisen in der neuen technologisch-sozialen Revolution aus der jüngeren Generation des „Traditionellen Arbeitermilieus“ (TRA) bzw. – für Ostdeutschland – „Traditionsverwurzelten Arbeiter- und Bauernmilieus“ (TRAB) herausdifferenziert. Ihnen wird daher bis zum Jahre 2000 ein Wachstum auf etwa zehn Prozent vorausgesagt⁴⁷. Ihre Kombination von traditionaler Verantwortlichkeit, Realismus und Innovation ist eine Art individualisiertes Äquivalent zu ‚japanischen‘ Produktionsmentalitäten.

Wie sich die ostdeutschen „Hedonistischen Arbeiter“ entwickeln werden, ist weniger kalkulierbar. Zum einen hat sich, wie Annette Spellerberg belegen kann⁴⁸, der hedonistische Konsumstil in Ostdeutschland sehr ausgeweitet. Es könnte aber auch sein, daß die Gruppe sich auflöst: teilweise durch Abstieg in traditionslose Milieus und teilweise durch den Aufstieg in ein sich neu bildendes ostdeutsches „Hedonistisches Milieu“ mit Mittelklassecharakter (vgl. unten, IV.3).

43 Vgl. S. Völker (Anm. 40).
44 Sie haben meist die mittleren Bildungsstandards der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule mit anschließender Berufsausbildung. Sie sind nicht so stark von Arbeitslosigkeit betroffen wie die älteren TLO, sondern als Facharbeiter, teilweise auch einfache Angestellte und Beamte mit mittleren und (besonders bei den in Niedriglohnbereichen beschäftigten Frauen) auch geringeren Einkommen doch relativ gesichert.
45 U. Becker u. a. (Anm. 10), S. 110.

46 Soziale Unterschiede werden nicht vom Aufstieg aus, sondern ‚von unten‘ gesehen. Der Zugang zu den Problemen erfolgt nicht über intellektuelle Weltanschauungen, sondern durch Gefühl, Erfahrung und fachkompetente Kritik an sozialer Ungleichheit. Trotz hoher Aktivität auch in der politischen Bildung werden politische Ideologien, Führungsansprüche von Parteien sowie traditionale bürokratische Politikformen abgelehnt. Man engagiert sich lieber in der Basisarbeit als in entfremdeter Politik, in der Partizipation schwierig ist. Gewerkschaften und Parteien haben es schwer, diese Gruppe dauerhaft zu gewinnen.

47 Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10).
48 Gefunden wurde 1993 in Ostdeutschland eine ähnliche hedonistisch-freizeitorientierte Gruppe von immerhin 13 Prozent, von der aber die Muster der Lebensführung nicht umfassender bekannt sind. Vgl. Annette Spellerberg, Lebensstile in West- und Ostdeutschland. Verteilung und Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen, Berlin 1994 (WZB-Arbeitspapier), S. 22f.

IV. Mittelklassenmilieus: nachholende Modernisierung?

In der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft finden wir drei Milieus mit mittleren Berufsqualifikationen, die auch die für Mittelklassen typischen Mentalitäten aufweisen. Sie umfassen einen großen kleinbürgerlichen Pol von 23 Prozent und auch einen kleinen, aber sehr modernen Pol einer Jugendsubkultur von fünf Prozent. Darin entspricht sie teilweise ihrem westdeutschen Pendant, in dem diese Pole 22 Prozent bzw. dreizehn Prozent groß sind. Aber zwischen diesen beiden Polen sieht es anders aus. Hier ist in Westdeutschland ein großer „moderner Mainstream“ aus qualifizierten Angestellten und Arbeitern entstanden: das „Aufstiegsorientierte Milieu“. Durch Zuwanderung (aus den schrumpfenden klassischen Facharbeiter- und Bauernmilieus) ist es ständig gewachsen, bis 1991 auf 24 Prozent. In der DDR-Gesellschaft befand sich dagegen an dieser Stelle nicht ein Milieu, das für die wirtschaftliche Dynamik wichtig war, sondern ein hierarchisches Funktionärsmilieu von neun Prozent, das diese Entwicklung eher blockiert hatte.

Aufgrund dieser „Modernisierungslücke“ sind die Milieus der Mitte im Osten mit 37 Prozent deutlich kleiner als ihr 59 Prozent großes westdeutsches Pendant. Die Lücke bildet heute eine attraktive Zuwanderungszone für modernere Arbeitnehmer und neue Selbständige mit Initiative⁴⁹.

1. Kleinbürgerliche Milieus: zwei Varianten konventioneller Statusorientierung

Mit seiner beachtlichen Größe von 23 Prozent bestätigt das ostdeutsche *Kleinbürgerlich-materialistische Milieu*⁵⁰ (KLM) seine schon von Theodor Geiger betonte systemüberdauernde Beharrungskraft⁵¹. In Ostdeutschland, wo die Selbständigen teilweise in den fünfziger Jahren verfolgt und vertrieben und nach 1970 neu deklassiert worden waren, hat der kleinbürgerliche Habitus bei Fach-

arbeitern und Meistern sowie bei einfachen und mittleren Angestellten der staatlichen Verwaltung, der Banken und des Bildungs- und Gesundheitswesens gleichsam überwintert, oft in mittleren Hierarchie-Positionen, die auch ihrem Habitus entsprachen. Heute entstehen aus ihnen, durch Umstellungen in die entgegengesetzte Richtung, wieder die Beamten und kleinen Selbständigen, die immer schon zu den tragenden Säulen des Milieus gehört haben.

Wie ihre plebejischen Nachbarn, die traditionellen Facharbeiter, hegen auch die kleinbürgerlichen Milieus in Ost und West eine Vorliebe für eine zuverlässige, oft restriktive Moral, die der gemeinsamen Verwurzelung in der traditionellen Gesellschaft des Mangels und der Klassenschranken entspricht. Deutliche Unterschiede bestehen jedoch in den Einstellungen zur sozialen Ungleichheit und zum Statusstreben. Zum kleinbürgerlichen Ethos gehört der Stolz, den materiellen Lebensstandard nicht nur zu sichern, sondern auch zu verbessern; er soll – in Maßen – als Statussymbol die Zugehörigkeit zum gehobenen Mittelstand auch nach außen demonstrieren. Eventuelle Makel sollen nicht allzusehr auffallen, man will sich lieber nicht exponieren. Dies setzt auch aggressivem Aufstiegsstreben Grenzen. Man gibt sich „zufrieden“ und will „das Beste aus den Dingen machen“. Die traditionellen Werte wie Disziplin, Ordnung, Pflichterfüllung, Verlässlichkeit usw. werden vor allem mit einem „Blick nach oben“ hochgehalten. Während nach dem kleinbürgerlichen Ideal die eigene Familie der Hort der Geborgenheit ist, verlangt die Nachbarschaftsethik⁵² der Volksklassen ausdrücklich auch mehr Verantwortung für die Gemeinschaft, in der man lebt und arbeitet.

Zwischen Ost und West zeigen sich Akzentunterschiede. Im Osten wurde 1991 der materielle Gütererwerb höher bewertet, vermutlich wegen des Nachholbedarfs aus DDR-Zeiten. Dem westdeutschen *Kleinbürgerlichen Milieu* sind die Folgen der Modernisierung seiner Gesellschaft anzusehen: es ist kleiner und in gewissen Momenten auch moderner geworden⁵³.

49 Für die Zuwanderung gibt es verschiedene „Kandidaten“ mit verschiedenen Wirtschaftsmentalitäten: von Aufsteiger(innen) aus den Facharbeitermilieus, deren Umstellungsstrategien auf Bildungserwerb und Qualifikation setzen, bis zu Umsteiger(innen) aus den mit Bildungs- und Beziehungskapital bereits wohlversorgten früheren privilegierten Schichten der DDR, die hier auch mit Umsteiger(innen) aus Westdeutschland konkurrieren.

50 U. Becker u. a. (Anm. 10).

51 Vgl. Th. Geiger (Anm. 2), S. 85.

52 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Köln-Berlin 1964, S. 279–282.

53 Durch das Schrumpfen vor allem des bäuerlichen Mittelstands und die Attraktivität modernerer Berufe sind viele Jüngere in andere Milieus abgewandert. Das Milieu ist allein von 1982 bis 1992 von 28 Prozent auf 22 Prozent, d. h. um etwa dreieinhalb Millionen Personen, geschrumpft und enthält jetzt überdurchschnittlich viele Rentner und Pensionäre. Zugleich wirkt die Modernisierung zurück ins Milieu: Elemente modernerer Lebensstile und flexibleren Verhaltens haben an Verbreitung deutlich gewonnen.

2. Funktionärsmilieus und Aufstiegsmilieus: eine traditionale und eine modernisierte Mitte

Das ostdeutsche *Status- und Karriereorientierte Milieu* von neun Prozent, das hauptsächlich aus der früheren Funktionärsschicht der DDR stammt, entspricht eher noch der „traditionalen Mitte“ der früheren deutschen Karriere-Angestellten und -Beamten, die im DDR-System sehr verfestigt worden ist. In Westdeutschland sind dagegen von 1950 bis 1990 die Angestellten und Beamten insgesamt von 21 Prozent auf 52 Prozent der Erwerbstätigen angewachsen, die Teilgruppe der sog. „neuen Berufe“⁵⁴, die besonders viel modernes Ausbildungskapital voraussetzen, sogar noch stärker, von fünf Prozent auf 22 Prozent. Entstanden ist die „moderne Mitte“ des *Aufstiegsorientierten Milieus* von 24 Prozent, dessen Mentalität stärker arbeitnehmerisch geprägt ist.

Das ostdeutsche „Status- und Karriereorientierte Milieu“ stand 1991 mitten in dem Umstellungsprozeß, mit dem seine Angehörigen, die oft mittlere und höhere Führungskader von Partei und Verwaltung der DDR gewesen waren, in die entsprechenden Etagen der neuen Gesellschaft überwechseln wollten. Wie in jeder Bürokratie war der vergangene Status durch Privilegien, Macht und „gute Beziehungen“ gekennzeichnet gewesen. Diese Muster setzten sich in dem Streben fort, den Leitbildern westlicher Manager und entsprechenden Lebensstandards zu folgen, viel Geld zu verdienen, aufzusteigen und seinen Status auch symbolisch zu demonstrieren. Die damit verbundene Unsicherheit wurde nicht einheitlich verarbeitet. Ein Teil dieser Erfolgreichen hält noch trotzig an DDR-Werten fest bzw. unterstützt die PDS. Ein anderer Teil zeigt eine eher kritiklose Identifikation mit marktwirtschaftlichem Ellenbogendenken, mit einem in Westdeutschland schon relativierten Fortschrittsglauben und einer entsprechenden High-Tech-Faszination.

Die Berufsmuster zeigen, daß diese Umstellungsstrategien häufig eine Deklassierung vermeiden halfen. Auch aufgrund ihrer Bildungsabschlüsse erreichten viele die Positionen von Facharbeitern, Handwerkern, qualifizierten Angestellten oder Selbständigen. Diese Stufenleiter scheint grundsätzlich der der DDR-Gesellschaft zu entsprechen, in der die Führungskader aufgrund ihres „politi-

schen Kapitals“⁵⁵ in jeder gesellschaftlichen Etage als „Sahne“ oben schwammen – und die Initiativen anderer blockierten.

Das westdeutsche „Aufstiegsorientierte Milieu“ ist dagegen heterogener, entsprechend dem Zustrom aus arbeitsorientierten bäuerlichen, handwerklichen und industriellen Volksmilieus. Die erreichte gesellschaftliche Stufe wird nicht so sehr mit Gesichtspunkten der „guten Beziehungen“ und ständischen Etablierung verbunden als mit der eigenen Leistung. Man hat sich *hochgearbeitet, nicht hochgedient*. Neben dem Habitus der Statuskonkurrenz gilt ein arbeitnehmerischer Habitus, nach dem der Aufstieg nicht auf Kosten anderer gehen, sondern eine Art kollektiver Aufstieg nach dem Beckschen Fahrstuhleffekt sein soll.

3. Der Generationenbruch: asketische und konsumorientierte Spontaneität⁵⁶

Auf allen drei Stufen der DDR-Gesellschaft gab es auch einen Pol radikaler, modernisierter junger Milieus, 1991 mit 17 Prozent kaum kleiner als ihre Schwestermilieus in Westdeutschland, die 20 Prozent umfaßten. Die soziale Zusammensetzung beider Milieus entspricht der Übergangsphase zwischen 20 und 30 Jahren, die zwischen Ausbildung und Jobs verläuft und in der die angestrebten Bildungsabschlüsse und Einkommen noch nicht erreicht sind.

Während die Milieus der modernen Mitte eher durch berufliche Differenzierung entstanden sind, wirkt hier – im Osten wie im Westen – seit den siebziger Jahren ein Generationenbruch. Die beachtliche Größe des westdeutschen *Hedonistischen Milieus* (13 Prozent) läßt sich aber auch strukturell, aus der durch Bildungsreformen und sozialen Wandel verlängerten Jugendphase erklären. Da dieser Strukturwandel nun auch mehr für Ostdeutschland gilt, ist mit einem entsprechenden Wachstum des ostdeutschen *Subkulturellen Milieus*, das 1991 mit fünf Prozent noch klein war, zu rechnen. Auch die Qualität dieses Jugendmilieus war 1991 noch deutlich anders. Sie spiegelt noch die aufgezwungene und zugleich selbstgewollte Abdrängung ins Abseits der DDR-Nischengesellschaft⁵⁷ wider.

Im Grundsätzlichen überwiegen jedoch die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West. Beide

54 Es handelt sich um die Berufe der Bildung, Wissenschaft, Kulturvermittlung, Publizistik, Sozialpflege und der medizinisch-sozialen Dienstleistungen sowie die freien Berufe, die technischen (auch nichtakademischen) Intelligenzberufe und die qualifizierten Verwaltungsberufe in öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft. Vgl. M. Vester u.a. (Anm. 4), S. 278ff.

55 P. Bourdieu (Anm. 20).

56 Vgl. U. Becker u.a. (Anm. 10); Dieter Rink, Das Leipziger Alternativmilieu zwischen alten und neuen Eliten, in: M. Vester u.a. (Hrsg.) (Anm. 1), S. 193–229.

57 Vgl. Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, München 1986.

Milieus teilen die Ideologie eines radikalen Individualismus, der das Unverwechselbare, die Selbstbestimmung und die Ungebundenheit demonstrativ betont, die Spontaneität des Lebensgenusses im „Hier und Jetzt“, die Ablehnung einer längerfristigen Lebensplanung, den eher sorglosen Umgang mit Geld und die Brüche im Ausbildungs- oder Berufsweg. Beide definieren sich jugendtypisch geradezu als Gegenteil der angepaßten Normalbürger der Elterngeneration.

Eben darin zeigen sich aber auch Unterschiede. Die westdeutschen „Hedonisten“ haben Freude am guten Leben, an Luxus und Komfort. Was sie demonstrativ ablehnen, sind die Sicherheit und Geborgenheit, mit der die harmonieliebenden westdeutschen Kleinbürger sich so stark identifizieren. Die ostdeutschen „Subkulturellen“ stellen dagegen die Geringschätzung der materiellen Güter ostentativ zur Schau, wie ein Negativbild des Konsummaterialismus der ostdeutschen Kleinbürger. Die Konsumskese und auch die enge Bindung an Gruppen Gleichgesinnter erinnern, bis in feine Geschmacksnuancen hinein, an die „Ur-Spontis“ der westdeutschen Universitätsstädte in den frühen siebziger Jahren.

Seit 1991 befinden sich beide Milieus in neuen Entwicklungen. Die Abgrenzung gegen die älteren Milieus ist inzwischen weiter verarbeitet, so daß die eigene Lebensführung jetzt positiver und sicherer ist⁵⁸. Zugleich könnten beide Milieus stärker zur Innovation der anderen Milieus beitragen. Innerhalb der „Subkulturellen“ wächst auch eine realistische jüngere Bildungselite heran, die sich von der inzwischen etablierten Elite des Bündnis 90 (vgl. unten, V. 3.) völlig abgenabelt hat und auf einen neuen Generationenwechsel an der Spitze der ostdeutschen Gesellschaft drängt.

V. Funktions-, Herrschafts- und Oppositionseliten: Deklassierung oder Stuserhalt?

Die ostdeutsche Oberschicht war vermindert durch deklassierte Teile der alten kulturellen Oberschicht. Diese fanden sich in der DDR vor allem in mittleren Berufspositionen des Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsbereichs (fünf Prozent der Er-

58 An die Stelle des „anything goes“ tritt die Kultivierung eigener Präferenzen. Vielleicht wird sich damit auch die sich klassenlos gebende Beliebtheit dieses Individualismus weiter verlieren und den Aufstiegshabitus der Mittelklassen wieder deutlicher hervortreten lassen.

werbsbevölkerung) wieder. Zum anderen hatten in der Machtelite⁵⁹ der DDR Gruppen Dominanz erlangt, die dorthin während des Elitewechsels der fünfziger Jahre aufgestiegen waren. Große Teile dieser sog. HJ- und FDJ-Generation hatten jedoch die relativ enge Mentalität und Kompetenz ihrer Herkunft beibehalten: auf der Mentalitäts-Landkarte gehören sie eher zur kleinbürgerlichen Mitte, zum Status- und Karriereorientierten und Kleinbürgerlich-materialistischen Milieu. Zu dieser „herrschenden Fraktion der herrschenden Klasse“ (Bourdieu) gehörten insbesondere die Leitungskader der Macht- und Sicherheitsorgane (sechs Prozent) und der kommunalen, staatlichen und wirtschaftlichen Führungseliten (acht Prozent). Zur zweitgenannten Gruppe gehörten allerdings auch viele fähige Technokraten, die in der DDR einen langen Kampf gegen die bürokratischen Blockierungen geführt hatten. Auf das Fach- und Erfahrungswissen dieser oppositionellen Reserveelite, die es in allen Ostblockländern gab, wurde aus politischen Gründen in der Wende, zum Schaden der ostdeutschen Wirtschaft, kaum zurückgegriffen.

In der Wende waren die Funktionseliten im Gesundheits-, Sozial- und Schulwesen eher gering oder partiell von Entlassungen betroffen⁶⁰. In vielen Bereichen stieg der Bedarf eher. Andere Gruppen der wissenschaftlichen Intelligenz wurden, teils verdrängt durch Westdeutsche, empfindlich deklassiert. Im Bereich des „Wasserkopfes“ veränderten sich die Proportionen erheblich. In den lokalen und zentralen staatlichen Verwaltungen kam es zu begrenzten, im Sicherheits- und Machtapparat (mit Ausnahme von Polizei und Heer) zu umfassenden Entlassungen. Bemerkenswerterweise haben viele der Betroffenen ihr hohes Ausbildungs- und Beziehungskapital nutzen und, trotz gewisser Statusverluste, in der neuen ostdeutschen Gesellschaft Ersatzpositionen finden können, die ihnen einen Abstieg in die Mitte ersparten.

1. Technokratische Funktionseliten: konventionelle und individualisierte Mentalitäten⁶¹

Die technokratischen Eliten waren – mit einer gewissen Modernitätsdifferenz – 1991 in Ost und West ähnlich zusammengesetzt. Das ostdeutsche

59 Diese „Macht- und Bildungselite“ (insgesamt 20 Prozent) setzte sich zusammen aus den Leitungskadern der Macht- und Sicherheitsorgane (6 Prozent), den kommunalen, staatlichen und wirtschaftlichen Führungseliten (8 Prozent), den Angehörigen der technischen Intelligenz (1,5 Prozent) und der kulturellen Intelligenz aus Medizin, Erziehungswesen, Kultur und Wissenschaft (4,5 Prozent). Vgl. Th. Schwarzer/D. Rink (Anm. 12).

60 Vgl. u. a. Th. Schwarzer/K. Schweigel (Anm. 12).

61 Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10).

Rationalistisch-technokratische Milieu (sechs Prozent) bestand aus Angestellten, Beamten und Selbständigen mit hohen Bildungsabschlüssen, die leitenden Positionen, auch in der Wirtschaft, einnahmen und mittlere und hohe Einkommen hatten. Das westdeutsche *Technokratische Milieu* (neun Prozent) rekrutierte sich ähnlich, ihm gehörten aber mehr Freiberufler und Bezieher hoher und höchster Einkommen an.

In unseren Milieudiagrammen haben wir die westdeutschen „Technokraten“ in der modernen Mitte verortet, die ostdeutschen am traditionellen Pol. Ihr Vertrauen auf Machbarkeit und Rationalität erinnert noch sehr an den Fortschrittsglauben älterer deutscher Eliten, zuletzt auch der sog. „Helmut-Schmidt-Generation“. Gerade diese Generation hat in Westdeutschland an Leitbildfunktionen verloren. In den technischen, administrativen und kulturellen Eliten, die das Milieu heute ausmachen, wuchsen die Erfahrungen der Risiken des Fortschritts und der Grenzen eines autoritären Managementstils einerseits und der Chancen flexibler Führungsstile und individualisierter Lebensweisen andererseits. Aber auch die ostdeutschen Technokraten standen, gerade wegen ihres Bestehens auf Rationalität, häufig in kritischer Opposition zu der blockierenden Macht der Bürokratien.

Die Modernisierung des Lebensstils betrifft bei den westdeutschen „Technokraten“ allerdings mehr die Form als die Grundprinzipien der Lebensführung. In beiden Milieus werden Karriere und Leben noch bewußt und effektiv geplant. In beiden herrscht ein sich gegen das Mittelmaß abgrenzendes Perfektionsstreben und ein Elitebewußtsein, das materiellen Erfolg und gesellschaftliche Anerkennung auf der Grundlage einer überdurchschnittlichen eigenen Leistung beansprucht. Diese Haltung ist aber in Ostdeutschland in ein konventionelles Pflichtethos („Erfolg als Pflicht“) eingebaut und in die konformistische Maxime, sich pragmatisch anzupassen, wenn dies nötig ist. In Westdeutschland sind beruflicher Erfolg und bevorzugte Lebensstandards durch eine Ideologie der Selbstverwirklichung gefärbt. Beruf und Lebensstil sollen der Entwicklung der Persönlichkeit und neuen Erfahrungen dienen, Freiräume und eine betonte individuelle Selbstdarstellung zulassen. Von dem gehoben-anspruchsvollen Konsumstil der ostdeutschen Technokraten unterscheiden sich die westdeutschen durch eine stärkere Neigung zu kultivierter Kennerschaft und einen avantgardistischen, den Trend für andere Milieus setzenden Stil.

2. Bildung und Besitz im Umbruch: Varianten bürgerlicher Milieus⁶²

1991 fanden sich in Deutschland noch zwei erstaunlich intakte bürgerliche Milieus. Allerdings war das östliche *Bürgerlich-humanistische Milieu* (zehn Prozent) auf die Bildungsfraction dieser Klasse reduziert. Es bestand aus qualifizierten und leitenden Angestellten der Verwaltungs-, Bildungs-, Sozial- und Informationsberufe sowie Wissenschaftlern, Ärzten und Rechtsanwälten. Angehörige dieser Gruppen besaßen hohe und höchste Bildungsabschlüsse sowie mittlere und gehobene Einkommen und befanden sich, teils altersbedingt und teils wendebedingt, bereits zu einem Drittel im Ruhestand. Das westdeutsche *Konservativ-gehobene Milieu* (acht Prozent) rekrutierte sich aus den gleichen Gruppen, zusätzlich aber auch aus mehr Selbständigen und Freiberuflern, und es lag ebenfalls – wenn auch weniger ausgeprägt – über dem Altersdurchschnitt.

Am ostdeutschen Bürgerlich-humanistischen Milieu fällt zunächst ein Paradox auf. Im Vergleich zu seinem westdeutschen Pendant ist es halbiert, da ihm die besitzende Fraktion fehlt. Aber es ist doch größer. Die Lücke, die durch Vertreibung, Verfolgung, Enteignung und Abwanderung vieler bürgerlicher Eigentümer und Akademiker gerissen wurde, ist offensichtlich durch ostdeutsche Bildungsaufsteiger aus der protestantischen Handwerker- und Facharbeiterintelligenz mindestens ausgeglichen worden⁶³. Diese Verbindung wurde auch dadurch erleichtert, daß die bürgerliche „Restklasse“ ihren Charakter veränderte. Politisch abgedrängt, reaktivierte sie die alten protestantisch-preußischen Tugenden der Innerlichkeit und Askese, der Disziplin, Pflichterfüllung und sozialen Verantwortung und erneuerte deren Verbindung mit der Pflege der humanistischen Traditionen der Toleranz, Menschenwürde und Solidarität. Hierzu gehört auch das Streben, mit sich, der Familie und dem sozialen Umfeld in Harmonie zu leben. Verbunden war dies mit dem Hochkultur-Schema: der Wertschätzung von Kultur und Kunst und der traditionsbezogenen Distanz zu den „oberflächlichen“ materiellen Dingen. Dies bezeichnet keine Konsumfeindschaft, sondern die Vorliebe für überlegten Konsum und langlebige Qualitätsgüter.

⁶² Vgl. U. Becker u. a. (Anm. 10).

⁶³ In unseren Interviews fanden wir Hinweise auf solche Wahlverwandtschaften zwischen Milieus der praktischen und der akademischen Intelligenz. Sie nutzten von der Schulzeit an die Gelegenheit, sich über Bildungsgang, Freundschaften und beruflichen Aufstieg zu verbinden.

Bei den westdeutschen „Konservativ-gehobenen“ gehen diese Tugenden eine andere Verbindung ein, die mit der äußeren Machtstellung des Milieus zu tun hat. Die humanistische Tradition verbindet sich weniger mit Kritischem als mit dem Respekt vor gewachsenen Strukturen. Die soziale Verantwortung wird eher hierarchisch-gönnerthaft verstanden. Zur Hochkultur gehören auch ein distinguiertes Lebensrahmen mit hohen Ansprüchen an Qualität und Kennerschaft sowie ein Elitebewußtsein, für das auch der materielle Erfolg und eine anerkannte gesellschaftliche Stellung wichtig sind. Allerdings darf dies nicht übertrieben zur Schau gestellt werden. Die Attribute der Macht und der Privilegien dürfen nicht nach Art der Parvenus provozieren. Sie werden, im Stil einer distinktiven Einfachheit und Humanität, dementiert.

Eine Restauration dieser distinguierten Kombination von Bildung und Besitz ist in Ostdeutschland, wo sich jetzt eine eher neureiche Aufsteigerklasse neben der gepflegten bürgerlichen Tradition etabliert, kaum zu erwarten.⁶⁴ Ein ungeschmälerter Erhalt der ostdeutschen „Bürgerlichen Humanisten“ ist wegen partieller Deklassierungsprozesse der DDR-Intelligenzschichten ebenfalls unwahrscheinlich. Die erhebliche Größe des Milieus (zehn Prozent) ist sicherlich nicht nur daraus zu erklären, daß es eine Zuflucht und Nische bot, sondern auch daraus, daß der DDR-Staat aus Prestige- und Legitimationsgründen eine differenzierte, teils lokal sehr wirksame, teils in den Zentren auch übergroße kulturelle Intelligenz alimentiert und mit gewissen (eher nicht unmittelbar materiellen) Privilegien und Freiräumen gepflegt hatte.

3. Alternativmilieus zwischen Rückzug und Innovation

In den Bürgerbewegungen vor und während der Wende zeigte sich eine jüngere Generation der humanistischen Intelligenz, die ihrer Innerlichkeit eine politische Öffentlichkeit schuf, zunächst im Schutzraum der Kirchen, später als „Stimme“ der Bewegungen, die 1989 den Zusammenbruch des SED-Systems auslösten. Viele haben allerdings die Enttäuschung darüber, daß die Mehrheit der Ostdeutschen ihre Führungsrolle und ihre basisdemokratischen Ideale nicht akzeptierte, kaum verarbeitet. Auch viele Wissenschaftler aus diesem Milieu können sich das Scheitern ihrer Ansprüche auf kulturelle Hegemonie nur aus Defiziten des Volksbewußtseins an Subjektivität, Modernität, Universalismus usw. erklären⁶⁴. Es fällt ihnen

schwer zu erkennen, daß gerade diese Gering-schätzung sie das Vertrauen von Menschen gekostet hat, denen ihr Leben lang zuviel versprochen worden ist.

Nachdem der einigende politische Druck nicht mehr besteht, scheint sich heute dieses *Linksintellektuell-alternative Milieu*⁶⁵, das 1991 stolze sieben Prozent oder mehr als eine Million Ostdeutsche vereinigte, in seine Teilgruppen aufzulösen. Nach den Landtagswahlen von 1994 wirken die alten Führungsgruppen der Bündnis-Grünen wie Generäle oder Feldprediger, deren Bataillone – oft als politische Nichtwähler – fortgelaufen sind, um nach der Enttäuschung durch die politischen Eliten erst einmal ihr Haus, den Alltag, in Ordnung zu bringen. Vieles spricht dafür, daß wir uns in einem *sozialen Moratorium* befinden, in dem die Milieus sich politisch neu orientieren.

Die Mehrheit des Milieus versteht sicher ihre Orientierungen nicht so fundamentalistisch zugespitzt. Auch das westdeutsche Pendant, das *Alternative Milieu*⁶⁶, ist inzwischen weniger puristisch, zumal es sich, durch Abwanderungen zu den pragmatischeren „Technokraten“, auf zwei Prozent halbiert hat. Beide Milieus betonen die Ansprüche der Selbstverwirklichung und Persönlichkeitsentfaltung, der Individualität und Authentizität. Im Westen wird dieser Individualismus durch einen anderen hohen Anspruch, nämlich: intensive zwischenmenschliche Beziehungen zu pflegen, etwas relativiert. Die Prinzipien der Konsumskese und der postmateriellen Werte werden im Osten als Abwertung materieller Bedürfnisse und Gebot einer einfachen, naturnahen Lebensweise akzentuiert, im Westen eher als Mahnung, umweltbewußte Qualität einzukaufen, und als Erlaubnis, sich in harmonische Idylle zurückzuziehen. Auch der Anspruch, sich für die eigenen Ideale politisch, sozial und künstlerisch zu engagieren, wird im Westen weniger unbedingt formuliert. Denn das westdeutsche Alternativmilieu ist inzwischen sozial stärker gemischt; zu ihm gehören nicht nur etablierte Akademiker mit gutbezahlten Berufen in Ausbildung, Forschung, Kulturwesen usw., sondern auch viele Schüler und Studenten mit geringerem Einkommen. Das westdeutsche alternative Milieu ist also offener für eine jüngere Generation,

1994 („Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR vom Anfang der siebziger Jahre bis zur friedlichen Revolution 1989“).

65 Vgl. D. Rink (Anm. 56); Irene Zierke, Das Politisch-alternative Submilieu in Brandenburg, in: M. Vester u.a. (Hrsg.) (Anm. 1), S. 330–364.

66 Vgl. U. Becker u.a. (Anm. 10); M. Vester u.a. (Anm. 4), insbes. S. 183–244.

64 So auf der wissenschaftlichen Tagung zum Jubiläum der Montagsdemonstrationen in Leipzig, am 7. und 8. Oktober

während das ostdeutsche sich stärker von dem jungen subkulturellen Milieu abgrenzte. Hier sind sicher neue Dynamiken zu erwarten.

VI. Gewinner und Verlierer(innen)

In der Diskussion zeigt sich oft eine heimliche Ethnisierung. Viele sehen die Ostdeutschen, einem fremden Stamm gleich, als homogene Einheit, ohne die kontrastierenden Schicksale der Einzelgruppen zu beachten. Dies verführt zu Verallgemeinerungen, die die Ostdeutschen entweder als Gewinner einer Modernisierung (mit gewissen Schattenseiten) oder als Verlierer in einem Kolonisierungsprozeß (mit gewissen Lichtseiten) hinstellen⁶⁷.

In seiner klassischen Untersuchung einer anderen, jedoch strukturell vergleichbaren sozialen Transformation hat E. P. Thompson die beiden orthodoxen Denktraditionen detailliert kritisiert: die *Modernisierungsschule*, weil sie die Differenzen zwischen Gewinnern und Verlierern durch Durchschnittswerte wegchnet, die *Verelendungsschule*, weil sie die sozialen Gruppen nur als Objekte ökonomischer Prozesse sieht und nicht auch als Subjekte der Gegenwehr und Selbsthilfe⁶⁸. Jede technologisch-ökonomische Modernisierung erzeugt in den betroffenen Branchen und Milieus beides: aufsteigende und absteigende Gruppen. Diese wirtschaftlichen Prozesse verlaufen jedoch nicht naturgesetzlich, sondern sind begleitet von Kämpfen, in denen es um die Marktregulierung und Sozialpolitik geht, mit der die „Freisetzung“ von Produzenten der vorher relativ gesicherten sozialen Mitte aufgefangen werden soll – oder nicht.

Diesem Paradigma folgend⁶⁹, haben wir die ostdeutsche Gesellschaft nicht als Aggregat von Individuen betrachtet, die isoliert auf- oder absteigen. Wir sehen sie als Klassengesellschaft, d. h. als Feld von Großgruppen mit feinen Unterfraktionen, die sich nach einer gewissen Choreographie der Modernisierung bewegen. Wenn wir jedes Milieu, aber auch jede Geschlechts-, Altersklasse usw. als Gruppe für sich betrachten, sehen wir plötzlich

67 Vgl. die Stabilitätsthese von Frank Adler und Albrecht Kretzschmar (Tendenzen vertikaler Mobilität im ostdeutschen Transformationsprozeß, Vortragsmanuskript, Januar 1995) und die Kolonisierungsthese von Detlef Pollack (Sozialstruktur und Mentalität in Ostdeutschland, in: Arch. Europ. Sociol., XXXII [1991]).

68 Vgl. E. P. Thompson (Anm. 3), S. 203–378.

69 Vgl. Michael Vester, Kapitalistische Modernisierung und soziale (Des-)Integration, in: Wilhelm Heitmeyer, Was hält eine multiethnische Gesellschaft zusammen?, Frankfurt am Main 1995.

doch eindeutige Auf- und Absteiger(innen), Um- und Aussteiger(innen). Die Verlierer häufen sich in bestimmten Zonen: regional in den Gebieten abseits der Zentren und Transportkorridore, sozial besonders in der einst so gesicherten großen mittleren Etage der ostdeutschen Gesellschaft. Insofern stimmt Dietmar Wittichs (differenzierend formulierte) These vom radikalen Umbruch⁷⁰.

Die Umstrukturierung traf auf jeder der drei „Etagen“ der Gesellschaft ganz bestimmte Gruppen. In der Mitte waren dies Industrie und Landwirtschaft, die aufgrund der Weltmarktlage kein westdeutsches Wirtschaftswunder nachholen konnten. Stillgelegt wurden jedoch nicht nur rückständige, sondern auch modernisierungsfähige Industriepotentiale, die für Westfirmen eine unliebsame Konkurrenz hätten werden können. So verloren insbesondere Milieus der Facharbeiter(innen) und technischen Intelligenz ihre erwerbsstrukturelle Grundlage, in vielen Regionen sogar mehrheitlich. Aus der Produktion ausgegliedert wurden vor allem Frauen, Ältere, weniger Qualifizierte, Ausländer(innen) und die weniger Mobilen. – Betroffen sind auch spezifische Gruppen der Eliten – und hier ausgerechnet frühere technokratische und wissenschaftliche Oppositions- und Reformkräfte, die sich durch die Wende sozial deklassiert und politisch desavouiert sehen. Ebenfalls verlieren viele Traditionslose Arbeiter, vor allem in abgebauten Problemindustrien, ihre in der DDR immerhin gegebene materielle Sicherheit. Auch hier sind Frauen und Ältere sowie Jugendliche mit geringer Qualifikation am meisten benachteiligt.

Diese Statusverluste begründen kein *allgemeines* Wachstum der materiell und moralisch destabilisierten Unterlassenmilieus, obwohl diese beunruhigend zunehmen werden. Die meisten Betroffenen der oberen und mittleren Milieus werden durch ihre sozialen Zusammenhänge aufgefangen. Da viele dieser Verlierergruppen sich auch schon in der DDR geprellt sahen, sitzen sie nun zwischen den Stühlen. Die Unzufriedenheit kommt nur teilweise der PDS zugute; sie fließt in weit größerem Ausmaß in Wahlenthaltung und skeptische Distanz⁷¹. Die moralische Nichtidentifikation mit unserem gesellschaftspolitischen System wird, durch den Milieunexus mit der ausgegliederten älteren Generation, auch lange bei denjenigen Jüngeren nachwirken, denen der Übergang in unser Erwerbssystem materiell gelingt.

70 Vgl. D. Wittich (Anm. 33), S. 46.

71 Vgl. Hans Misselwitz, Politikwahrnehmung und Politikvermittlung in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45–46/94, S. 3–11.

Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß

Eine soziologische Analyse zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen (1990–1994)

I. Ostdeutsche Frauen – eine „sperrige“ soziale Gruppe in Deutschland

Etwa zehn Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind ostdeutsche Frauen¹ – zu wenig, um von dieser Gruppe weitreichenden gesellschaftlichen Einfluß zu erwarten; zu viel, um ihre soziale Spezifik in Wissenschaft und Politik zu „übersehen“.

Wenn beispielsweise zahlreiche SozialwissenschaftlerInnen die These vertreten, daß die Veränderungsprozesse im Osten Deutschlands als „nachholende Modernisierung“ bezeichnet werden können oder „ihrem sozialen Gehalt nach... allgemein Modernisierungsprozesse“² seien, so ist hinzuzufügen: Ja, aber für 52 Prozent der Betroffenen, nämlich für ostdeutsche Frauen, trifft eine pauschale Rückständigkeitsannahme nicht zu³. Für diese Gruppe ist, verglichen mit westdeutschen Frauen, eher ein „Gleichstellungsvorsprung“⁴ festzustellen: Die Einstellung ostdeutscher Frauen, daß Beruf und Familie vereinbar seien, ist eher als Zukunftskapital zu betrachten⁵.

1 Dieser Artikel basiert im wesentlichen auf empirischen Ergebnissen des Instituts für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin (ISDA). ISDA hat im Mai 1990, im Oktober 1990, im Oktober 1991 und im Mai 1993 für den Osten Deutschlands repräsentative (bezüglich Wohnbevölkerung über 18 Jahre) Befragungen zur Veränderung von Sozialstruktur und Lebensqualität durchgeführt. Die geschlechtsspezifische Auswertung dieser Forschung wurde kurzzeitig von der „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“ gefördert. Seit September 1993 erfolgt die Beschäftigung mit diesem Thema ohne materielle Unterstützung.

2 Rolf Reißig, Ostdeutschland und der „deutsche Sonderweg“ der Transformation, in: Die real existierende postsozialistische Gesellschaft, Berlin 1994, S. 9.

3 Vgl. Sabine Schenk/Uta Schlegel, Frauen in den neuen Bundesländern – Zurück in eine andere Moderne? in: Berliner Journal für Soziologie, (1993) 3, S. 369.

4 Rainer Geißler, Sozialer Umbruch als Modernisierung, in: ders. (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993, S. 65.

5 Vgl. Stefan Hradil, mündlicher Beitrag auf KSPW-BISS-Konferenz am 12. Dezember 1994 zum Thema: Sozialer Wandel und Akteure in (Ost-)Deutschland, eigene Mitschrift.

Wenn andere SozialwissenschaftlerInnen von „totalen Umbrüchen in der Sozialstruktur“⁶ oder von „einer riesigen Zahl von biographischen Umbrüchen“⁷ sprechen, so ist hinzuzufügen: Ja, aber die Biographien ostdeutscher Frauen weisen auch auf Kontinuitäten hin. Beispielsweise kamen Frauen auch in der DDR in den Machtstrukturen so gut wie nicht vor. Oder: Auch DDR-Frauen waren materiell ärmer als Männer. Zwar hatte diese Armut andere soziale Konsequenzen als jetzt. Sie war nicht mit der Gefahr von Obdachlosigkeit verbunden, und sie war keine „Erbkrankheit“. Dennoch konnten Frauen auch in der DDR schon Erfahrungen mit politischer und ökonomischer Zweitrangigkeit sammeln, einer Zweitrangigkeit, die sich nun „unter den Bedingungen eines insgesamt verengten Arbeitsmarktes auf allen Ebenen“⁸ verstärkt.

Wenn die Bundesregierung den Bericht an die UNO zur Vorbereitung der vierten Weltfrauenkonferenz mit dem Satz beginnt: „Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern hat in Deutschland seit ... 1985 ... einen deutlichen Schritt nach vorn getan“⁹ und auf Seite IV feststellt, daß die „Abkehr vom eindeutig traditionellen Rollenbild der Frauen als Ehefrau und Mutter ... seit Anfang der achtziger Jahre weiter vorangeschritten“ sei, so ist hinzuzufügen: Ja, aber etwa 20 Prozent der Betroffenen, nämlich ostdeutsche Frauen, verbuchen eher einen Rückschritt: Arbeitslose ostdeutsche Frauen, zu deren Selbstwertgefühl eine anerkannte berufliche Tätigkeit gehörte, oder junge ostdeutsche Frauen, denen das Entscheidungsrecht über ihren Körper deutlich eingeschränkt wurde, oder „Zuverdienerinnen“,

6 Dietmar Wittich (Hrsg.), Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland, Berlin 1994.

7 Reinhard Kreckel, Soziale Integration und nationale Identität, in: Berliner Journal für Soziologie, (1994) 1, S. 19.

8 Katrin Schäffgen/Kerstin Bast-Haider/Heike Solga/Heike Trappe, Erwerbsmuster im Umbruch, KSPW-Kurzstudie Nr. 2/16 (KSPW: Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern), Berlin, September 1992, S. 1.

9 Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die 4. Weltfrauenkonferenz 1995, hrsg. vom Bundesministerium für Frauen und Jugend, Bonn, Oktober 1994.

deren ökonomische Entscheidungen wieder von der Zustimmung durch den „Haushaltsvorstand“ abhängen, haben in ihrer Gleichberechtigung einen deutlichen Schritt nach hinten getan und reflektieren das auch.

Wenn oppositionelle Gruppen betonen, daß die ostdeutschen Frauen die „Verliererinnen der Einheit“ seien, so ist hinzuzufügen: Ja, aber es gibt auch Gewinne, die den meisten ostdeutschen Frauen bewußt sind und die deshalb DDR-Sehnsucht im größeren Maße nicht aufkommen lassen. Und es gibt zunehmend die Tendenz, daß Gewinne und Verluste ungleich unter den Frauen verteilt sind.

Sicherlich ließen sich noch weitere „Ja-Aber-Argumente“ finden, noch mehr Hinweise darauf, daß sich ostdeutsche Frauen „sperrig“ verhalten gegenüber gängigen Thesen und scheinbar unbestreitbaren Trends. Das ist gleichzeitig ein Hinweis darauf, daß es auch fünf Jahre nach dem gesellschaftlichen Umbruch im Osten Deutschlands noch „keine verbindlichen Antworten auf die Frage, wie Frauen die Umbruchprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft bewältigen und welche Neuorientierungen sie letztendlich vornehmen werden“¹⁰, gibt. Möglicherweise wird es für die Gruppe der ostdeutschen Frauen *insgesamt* solche Antworten überhaupt nicht bzw. immer weniger geben, weil die zunehmende soziale Differenzierung auch zunehmend unterschiedliche Bewältigungsstrategien und Neuorientierungen zur Voraussetzung und zur Folge hat.

Frank Adler und Albrecht Kretschmar schlagen vor, „den ostdeutschen Transformationsprozeß in drei Phasen (mit fließenden Übergängen) zu untergliedern“¹¹: in eine erste Phase der politischen Veränderungen und „marktwirtschaftlichen Öffnung“ vom Herbst 1989 bis zur „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion 1990“, in eine zweite Phase des kompletten und abrupten Umbaus der Institutionen mit Höhepunkt 1991/92 und in eine dritte Phase, in der der institutionelle Wandel seinen Höhepunkt überschritten habe bzw. abgeschlossen sei und „personelle Verstetigung“ festgestellt werden könne. Auch nach Helmut Wiesenthal ist etwa seit Anfang 1993 „die Transformation (der gesellschaftlichen Institutionen, U.S.) der

DDR als abgeschlossen und irreversibel zu betrachten“¹².

Das Institut für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin (ISDA) hat in jeder dieser drei Phasen Befragungen durchgeführt¹³, deren Ergebnisse Auskunft darüber geben können, wie die weibliche Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung die gesellschaftlichen Veränderungen reflektierte. So wurde anhand eines sehr globalen Statements („Ich bin im großen und ganzen für die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland“) nach der generellen Akzeptanz der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse gefragt. In der folgenden Aufstellung sind die Antworten 1 und 2 (Die jeweilige Antwortskala lautete: 1 = „Ja“, 2 = „Mehr Ja als Nein“, 3 = „Mehr Nein als Ja“, 4 = „Nein“) zusammengefaßt:

1. Phase, Mai 1990:

78 Prozent der Frauen (81 Prozent der Männer),

2. Phase, Oktober 1991:

64 Prozent der Frauen (71 Prozent der Männer),

3. Phase, Mai 1993:

39 Prozent der Frauen (51 Prozent der Männer).

Das heißt, die generelle Zustimmung der ostdeutschen Frauen zu den politischen Veränderungen ist bis zum Frühjahr 1993 nicht nur drastisch gesunken, sondern hat sich auch deutlich von der der Männer entfernt. Aus anderen und aus methodischer Sicht nur bedingt vergleichbaren Befragungen geht hervor, daß sich auch 1994 am Maß der generellen Akzeptanz wenig geändert hat. Nach dem Sozialreport '94 sind 39 Prozent der Frauen und 48 Prozent der Männer der Meinung, daß sie seit der Wende vor allem Gewinne bzw. mehr Gewinne als Verluste spüren¹⁴.

II. Ostdeutsche Frauen sind ehemalige DDR-Frauen

Weibliche Reaktionen auf neue gesellschaftliche Bedingungen werden nur verständlich, wenn sie in Bezug zu Kenntnissen und Erfahrungen aus der DDR-Gesellschaft gesetzt werden. Lisa Böck-

10 Lisa Böckmann-Schewe/Christine Kulke/Anne Röhrig, Wandel und Brüche in Lebensentwürfen von Frauen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/94, S. 41.

11 Frank Adler/Albrecht Kretschmar, Zum Wandel sozialer Ungleichheit in der DDR/Ostdeutschland seit 1989/90 – Brüche und Kontinuitäten, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Berlin 1994, S. 1.

12 Helmut Wiesenthal, Institutionelle Dynamik und soziale Defensive, in: BISS-Public (BISS: Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien), (1993) 11, S. 21.

13 Im Mai 1990 waren 1623 Probanden, im Oktober 1991 1008 Probanden und im Mai 1993 1956 Probanden, jeweils etwa 52 Prozent Frauen, in die empirische Erhebung einbezogen. Vgl. auch ISDA (Anm. 1).

14 Vgl. Sozialreport '94, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, hrsg. von Ingrid Kurzscherf/Gunnar Winkler, Berlin 1994, S. 34.

mann-Schewe, Christine Kulke und Anne Röhrig verweisen in diesem Zusammenhang auf zwei Etappen der DDR-Frauenpolitik: auf die Phase der „Frauenarbeitspolitik“ und auf die Phase der „an die Frauen adressierten Familienpolitik“ seit Mitte der sechziger Jahre¹⁵, die ihre Spuren hinterlassen haben. Elke Mocker nennt drei Etappen der SED-Frauenpolitik mit drei verschiedenen Zielrichtungen: Erstens die Etappe „von der Hausfrau zur Arbeiterin“ (fünfziger Jahre), zweitens die „von der Arbeiterin zur Leiterin“ (sechziger Jahre) und drittens die „von der Leiterin zur berufstätigen Mutter“ (siebziger und achtziger Jahre)¹⁶. Sicherlich lassen sich für beide (und für andere) Zäsuren Begründungen finden.

Unbestritten ist, daß die DDR-Frauenpolitik als Bestandteil der SED-Politik auf bestimmte – zeitlich unterschiedliche – politische und ökonomische Ziele gerichtet war. Orientiert man sich an offiziellen Dokumenten (Parteitage, Reden, Grußadressen des Zentralkomitees der SED anlässlich der Internationalen Frauentage u. a.), so wird deutlich, daß Frauen nicht in erster Linie als Subjekte betrachtet, sondern „einbezogen“ werden sollten, „sich beteiligen“ und die bereitgestellte Gleichberechtigung „noch besser nutzen sollten“. Defizite der DDR-Frauenpolitik lassen sich mindestens in zwei Richtungen nachweisen:

Erstens ließ die theoretische und praktische Dominanz der Klassentheorie kaum Raum zum Nachdenken über anders determinierte soziale Unterschiede. Feministisches Denken paßte nicht in dieses Konzept. „Schwesterliche Verbundenheit über Weltanschauung, Konfession und Beruf hinweg“¹⁷, wie noch 1947 auf dem Gründungskongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands deutschlandweit von Frauen beschworen, schien schon bald nicht mehr erforderlich zu sein: „Die Klassenherrschaft hat für immer ihr Ende erreicht, aber mit ihr auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.“¹⁸ Diese Auffassung von August Bebel aus dem Jahr 1909 wurde – was den Zusammenhang zwischen Klasse und Geschlecht betraf – in der DDR nicht ernsthaft in Frage gestellt. So fand 1953 eine Frauenkonferenz des Zentralkomitees

statt, die unter dem Motto stand: Die Frauen fördern heißt, die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken.¹⁹ Auch aus späteren offiziellen frauenpolitischen Dokumenten ist ersichtlich, daß es in der DDR „keinen Klassenkampf gegen eine ‚Männerklasse‘, aber... den unerbittlichen Klassenkampf gegen die Herrschaft der Ausbeuterklasse (gab, U.S.), der die geeinte Kraft der arbeitenden Menschen verlangt(e), unabhängig von ihrem Geschlecht“²⁰.

Zweitens zählt die schon erwähnte Gleichsetzung von Frauenpolitik mit Familienpolitik, und zwar nicht erst seit Anfang der siebziger Jahre, zu den Defiziten der DDR-Frauenpolitik. Frauen sollten ihr Wissen erweitern, „damit sie imstande sind, ihre Kinder gut zu erziehen und bei *unserem* großen Aufbauwerk mitzuarbeiten“²¹. Die Verantwortung für eine harmonische Familie wurde also ausschließlich Frauen, „denen wir unsere prachtvolle Jugend verdanken“²², zugeordnet.

Die heutigen Einstellungen, Hoffnungen, Sorgen und Verhaltensweisen ostdeutscher Frauen werden jedoch nur verständlich, wenn noch andere Gesichtspunkte in die Analyse einbezogen werden: Die Erinnerungen ostdeutscher Frauen an die DDR-Zeit gehen oft weit über das hinaus, was mit offiziellen Zielstellungen und offiziellen SED-Berichterstattungen gemessen werden kann. Sie gehen auch über das hinaus, was in DDR-Medien über Frauen berichtet wurde. „Es sind Bilder, die sich in den Polen von Arbeitstier und abgehetzter Mutter, von Superfrau und grauer Maus, von beispielhafter Emanzipation und Zwangsemanzipation bewegen“, meint dazu Ina Merkel, und sie stellt die Frage (ohne sie allerdings beantworten zu wollen): „Was aber haben diese Stereotype mit dem wirklichen Leben, den Träumen und Hoffnungen von DDR-Frauen zu tun?“²³ Frauen der DDR waren eben nicht nur „Frauen im SED-Staat“²⁴, und Männer der DDR nahmen ihre

19 Vgl. Dokumentation (Anm. 17), S. 95.

20 Inge Lange, Rede auf der internationalen Konferenz (Bebel-Konferenz) des Zentralkomitees der SED am 23. Februar 1979, in: Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus, Berlin 1987, S. 252.

21 Grußadresse des Zentralkomitees der SED anlässlich des Internationalen Frauentages 1952, in: Dokumentation (Anm. 17), S. 79. Hervorhebungen von U.S.

22 Vgl. Grußadresse des Zentralkomitees der SED anlässlich des Internationalen Frauentages 1957, in: Dokumentation (Anm. 17), S. 124.

23 Ina Merkel, „Von Kopf bis Fuß auf Arbeit eingestellt?“, in: Die Frau in unserer Zeit, (1995) 1, S. 8.

24 Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, Drucksache 12/7820 vom 31. Mai 1994, S. 57–61.

15 Vgl. L. Böckmann-Schewe/Chr. Kulke/A. Röhrig (Anm. 10), S. 34.

16 Vgl. Elke Mocker, Dissertationsschrift zum Thema: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (1947–1989), historisch-systematische Analyse einer DDR-Massenorganisation, Freie Universität Berlin, Berlin 1991, und daraus abgeleitetes Thesenmaterial, Berlin 1992.

17 Dokumentation zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR (1945–1981), Leipzig 1986, S. 30.

18 August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1962, S. 522.

Pflichten im Beruf *und in der Familie* in höherem Maße wahr²⁵, als das in offiziellen Dokumenten von ihnen gefordert wurde. Nach einer ALLBUS-Sonderbefragung von 1991 sind ostdeutsche Männer zwar in geringerem Maße als ostdeutsche Frauen, aber öfter als westdeutsche Frauen der Auffassung, daß „es für ein Kind sogar gut ist, wenn die Mutter berufstätig ist“²⁶. Sie reflektierten also damals mehr als westdeutsche Betroffene die Vorzüge weiblicher Berufstätigkeit, nicht nur für die „Planerfüllung“²⁷. Es gab im Rahmen und in den Freiräumen dieses DDR-Staates, in dieser ‚patriarchalen Gleichberechtigung‘ (Hildegard Maria Nickel) Möglichkeiten für weibliche Persönlichkeitsentwicklung und zaghafte Anfänge sozialer Gleichheit zwischen den Geschlechtern, die mit dem „Blick von oben“ nicht ausreichend gesehen werden können und die vermutlich die „feministische Ruhe“, auch noch am Ende der DDR-Zeit, mit begründen.

Nach einer Befragung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften DDR vom Januar und Februar 1989 gehörte die „Gleichberechtigung der Frau“ zu den Politikfeldern, mit denen die damaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger (über 1000 Probanden, nicht repräsentativ für die DDR-Bevölkerung) am zufriedensten waren (Rang 2 von 19 Vorgaben)²⁸. Hinweise auf das Maß an ehemals real vorhandener Gleichstellung und auf die damit verbundene Zufriedenheit provozieren immer den Vergleich mit der Gegenwart und sind auch immer geprägt vom Wissen um das Scheitern des DDR-Staates. Beides, der Vergleich und das Wissen, machen eine sachliche Wertung der vergangenen „Errungenschaften“ schwierig. Dennoch ist die feministische Abstinenz der DDR-Frauen nur erklärbar, wenn auch darauf verwiesen wird, daß DDR-Frauen „weniger Anlaß hatten, um ihre Rechte zu kämpfen“²⁹, daß die Unterschiede im formalen Qualifikationsniveau in den achtziger

Jahren abgebaut waren, daß die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit staatlicherseits wirksam unterstützt wurde, daß selbstbestimmte Schwangerschaft selbstverständlich war, daß die „Ehe als... Versorgungseinrichtung... im Familienrecht und als kulturelles Muster nicht mehr“ vorkam³⁰.

In Gesprächen mit DDR-Frauen spielen nicht nur diese nachweisbaren Fakten oder gesetzlichen Regelungen der vergangenen Frauenpolitik eine Rolle, sondern zunehmend und aus der Sicht von heute die daraus resultierenden Sicherheitsgefühle, die Vertrautheit im ehemaligen Arbeitskollektiv, das Selbstbewußtsein bzw. das Gefühl, gebraucht zu werden, die psychischen Entlastungen: „Ich habe das Gefühl, in dieser West-Gesellschaft muß ich allem und allen mißtrauen, weil jeder nur auf seinen persönlichen Vorteil bedacht ist: der Wohnungsvermieter, der Rechtsanwalt, der Versicherungsagent. Ich muß mich immerzu mit Dingen und Problemen beschäftigen, zu denen ich keine Lust habe... nur um meine Haut zu retten, nur um das alltägliche Leben zu sichern. Zu DDR-Zeiten hatte ich niemals Existenzangst. Jetzt habe ich tausend Ängste, die Wohnung irgendwann nicht mehr bezahlen zu können oder das Schulgeld oder die Tanzausbildung meiner Tochter oder eine Spezialbehandlung für meinen bewegungsgestörten Sohn. Ich habe Angst vor Konkurrenz – auch unter meinen Freunden, Angst vor schlechtem Image...“³¹ So reagiert eine 33jährige ostdeutsche Frau auf die Frage: Was hat sich seit der Wende für sie geändert?

III. Die drei Transformationsphasen aus der Sicht ostdeutscher Frauen

1. Die Phase der politischen Veränderungen und „marktwirtschaftlichen Öffnung“

„Wir sind das Volk“, haben nicht nur die DDR-Männer gerufen. An den Leipziger Montagsdemonstrationen betrug im Oktober und November 1989 der Frauenanteil etwa 40 Prozent, später sehr viel weniger³². Im Rückblick auf diese erste Phase

25 Vgl. Sozialreport '94 (Anm. 14), S. 294.

26 Variable 46 der Allbus-91-SPSS-Datei, selbst ausgewertet. Der ALLBUS ist ein von Bund und Ländern über GESIS (Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen) finanziertes Projekt, das bei ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V., Mannheim) und beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Köln, realisiert wird.

27 Dieses Überzeugtsein ehemaliger DDR-Männer von den Vorzügen eines „einheitlichen Lebensentwurfes“, auch für Frauen, schmolz allerdings sehr schnell, wie aus späteren ALLBUS-Befragungen nachweisbar ist.

28 SPSS-Datei IU88 in ISDA-Verwaltung, selbst ausgewertet.

29 Wissenschaftlicher Beirat für Frauenpolitik beim Bundesministerium für Frauen und Jugend, Frauen im mittleren Alter, Bonn 1993, S. 226.

30 S. Schenk/U. Schlegel (Anm. 3), S. 373.

31 Monika Jäckel/Ursula Schröter (Hrsg.), Frauenstimmen aus Deutschland. Material der Arbeitsgruppe 6 des Nationalen Vorbereitungskomitees der Bundesrepublik Deutschland zur 4. Weltfrauenkonferenz Peking, S. 12.

32 Vgl. Kurt Mühler/Steffen H. Wilsdorf, Die Leipziger Montagsdemonstrationen. Aufstieg und Wandel einer basis-

scheint es so, als sei sie vor allem durch unerfüllte Wünsche und überzogene Erwartungen geprägt gewesen. In Interviews mit ehemaligen DDR-Bürgerinnen (und -Bürgern) wird aber auch heute noch betont, daß „das eigene Leben total in Frage gestellt werden mußte“³³ und daß genau dieses In-Frage-Stellen eine Chance sein konnte; daß diese bewegte Zeit nicht nur viel Kraft kostete, sondern auch viel Kraft gab. „Ich habe in den wenigen Monaten Ende 1989, Anfang 1990 die Erfahrung gemacht, jedenfalls schien es mir so, daß ich etwas verändern kann, welche Westfrau kann das schon von sich behaupten“³⁴, wird von einer jungen Frau 1992 im Rückblick auf die Wendezeit zu Protokoll gegeben. „Die BRD-Bürger haben keine Wende gemacht, aber auch keine gewollt. Ich kann von ihnen, die diesen großen Genuß, diese große Befreiung, dieses Glück nicht hatten, nicht verlangen, daß sie begreifen, was wir wollten. Sie hatten weder den Rausch, noch haben sie jetzt den Alp“³⁵, so sieht eine andere Frau diese Zeit.

Um im Bild zu bleiben: Zum „Wendealp“ gehören zweifellos die schon erwähnten unerfüllten Erwartungen und Enttäuschungen: *Erstens* gab es Erwartungen von ostdeutschen Frauen. Frauen, vor allem die damals politisch aktiven, wollten „den Staat machen“, wie aus den Gründungsdokumenten des Unabhängigen Frauenverbandes hervorgeht³⁶. Daß sie dabei nur an Fortschritt, an mehr Demokratie und Selbstbestimmungsrecht dachten, belegt beispielsweise die Tatsache, daß in den ersten Dokumenten der neuen ostdeutschen Frauenbewegung der Paragraph 218 nicht erwähnt wurde. Selbstbestimmte Schwangerschaft war für DDR-Frauen ein nicht mehr zu diskutierendes Recht. Auf der Grundlage des Vorhandenen sollten weitere Ansprüche, sollte eine tatsächliche soziale Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erkämpft werden. Sicherlich dachten in jenem Herbst und Frühjahr nur wenige der aktiven DDR-Frauen daran, daß die Zukunft für sie auch radikale Rückschläge und Abbau von ehemals selbstverständlichen Rechten bringen könnte.

demokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie, (1991), Sonderheft.

33 Ursula Schröter, Der gesellschaftliche Umbruch aus der Sicht ostdeutscher Lehrerinnen und Lehrer, ISDA-Studie Nr. 18, Berlin 1995, S. 25.

34 Dies., Zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen, KSPW-Kurzstudie, Berlin 1992, S. 40.

35 Renate Ullrich, Mein Kapital bin ich selber. Gespräche mit Theaterfrauen aus Berlin-O, Berlin 1991, S. 100.

36 Vgl. Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, Argument extra, Sonderheft 71, Göttingen 1990.

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth stellte dazu schon 1991 fest: „Die Frauen waren in großer Zahl am revolutionären Prozeß und am Kampf für Freiheit beteiligt. Nachdem der Kampf jedoch ausgekämpft war, wurden sie in einer Weise von der Macht ausgegrenzt, die weit hinter das zurückfällt, was wir selber auf langem und mühsamem Weg in den alten Ländern erreicht haben.“³⁷

Zweitens gab es Erwartungen an das Verhalten ostdeutscher Frauen. „Man muß davon ausgehen, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen in den neuen Bundesländern zurückgehen wird. Dies ist natürlich, weil es die Möglichkeit, Hausfrau zu sein, eigentlich nicht gab“³⁸, so vermutete die damalige Frauenministerin Angela Merkel und mit ihr zahlreiche PolitikerInnen, die die rasche Angleichung der ostdeutschen weiblichen „Erwerbsneigung“ (gemeint ist der Wunsch nach beruflicher Arbeit) an die niedrigere westdeutsche für erstrebenswert hielten. „Herr Zeller ... vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit ... sprach von der großen Herausforderung, die sich stellt, weil in der ehemaligen DDR nur wenige Frauen gewillt seien, dem Rat gutverdienender Männer zu folgen und ihre Berufsarbeit aufzugeben, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.“³⁹ Alle Erwartungen auf Einzug der ostdeutschen Frauen in die stille Reserve haben sich bisher in größerem Maße nicht erfüllt. Noch immer sind es – nach unterschiedlichen Meinungsbefragungen – nur ein bis vier Prozent der Frauen, die ein Leben ausschließlich als Ehe- und Hausfrau für wünschenswert halten. „Bisher ist ein freiwilliger Rückzug ostdeutscher Frauen vom Arbeitsmarkt nicht zu erkennen“, wird 1993 vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg mit Bezug auf mehrere für den Osten repräsentative Befragungen festgestellt⁴⁰.

Erwartungen an das Verhalten ostdeutscher Frauen gingen aber auch in eine andere Richtung: Von den gut qualifizierten ostdeutschen Frauen, „die bereits einen ... unabhängigen Status ...

37 Rita Süßmuth, Das veränderte Selbstverständnis der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Frauenpolitik im Umbruch. Dokumentation einer Fachtagung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Situation der Frauen in den neuen Ländern, Sankt Augustin 1991, S. 41.

38 Angela Merkel, Die Situation der Frauen in der ehemaligen DDR, in: Frauenpolitik im Umbruch, ebd., S. 9 f.

39 Gisela Notz, Sie hat sich nicht gewehrt, nun kommt sie an den Herd, in: Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation, (1992) 3, S. 78 f.

40 Vgl. Horst Miethe u. a., Sozialreport 1993, Sonderheft Neue Bundesländer, Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg und Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 1993, S. 12.

erfahren haben⁴¹, hätte politischer Druck auf die Beschäftigungspolitik ausgehen können: „Es stellt sich die Frage, ob Frauen, die die Erwerbstätigkeit gewohnt und deren Kinder zumeist schon älter sind, sich ohne weiteres für unbestimmte Zeit vom Arbeitsmarkt verdrängen lassen. In der Konsequenz hieße dies für sie, in die Abhängigkeiten früherer Müttergenerationen zurückzufallen...“⁴² Diese damals gestellte Frage scheint inzwischen beantwortet zu sein. Ein beträchtlicher Teil der nicht mehr ganz jungen Frauen, die Erwerbstätigkeit gewohnt waren, ist – für unbestimmte Zeit – vom Arbeitsmarkt verdrängt worden. Etwa zwei Drittel aller ostdeutschen Arbeitslosen sind Frauen, der Anteil an Langzeitarbeitslosen steigt und betrifft insbesondere Frauen um 50 Jahre⁴³, die sogenannten „jungen Alten“ sind eine Problemgruppe für Wissenschaft⁴⁴ und Politik geworden.

2. Die Phase des kompletten und abrupten Umbaus der Institutionen

In dieser Phase entstand und verbreitete sich die These von den Frauen als Verliererinnen der deutschen Einheit. Der „ungebrochenen Erwerbsneigung“ ostdeutscher Frauen standen und stehen die drei Entwicklungsmuster des ostdeutschen Arbeitsmarktes gegenüber:

- „– Frauentypische Branchen werden zu Mischbranchen (Handel, Banken, Versicherungen);
- Mischbranchen werden zu tendenziell männerdominierten Branchen (Verarbeitendes Gewerbe);
- Männerdominierte Branchen werden zu reinen Männerbranchen (Bau, Metall- und Elektrobranche, Bergbau und Energie).“⁴⁵

Vermutlich wird tatsächlich „ein erheblicher Teil der ostdeutschen Arbeitsmarktprobleme durch Abwanderung und Verrentung sowie durch *sinkende Geburtenraten und Frauenerwerbsquoten*

41 Beschäftigung von Frauen – Die Rolle des Staates im Strukturwandel, in: WZB-Mitteilungen, (1992) 57, S. 8.

42 Elke Holst/Jürgen Schupp, Frauen in West- und Ostdeutschland. Erste Bilanz vergleichender Analyse, in: Umbruch – Beiträge zur sozialen Transformation, (1992) 3, S. 56.

43 Vgl. Bericht (Anm. 9), S. 57.

44 Vgl. unter anderem: Uwe Ehrhold/Rainer Ferchland/Evelyne Fischer/Renate Ullrich, Zur Situation der „jungen Alten“ in den neuen Bundesländern, KSPW-Expertise, Berlin 1992.

45 Gerhard Engelbrech, Frauenerwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern – Folgen und Ausweg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/94, S. 25.

„gelöst“ werden“⁴⁶. Unter den Bedingungen der sich dramatisch zuspitzenden Arbeitsplatzkonkurrenz zeigte sich sehr schnell, daß die Frauen das „andere“ Geschlecht (Simone de Beauvoir) geblieben waren. Und sie reagierten darauf nicht mit besonders heftigen Aktionen, sondern im allgemeinen eher fügsam, ruhig, bescheiden. „4000 Stahlarbeiter machen Rabatz im Ruhrgebiet, dagegen nehmen 100 000 entlassene Textilarbeiterinnen in Sachsen resigniert ihre Kündigung entgegen.“⁴⁷ Frauen gelten im allgemeinen zwar als skeptischer, sind in der Bewertung der deutschen Einheit zurückhaltender als Männer, aber auch zunehmend resignativer. Während laut ISDA-Daten die Anteile der Männer, die sich als Mitgestalter des neuen gesellschaftlichen Lebens sehen (um 13 Prozent) und die sich von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen fühlen (um 37 Prozent), im Laufe der hier betrachteten zweiten Phase fast konstant geblieben sind, vertraten Frauen zunehmend die Meinung, daß sie keinen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung haben:

1991: 10 Prozent Mitgestalterinnen, 33 Prozent Ausgeschlossene

1993: 7 Prozent Mitgestalterinnen, 48 Prozent Ausgeschlossene.

Charakteristisch für die zweite Transformationsphase ist ein drastischer Geburtenrückgang im Osten – Geburtenverweigerung als einzige, nach außen sichtbare Protestaktion ostdeutscher Frauen?

Die „Zeitreihe der Gesamtfruchtbarkeitsziffern für die alten und neuen Bundesländer“ belegt zunächst, daß es im Westteil des Landes eine geringe Geburtenzunahme seit Mitte der achtziger Jahre und im Ostteil einen deutlichen Geburtenrückgang gab (vgl. Tabelle 1).

Da die absolute Zahl der Lebendgeborenen im Osten auch 1993 im Vergleich zu 1992 deutlich geringer geworden ist (1992: 88 320, 1993: 80 548)⁴⁸, muß der aus obiger Tabelle ersichtliche Anstieg der sogenannten Fruchtbarkeitsziffer auf eine geringer gewordene Anzahl von jungen ostdeutschen Frauen zurückgeführt werden.

46 Jan Prieue, Langfristprognosen für die neuen Bundesländer, in: Beschäftigungsobservatorium, Ostdeutschland, (1994) 13, S. 11. Hervorhebungen von U.S.

47 Carmen Stange, Zwischen alten Leitbildern und neuen Lebensstilen, in: Interne Studien und Berichte der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 47/1993, Sankt Augustin 1993, S. 56.

48 Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Vierteljahresbericht, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1994, S. 5.

Tabelle 1: Zeitreihe der Gesamtfruchtbarkeit* für die alten und neuen Bundesländer 1985–1993

Jahr	BRD bzw. alte Bundesländer	DDR bzw. neue Bundesländer
1985	1,28	1,73
1986	1,34	1,70
1987	1,37	1,74
1988	1,41	1,67
1989	1,39	1,57
1990	1,45	1,46
1991	1,42	0,97
1992	1,39	0,76
1993 (vorläufig)	1,39	0,80

* Anzahl der Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter.

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR, berechnet von Jochen Fleischhacker, Humboldt-Universität Berlin.

Zu den Ursachen dieser Entwicklung gibt es unterschiedliche Sichtweisen (z. B. vorübergehende Schockreaktion⁴⁹). Mit ISDA-Daten läßt sich zumindest nachweisen, daß es im allgemeinen keinen „sinkenden Kinderwunsch“ gibt. Die Analyse der Wertorientierungen, die in jeder Transformationsphase vergleichbar erfragt wurden, belegt, daß die mit dem sogenannten Harmoniebedürfnis der Frauen verbundenen Werte (harmonische Familie, Kinder, gute Freunde, gute Arbeitsatmosphäre) unverändert die ersten Plätze einnehmen⁵⁰. Auch nach dem Sozialreport '94 hat sich der Kinderwunsch kaum verändert, während etwa 40 Prozent der Befragten erwarten, daß sich die Bedingungen für ein Leben mit Kindern eher verschlechtern werden⁵¹.

Allerdings zeigt ein genauerer Blick auf das ISDA-Zahlenmaterial, daß sich die Auffassungen ostdeutscher Frauen gerade zu dieser Wertorientierung stark unterscheiden. Jüngere Frauen, erwerbstätige Frauen und solche, die die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung überdurchschnittlich befürworten, sind schon deutlich weniger als andere der Auffassung, daß Kinder sehr wichtig sind.

Die meisten Wertorientierungen wechselten im Laufe des bisherigen Transformationsprozesses ihre Rangplätze nur wenig. Die herausragende Ausnahme bildet der Wert „Erfolg im Beruf ha-

ben“. Die Bedeutung dieser Orientierung hat für viele Frauen deutlich zugenommen. Während in den letzten DDR-Monaten Berufstätigkeit zwar normal, beruflicher Erfolg aber weniger wichtig war (Rang zwölf von zwölf Indikatoren), sind jetzt geradezu gegensätzliche Aussagen möglich. Daß Erwerbstätigkeit jetzt nur im engen Zusammenhang mit beruflichem Erfolg möglich ist (Rang fünf von zwölf Indikatoren), wurde von den meisten Frauen sehr schnell erkannt. Das gilt insbesondere für jüngere Frauen, aber auch überdurchschnittlich für arbeitslose.

Während 1993 von den Frauen insgesamt 44 Prozent beruflichen Erfolg für sehr wichtig hielten, waren es von den arbeitslosen Frauen 53 Prozent. Eine sich entwickelnde Orientierung auf Karriere, notfalls zu Lasten von Freunden, in Zukunft sicherlich auch noch deutlicher zu Lasten von Kindern, ist nicht zu übersehen. Daß, wie von Maria Horner vor mehr als 20 Jahren festgestellt wurde, Frauen (oder auch Männer, wenn sie zum „unterdrückten Geschlecht“ gemacht würden), Angst vor Erfolg hätten, sich absichtsvoll in ihren Leistungen zurückhielten, um ihre Partner im privaten und öffentlichen Bereich nicht zu demütigen, läßt sich demnach für ostdeutsche Frauen – solange es um anonym erfragte Wertorientierungen geht – nicht nachweisen. Vermutlich sind im Ostdeutschland der neunziger Jahre die weiblichen Ängste vor Armut, vor Mieterhöhungen, vor sozialer Isolierung größer als „Ängste vor sozial abweichendem Verhalten“⁵².

Schließlich zeigte sich in dieser Phase des radikalen Umbruchs auch, daß Frauen mehr Schwierigkeiten als Männer hatten/haben, sich als Deutsche zu fühlen. Nach unterschiedlichen Befragungsergebnissen zur Identitätsproblematik⁵³ waren es 30 bis 40 Prozent der ostdeutschen Frauen (knapp 40 bis knapp 60 Prozent der Männer, wobei die Unterschiede nach Geschlecht jeweils Signifikanzniveau haben), die sich in erster Linie als Deutsche fühlen. Dazu seien zwei Meinungen von Frauen, die an anderer Stelle ausdrücklich betont hatten, daß

52 Antje Hadler/Michel E. Domsch, Frauen auf dem Weg in Spitzenpositionen der Wirtschaft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/94, S. 11–21; vgl. auch Margit Osterloh/Karin Oberholzer, Der geschlechtsspezifische Arbeitsmarkt: Ökonomische und soziologische Erklärungsansätze, in: ebd., S. 3–10.

53 Neben ISDA-Daten wurden Befragungsergebnisse der Projektgruppe „Identitätswandel“ beim Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e. V. Berlin ausgewertet. Vgl. dazu auch: Jürgen Hofmann, Zeitgeschichtliche Erfahrungen, soziale Prägung, Identifikation, in: Zwischen Anschluß und Ankunft II. Beiträge zu einer ostdeutschen Zwischenbilanz, Potsdam 1994.

sie die DDR nicht sonderlich liebten, wiedergegeben: „Zur Lage der Nation äußern sich gewöhnlich Männer, die an der Macht sind. Sie versuchen, Verantwortungs- und Problembewußtsein zu vermitteln, aber vor allem Optimismus auszustrahlen. Ich, Frau, ohne Macht – und noch dazu aus dem Osten –, werde wohl eher eine Lamentatio anstimmen. Man erwartet, daß ich froh bin, nun zu dem größeren, in Demokratie und Marktwirtschaft erfahrenen Deutschland zu gehören. Aber ich fühle mich fremd in dieser Nation, in diesem Vaterland.“⁵⁴ „Deutschland. Ich bin nicht bereit, meiner DDR nachzuweinen. Mit diesem Kapitel hatte ich schon vor dem Zusammenbruch abgeschlossen... Wenn ich jetzt dieses nationale Geklingel höre, dieses ‚Deutschland über alles‘, dann fühle ich mich nicht dazugehörig. Ich möchte nicht dazugehören, aber ich gehöre dazu. Manchmal denke ich, ich muß das aushalten, deutsch zu sein...“⁵⁵

Plötzlich deutsch zu sein, unfreiwillig arbeitslos zu sein, möglicherweise kinderlos bzw. enkelkinderlos zu bleiben – das alles markiert die biographischen Umbrüche, denen ostdeutsche Frauen ausgesetzt sind. Sie meinen, das „aushalten“ zu müssen, und scheinen gleichzeitig zwei Arten von „Gegnern“ zu erkennen. „Ich hab’ gar nichts gegen Männer, und plötzlich bin ich gezwungen, gegen sie zu kämpfen“⁵⁶, so umschrieb eine Konferenzteilnehmerin im Frühjahr 1994 ihr Dilemma. Ostdeutsche Frauen müßten jetzt etwas tun, was sie nicht gelernt hätten und mehrheitlich auch (noch) nicht wollten: den eigenen Lebensanspruch *gegen Männer* zu behaupten. Gleichzeitig sind ostdeutsche Frauen (nach Norbert Elias), ebenso wie „ihre“ Männer, östliche „Außenseiter“, die ihren Platz unter westlichen (auch weiblichen) „Etablierten“ finden müssen. Zu vermuten ist, daß die Gefahren, die aus biographischen Umbrüchen dieses Ausmaßes abgeleitet werden können – die „Möglichkeit der Einigung auf einen negativen gemeinsamen Nenner, also: auf die gemeinsame Diskriminierung und Ausgrenzung von Fremden“⁵⁷ –, ebenso von Frauen ausgehen wie von Männern.

Zwar kann in Übereinstimmung mit anderen sozialwissenschaftlichen Ergebnissen auch mit ISDA-Daten bestätigt werden, daß rechtsradikale Aktivitäten und Gewaltanwendungen von Frauen

weniger akzeptiert werden als von Männern. Daß man gegen Ausländer etwas tun muß, meinten beispielsweise laut ISDA-Daten im Mai 1993 „nur“ 15 Prozent der Frauen (im Oktober 1991 zwölf Prozent) und 18 Prozent der Männer (im Oktober 1991 15 Prozent). Aber: „Rechtsradikalismus fängt eben nicht erst bei genagelten Stiefeln und Glatzköpfen an, ausländerfeindliche und antisemitische Äußerungen sind auch dann ‚rechtsradikal‘, wenn sie in ordentlichen Wohnzimmern ordentlicher deutscher Familien fallen.“⁵⁸ Und diese latente Ausländerfeindlichkeit wird mittels ISDA-Daten zunehmend bei Frauen sichtbar, wie aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

Tabelle 2: Äußerungen Ostdeutscher zu in Deutschland lebenden Ausländern: 1991 und 1993

Aussage	Das ist voll bzw. überwiegend meine Meinung in Prozent			
	Frau 1991	Mann 1991	Frau 1993	Mann 1993
In Deutschland leben zu viele Ausländer	43	45	62	56
Ausländer nehmen Wohnung und Arbeit weg	28	30	39	35

Quelle: ISDA-Daten (Anm. 1).

Das heißt, von einem ernst zu nehmenden und größer gewordenen Teil ostdeutscher Frauen, insbesondere von den ärmeren (gemessen am persönlichen Nettoeinkommen) unter ihnen⁵⁹, werden für Arbeitslosigkeit und andere für sie neue soziale Probleme nicht die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt, auch nicht die alten und neuen patriarchalen Machtstrukturen verantwortlich gemacht, sondern „die Ausländer“, also die sozial oft noch Schwächeren, die in dem vereinigten Deutschland „zu viele“ seien.

3. Die Phase der „relativen Beruhigung“ und „personellen Verstetigung“

Für die dritte Phase des Transformationsprozesses wird unterstellt, daß die ostdeutschen Institutionen weitgehend angepaßt, abgewickelt, neustrukturiert, „modernisiert“ wurden und daß Modifikatio-

54 Elisabeth Adler, Zweierlei Vergangenheit, in: Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis, (1993) 2, S. 7.

55 R. Ullrich (Anm. 35), S. 139 f.

56 Mündlicher Beitrag auf der Tagung der Alternativen Enquete-Kommission zur DDR-Frauenpolitik am 16. 3. 1994 in Berlin, eigene Mitschrift.

57 R. Kreckel (Anm. 7), S. 19 f.

58 Werner Heim, Die Legende von der weiblichen Immunität, in: Neues Deutschland vom 7. Januar 1993, S. 9.

59 Vgl. U. Schröter (Anm. 33), S. 27.

nen „mangels geeigneter Akteure wie auch mangels eines Zugriffs auf bundesstaatliche Mehrheiten“⁶⁰ nicht vorstellbar seien – eine relative Abgeschlossenheit des Umstrukturierungsprozesses also. Es gibt viele Gründe, einer solchen Auffassung zuzustimmen: Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 offiziell ihre Arbeit beendet; das östliche Bildungswesen unterscheidet sich strukturell nicht mehr vom westlichen; verbliebene oder neu gegründete kommunale, industrielle, landwirtschaftliche Einrichtungen arbeiten nach westdeutschem Muster; Frauenhäuser, Frauenselbsthilfegruppen, Frauenprojekte entstanden und kämpften wie im Westteil des Landes ums Überleben; kulturelle Institutionen, Theater, Medien, Film und Literatur wurden „auf die im Westen eingespielten Modelle von Markt und Subvention“⁶¹ umgestellt.

Es gibt jedoch mindestens ebenso viele Gründe, an der relativen Abgeschlossenheit des Transformationsprozesses zu zweifeln: Das für den Osten inzwischen nachweisbare Wirtschaftswachstum schafft ebenso nachweisbar kaum Arbeitsplätze, womit zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit und Armut, die nach dem Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von 1994 immer weiblicher und immer jünger würde, verbunden sind. Vom Wegfall der Transferleistungen und der Stützungsmaßnahmen⁶² für den Osten und vom „Umbau des Sozialstaates“ ist die Rede: „Weder das Volumen noch die Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems können in Zukunft einfach fortgeschrieben werden. Zwingend erforderlich ist vielmehr ein Umbau mit einer Beschränkung auf das Notwendige“⁶³, so steht es im letzten Geschäftsbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die „Beschränkung auf das Notwendige“ steht also den Frauen (und Männern) in Ost und West noch bevor. Begonnen hat für Ostdeutsche auch erst die Suche nach neuen Handlungsmustern, nach neuen Lebenszielen, nach Auswegen aus der biographischen Unsicherheit⁶⁴. Begonnen haben nun erst deutliche Differenzierungsprozesse zwi-

schen ostdeutschen Frauen, sowohl nach der sozialen Lage als auch – und verbunden damit – nach dem Aktivitätsniveau (siehe auch Abschnitt IV).

Nach ISDA-Daten bezeichneten sich im Oktober 1991 knapp 20 Prozent der Frauen und im Mai 1993 noch etwa zwölf Prozent als „jetzt aktiver als früher“. Eine genauere Analyse dieser Frauengruppe belegt, daß es sich hierbei *vor allem* um jüngere, um nicht verheiratete, um berufstätige (allerdings nicht als Arbeiterinnen und Bäuerinnen), um „Mitgestalterinnen“, auch um reichere (gemessen am persönlichen Nettoeinkommen) Frauen handelt, die überdurchschnittlich vor 1990 in staatlichen Einrichtungen oder in Privatbetrieben beschäftigt waren⁶⁵ und die beispielsweise solche Meinungen vertreten: „Ich fühle mich nicht als Verliererin, d. h., ich will mich nicht so fühlen, ich lasse das einfach nicht zu.“⁶⁶

Ostdeutsche Frauen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer sozialen Lage immer mehr danach, ob sie einen Platz auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt gefunden haben oder nicht. Und diese wenigen Plätze werden offenbar immer mehr von besonders aktiven Frauen, von solchen, die es „nicht zulassen wollen, Verliererin zu heißen“, eingenommen. Anders ausgedrückt: Weniger aktive Frauen, Frauen mit weniger Durchstehvermögen und weniger ausgereiften Zukunftsvorstellungen werden zunehmend auch von ihren Geschlechtsgenossinnen verdrängt. „Seit Oktober habe ich eine ABM... Danach ist wieder keine Aussicht... Was wird, weiß ich nicht... Wir haben keine Möglichkeit, selbst Arbeitsplätze zu schaffen, dazu sind wir viel zu kleine Lichter“⁶⁷, so beschrieb eine Frau im Frühjahr 1994 ihre trostlose Situation.

Charakteristisch ist jedoch, daß die gleiche Frau im gleichen Gespräch auch Zufriedenheit zum Ausdruck brachte: „Wenn sie Arbeitsplätze schaffen würden, wäre es jetzt besser als früher.“⁶⁸ Für diese „innere Widersprüchlichkeit“, diese gleichzeitige Befürwortung bei partieller Ablehnung gibt es ebenfalls hinreichend empirische Begründungen. Denn Frauen haben Anteil an einem wesentlich höheren Nettoeinkommen (im Vergleich zu früher, nicht im Vergleich zu Männern), an einem vorher unvorstellbaren Waren- und Dienstleistungsangebot, an Reisefreiheit und neuen Frei-

60 H. Wiesenthal (Anm. 12), S. 21.
 61 Jürgen Habermas, Die andere Zerstörung der Vernunft, in: Die Zeit, Nr. 20 vom 10. Mai 1991.
 62 Vgl. dazu unter anderem: AG Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '95, Stärkung des Sozialstaates – Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau, Köln 1995.
 63 Memorandum '94, Wirtschaftsreformen statt Standortparolen: Politik gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung, Köln 1994, S. 62.
 64 Vgl. Monika Wohlrab-Sahr, Biographische Unsicherheit. Formen weiblicher Identität in der ‚reflexiven Moderne‘: Das Beispiel der Zeitarbeiterinnen, Opladen 1993.

65 Vgl. U. Schröter (Anm. 50), S. 33–37.
 66 Dies. (Anm. 33), S. 39.
 67 Andrea Reimann/Ursula Schröter, Soziale Lage und Armut von Frauen im ländlichen Raum, unveröffentlichtes Material, Berlin 1994, S. 17.
 68 Ebd., S. 15.

zeitmöglichkeiten, am neuen Auto und Videorecorder, an neuen und bisher kaum vorstellbaren Lebensmöglichkeiten. Die damit verbundene und bis heute anhaltende Zufriedenheit kann mit DDR-soziologischen Untersuchungsergebnissen begründet werden. Entsprechend der schon erwähnten Befragung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften vom Januar 1989 waren 94 Prozent der Probanden mit dem Warenangebot unzufrieden. Von 19 vorgegebenen Zufriedenheitsindikatoren lag das Warenangebot an 19. Stelle. Gleichzeitig wurde – vor allem von jungen DDR-BürgerInnen – die vorgegebene Planmäßigkeit, die Zukunftsgewißheit, die fehlende Spontaneität des DDR-Lebens auch als Fessel empfunden, als Hemmnis für kühne und ungewöhnliche Lebenspläne. „Warum ist der Frieden so langweilig?“, wird in Renate Ullrichs Protokollbänden gefragt⁶⁹, und gemeint ist die sozial gesicherte DDR-Vergangenheit.

All das spricht dafür, daß sich ostdeutsche Frauen nicht eindeutig als Verliererinnen oder Gewinnerinnen betrachten können. Als methodische Konsequenz ergibt sich daraus, daß eine differenzierte Analyse einzelner Frauengruppen sinnvolle Ergebnisse liefern könnte.

IV. Analyse der „Verliererinnen“

Eine genauere Sicht auf das ISDA-Datenmaterial, vor allem auf den sogenannten Sorgenkatalog, läßt den Schluß zu, daß es neben der „inneren Widersprüchlichkeit“, die jede einzelne Frau mehr oder weniger betrifft, noch „äußere Widersprüche“ gibt, die die soziale Gruppe der ostdeutschen Frauen deutlich zweiteilt. Es zeigt sich, daß es zu jedem Befragungszeitpunkt eine Gruppe von Frauen gab, die in jeder Hinsicht hoffnungslosere Positionen einnahm: bezüglich der beruflichen Entwicklung, des Einkommens, der Arbeitsplatzsicherheit, der Wohnung, der Lebenshaltungskosten, der Ausbildung von Kindern und Enkeln, der Bekämpfung von Kriminalität und Drogensucht, der politischen Freiheit, der Möglichkeit, selbstbestimmt leben zu können. Daß sich die Hoffnungslosigkeit auf alle Aspekte bezog, ist – für sich genommen – ein für Sozialwissenschaft und Politik ernst zu nehmendes Ergebnis. Ein Ergebnis, das sich in langjährige Sozialforschungen der Alt-BRD folgerichtig einordnet. „Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß die Abkopplung großer

Bevölkerungskreise (von gesellschaftlichem Wohlstand und Hoffnung, U.S.) dauerhaft ist.“⁷⁰ Mißt man also „Verlieren“ an „Alle Zukunftshoffnungen verlieren“, so kann diese Gruppe schon als „Verliererinnengruppe“ bezeichnet werden. – *Wie ist sie – getrennt für die einzelnen Transformationsphasen – zu charakterisieren?*

Im Mai 1990 gehörten 33 Prozent aller Frauen zu den so definierten „Verliererinnen“. Allerdings äußerten sich auch etwa ebenso viele Frauen nicht zu ihren Hoffnungen und Sorgen (konnten sich noch nicht äußern?), so daß die Gruppe der „Nicht-Verliererinnen“ auch etwa ein Drittel der Gesamtheit ausmachte. Im Mai 1990 ließ sich die „Verliererinnengruppe“ in keiner Hinsicht sozialstrukturell bestimmen, d. h., bezüglich Erwerbsstatus, Schulbildung, Qualifikationsniveau, Wirtschaftsbereich, Tätigkeit, Alter, Einkommen, Familienstand, Wohnregion usw. gab es kaum Unterschiede (keine im statistischen Sinn) zu den anderen Frauen. Deutliche Unterschiede gab es allerdings hinsichtlich politischer Einstellungen (generelle Akzeptanz der neuen Verhältnisse geringer, Befürchtungen rechtsradikaler Entwicklung größer) und Parteipräferenzen (geringerer Anteil an CDU-Anhängerinnen). „Alle Hoffnungen verlieren“ war folglich in den letzten DDR-Monaten eine Eigenschaft, die quer durch die weibliche Bevölkerung ging und nur an politische Haltungen gebunden war. Bezieht man in die Analyse noch solche Ergebnisse ein, die nur für die Stichprobe gelten, also nicht verallgemeinerungsfähig sind, so kommt man zu dem Ergebnis: Im Frühjahr 1990 war Verlieren (wie hier definiert) noch ein weitgehend theoretisch-intellektuelles Problem. Die „Verliererinnen“ der Stichprobe waren nämlich überdurchschnittlich Hochschulabsolventinnen, gehörten überdurchschnittlich zu den oberen Einkommensgruppen, hatten überdurchschnittlich anspruchsvollere Arbeitsinhalte. Und sie wohnten überdurchschnittlich im Norden der DDR.

Im Oktober 1991 gehörten 29 Prozent aller ostdeutschen Frauen zu den „Verliererinnen“. Die Zukunft war offensichtlich konkreter absehbar, denn nur 15 Prozent äußerten sich nicht zu ihren Hoffnungen und Sorgen. „Alle Hoffnungen verlieren“ war in der zweiten Transformationsphase schon ein sehr praktisches Problem geworden und sozialstrukturell genau einzuordnen. Denn „Verliererinnen“ gehörten mehrheitlich zu den nicht

69 R. Ullrich (Anm. 35), S. 64.

70 Heinz Altena, Armut: Ursachen, Definition und Lösungsansätze, in: Rundbrief des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e.V., 1/93, Köln 1993, S. 41.

mehr Berufstätigen oder zu den gerade noch Berufstätigen (schon gekündigt, Betrieb in Abwicklung befindlich). Sie waren überdurchschnittlich alleinlebend (geschieden oder verwitwet) und um 50 Jahre alt und älter. Sie waren vor allem Arbeiterinnen und Akademikerinnen und kamen mehrheitlich aus der Industrie und aus staatlichen Verwaltungen. Bezüglich des Qualifikationsniveaus gab es auch 1991 noch keine klare Zuordnung zu den Gruppen, weil auch Hochqualifizierte zu den „Verliererinnen“ gehörten.

„Verliererinnen“ waren ärmer als andere, gemessen am individuellen Einkommen. Ein Einkommen von 1 000 DM war in dieser Hinsicht eine kritische Größe, d. h., Einkommen darunter wurden vor allem von „Verliererinnen“ angegeben, Einkommen darüber vor allem von anderen Frauen. „Verliererinnen“ wohnten überdurchschnittlich in kleinen und mittleren Städten und in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

Einstellungen und politische Haltungen dieser Gruppe unterschieden sich ebenfalls deutlich von denen anderer. Die generelle Akzeptanz der neuen Verhältnisse war in dieser Gruppe (38 Prozent) deutlich geringer als die der Frauen insgesamt (64 Prozent, siehe oben). „Verliererinnen“ des Jahres 1991 kamen mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen schlechter zurecht und hatten sich stärker aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen.

Im Mai 1993 gehörten zu der nach dem gleichen Verfahren ermittelten „Verliererinnengruppe“ 35 Prozent aller Frauen. Es äußerten sich wieder mehr Frauen nicht zu ihren Hoffnungen und Sorgen (22 Prozent), was 1993 nichts mehr mit fehlendem Wissen zu tun haben konnte, wohl aber mit einem allgemeinen Überdruß gegenüber solchen Themen. Auch 1993 waren „Verliererinnen“ vor allem nicht mehr oder gerade noch Berufstätige. Im Unterschied zu 1991 gehörten auch überdurchschnittlich diejenigen dazu, die sich in ABM oder in Umschulung befanden. Daraus kann geschlossen werden, daß die mit solchen Maßnahmen verbundenen Zukunftshoffnungen inzwischen geschmolzen waren. „Verliererinnen“ waren vor allem Arbeiterinnen und jetzt auch Bäuerinnen, Akademikerinnen „nur“ noch durchschnittlich (Verdrängung der weniger Qualifizierten durch Hochqualifizierte). Die Bereiche Industrie und Landwirtschaft waren folglich die dominanten für die hier betrachtete Gruppe. 1993 waren auch geringere Schulbildung und niedrigere Qualifikationsniveaus (Facharbeiter und darunter) sowie körperlich schwere, monotone Arbeitsinhalte mit

geringem Handlungsspielraum charakteristisch für „Verliererinnen“.

Und – „Verliererinnen“ waren jünger geworden. Schon in der Altersgruppe ab 40/45 Jahren findet man überdurchschnittlich viele von ihnen. Allerdings zeigt eine genauere Altersbetrachtung, daß Frauen um 65/70 Jahre und älter nur noch durchschnittlich zu den „Verliererinnen“ zählten. Die besondere Problematik der „jungen Alten“ ist auch hieraus ableitbar. Auch 1993 gehörten die „Verliererinnen“ überdurchschnittlich zu den ärmeren Frauen. Die kritische Größe für das individuelle Einkommen lag allerdings jetzt bei 1 500 DM. „Verliererinnen“ lebten wiederum vor allem in Klein- und Mittelstädten, in Dörfern jedoch mehr als 1991 (nämlich durchschnittlich). Eine Konzentration auf die nördlichen Bundesländer ließ sich statistisch nicht mehr belegen.

„Verliererinnen“ waren auch 1993 in jeder Hinsicht pessimistischer, weniger aktiv bzw. nur im Rahmen ihrer engsten Lebenswelt aktiv. Sie fühlten sich mehr ausgeschlossen und einflußlos: „Ich bin auf keinen Fall jetzt aktiver, ganz im Gegenteil. Heute ziehe ich mich mehr zurück. Hier spielt auch der Neid eine große Rolle. Die einen haben noch Arbeit und können sich vieles leisten. Sie können dann ganz anders mitreden. Die anderen haben keine Arbeit und bleiben lieber zu Hause. Früher wurde ja auch über den Betrieb vieles organisiert. Das ist alles weggefallen.“⁷¹ Dennoch bejahte 1993 etwa jede vierte „Verliererin“ im großen und ganzen die gesellschaftliche Entwicklung, von den Frauen insgesamt waren es zu diesem Zeitpunkt 39 Prozent.

V. Fazit

Fünf Jahre nach den politischen Veränderungen infolge des „Wendeherbstes“ sind ostdeutsche Frauen in besonderer Weise von den sozialen Problemen des Transformationsprozesses in Deutschland betroffen. Sie sind in höherem Maße als ostdeutsche Männer erwerbslos, obwohl ihr Wunsch nach Berufstätigkeit nicht wesentlich geringer und die Orientierung auf beruflichen Erfolg sogar größer geworden ist. Dieses Festhalten an ehemaligen Selbstverständlichkeiten hat zur Folge, daß ostdeutsche Frauen bisher nicht – wie von PolitikerInnen erwartet – in die „stille Reserve“ gegangen sind. Junge ostdeutsche Frauen verzichten in höhe-

71 A. Reimann/U. Schröter (Anm. 67), S. 18.

rem Maße als westdeutsche und in sehr viel höherem Maße als ehemals DDR-Frauen auf Kinder, weil sich nach ihren Vermutungen „die Bedingungen für ein Leben mit Kindern eher verschlechtern werden“. Mit dem *Kinderwunsch* hat die drastische Geburtenverweigerung wenig zu tun. Kinder sowie harmonische Partnerbeziehungen und Freunde zu haben sind Orientierungen, die bei ostdeutschen Frauen unverändert hohe Akzeptanz genießen.

Nach Jahren der radikalen gesellschaftlichen Veränderungen und abrupten biographischen Brüche reflektieren ostdeutsche Frauen einerseits empfindliche Verluste, soziale Kälte, Zukunftsängste, auch Zorn über vertane Chancen. Gleichzeitig zeigt sich zaghaft und vereinzelt feministisches Denken, auch eine kritische Reflexion der DDR-Frauenpolitik. Andererseits verweisen ostdeutsche Frauen, auch erwerbslose, auf Gewinne, die sie nicht wieder missen möchten und die DDR-Sehnsucht in größerem Maße nicht aufkommen lassen. Hier spielen sowohl das vorher unvorstellbare Waren- und Dienstleistungsangebot und die Reisefreiheit eine Rolle als auch – vor allem bei jungen Frauen – neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung.

Solche Differenzierungen zwischen Frauen und damit „normale kapitalistische“ Entwicklungen werden immer deutlicher, so die Abkopplung einer größeren Frauengruppe vom durchschnittlichen Wohlstand, von gesellschaftlicher Anerkennung und Zukunftshoffnungen. Armut wird auch in Ostdeutschland immer weiblicher (und immer jünger). Andererseits nutzt ein kleinerer Teil ostdeutscher Frauen – überdurchschnittlich aktiv und überdurchschnittlich qualifiziert – die neuen Lebensmöglichkeiten erfolgreich. Vor allem von solchen Frauen wird in Interviews zunehmend auf „zu Erhaltendes“ aus DDR-Zeiten verwiesen. So betonte

die Direktorin eines Gymnasiums, im Herbst 1989 aktiv an Protestaktionen beteiligt, im Frühjahr 1994: „Was bei uns hier an der Schule sehr schön ist und was wir uns auch erhalten wollen, daß die Kollegen noch miteinander reden. Daß wir nicht so denken, wie wir's zum Beispiel aus Schulen der alten Bundesländer kennen, daß jeder so sein Ressort hat und den anderen nicht reingucken läßt. Das gibt's bei uns nicht. Ich hoffe, daß wir's uns erhalten können.“⁷²

Diese in Gesprächen immer öfter geäußerte Hoffnung, etwas erhalten zu können, was eigentlich nicht mehr in diese „moderne“ Gesellschaft paßt und dennoch als zukunftsfruchtig und unbedingt erstrebenswert betrachtet wird, oder die Erfahrungen, etwas vereinbaren zu können, was in dieser „modernen“ Gesellschaft nur unter Kinderverzicht oder mit Hilfe eines „Dienstmädchens“ vereinbar sei, nähren die Zweifel an der Gültigkeit der Modernisierungstheorie(n) für ostdeutsche Frauen⁷³. Es sei denn, „mit der Radikalisierung des Gleichheitsversprechens unabhängig von Geschlecht, Klasse und Ethnie vollendet sich erst der lange versteckte Sinn eines Projektes, das vor 200 Jahren als das der Moderne begann“⁷⁴. Möglicherweise sind ostdeutsche Frauen besonders geeignet, über eine andere als die für sie vergangene, aber auch über „eine andere als die bestehende Gesellschaft“ nachzudenken.

72 Thomas Koch/Jochen Mattern/Ursula Schröter/Rudolf Woderich (Projektleiter), Ostdeutsche Lehrer (Promotoren) in Transformationsprozessen des Bildungswesens, KSPW-Studie, Berlin 1994, S. 49.

73 Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefan Hradil in diesem Heft.

74 Ute Gerhard, „Bewegung“ im Verhältnis der Geschlechter und Klassen und der Patriarchalismus der Moderne, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Frankfurt/Main – New York 1991, S. 429.

Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung

I. Einleitung

Zu untersuchen, wie Jugendliche auf die Veränderung ihres Alltags durch politische und ökonomische Entwicklungen reagieren, ist in der anhaltenden Umbruchsituation, in der sich die Bundesrepublik Deutschland seit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 befindet, wichtig. Welches Verhältnis die ostdeutschen Jugendlichen zu der für sie neuen Gesellschaft entwickeln, wird nicht zuletzt von der ökonomischen Entwicklung in den neuen Bundesländern abhängen. Diese bestimmt in hohem Maße die Chancen ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung.

Die zentrale Fragestellung dieses Beitrages¹ – wie die Integration ostdeutscher Jugendlicher innerhalb des Transformationsprozesses verläuft – zielt

1. auf die *subjektive* Sicht der Jugendlichen: Wie ist ihre Zukunftszuversicht, welche Erwartungen, Ängste und Sorgen haben sie?
2. und auf die *objektive* Situation der Jugendlichen: Gelingt der Übergang von der Ausbildung in das Erwerbsleben?

Fragestellungen dieser Art sind deshalb wichtig, weil so festgestellt werden kann, ob Jugendliche die Wende subjektiv als „kritisches Lebensereignis“ oder als Chance zur Realisierung einer individuell besser gestaltbaren Zukunft erleben². Dies wird maßgeblich davon mitbestimmt, wie schnell sie sich einen Platz in der neuen Gesellschaft erobern können. Sollte dieser Prozeß durch Arbeitslosigkeit, sozialen Abstieg oder andere soziale Ausgrenzungsprozesse behindert werden oder so-

gar scheitern, würde dies weitreichende Konsequenzen haben: einerseits für die Jugendlichen, die sich dann mit einer Gesellschaft konfrontiert sähen, in der sie zwar leben müssen, die sie aber nicht verstehen und vielleicht sogar in wichtigen Bereichen ablehnen, andererseits für die Gesellschaft, die die Spannungen auffangen müßte, die zwischen dieser wichtigen Teilgruppe und den bestehenden Normen und Wertmustern entstehen³.

Während ostdeutsche Jugendliche in einer Umbruchgesellschaft leben, haben sich für westdeutsche Jugendliche die Lebensbedingungen seit der Vereinigung beider deutscher Staaten kaum verändert, deshalb wird u. a. der Transformationsprozeß von ihnen mit weniger innerer Anteilnahme verfolgt. Selbst wenn bei ost- und westdeutschen Jugendlichen die Gemeinsamkeiten in ihren Lebenszielen und Wertorientierungen überwiegen sollten, ist eher davon auszugehen, daß sich aufgrund der sehr unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf längere Sicht „kein gemeinsamer Generationszusammenhang“ entwickelt⁴.

Die Antworten auf die oben gestellten Fragen können zum gegenwärtigen Zeitpunkt – fünf Jahre nach der Wende – und mit dem vorliegenden empirischen Material nur vorläufigen Charakter haben. Denn welchen zusätzlichen Einfluß sozialisations-

3 Zugespißt könnte man formulieren: Hat die Jugend keine Zukunft, hat auch die Gesellschaft keine Zukunft. Sie gerät dann in Gefahr, wenn die Jugend in ihr keine annehmbare Perspektive mehr sieht. Die Jugend stellt also insofern für den Prozeß des Zusammenwachsens beider Teile Deutschlands den entscheidenden Hoffnungsträger dar (vgl. Stefan Böckler, Die deutsche Jugend. Voraussetzungen und Perspektiven der Generationsbildung im vereinten Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie, 21 [1992] 5, S. 314), als ihre soziale „Integration ... in die politische, ökonomische und kulturelle Ordnung einer Gesellschaft ... eine grundlegende Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung bestehender gesellschaftlicher Strukturen ist.“ Zit. nach: Martin Bommer/Carsten Klingemann/Gabriele Köhler/Albert Scherr, Bereiche anwendungsorientierter soziologischer Forschung, in: Harald Kerber/Arnold Schmieder (Hrsg.), Soziologie, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 66.

4 Eine entsprechende These vertritt bspw. Dieter Kirchhöfer, Eine Umbruchgeneration? Wende- und Vereinigungserfahrungen, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '92, Bd. 2, Opladen 1992, S. 15–33.

1 Das vorliegende Manuskript basiert auf einer in wesentlichen Teilen überarbeiteten und aktualisierten Fassung eines früheren WZB-Arbeitspapiers. Vgl. Kerstin Seiring, Jugendliche im Transformationsprozeß. Vorbedingungen, Probleme und Chancen zur Integration ostdeutscher Jugendlicher im vereinten Deutschland, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, P 94–103, Berlin, 1994.

2 Vgl. hierzu ausführlich: Imken Behnken/Jürgen Zinneker, Schülerstudie 1990. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung, Weinheim – München 1991.

bedingte Unterschiede auf „die gegenwärtige Formierung⁵ jugendlicher Lebensorientierungen“ in Deutschland haben werden, ist auch davon abhängig, „inwieweit es gelingt, dieser generationsprägenden Lebenserfahrung“ eine relativ einheitliche Form zu geben⁵. D. h. in erster Linie wird die Ermöglichung von vergleichbaren Lebensbedingungen und -erfahrungen für Jugendliche in Ost und West mitbestimmend dafür sein, wie erfolgreich der Prozeß des Zusammenwachsens beider Jugendgenerationen verläuft.

II. Anmerkungen zum Jugendbegriff und zur Vorgehensweise

1. Zum Jugendbegriff

Viele Jugendforscher haben sich ihrem Untersuchungsgegenstand genähert, indem sie den Übergangscharakter von Jugend, d. h. den Aspekt der Übergangsphase vom Kind zum Erwachsenen, hervorgehoben und gleichzeitig auf die wichtige Funktion dieser Lebensphase bei der Entwicklung von Werten und Überzeugungen für das eigene Denken und Verhalten von Jugendlichen hingewiesen haben. In der Jugendphase finden Prozesse der Aneignung bestimmter Normen und Regeln bei gleichzeitigem Erwerb der ökonomischen, sozialen und juristischen Voraussetzungen für den Eintritt in das Erwachsenenendasein statt. Dieses Kriterium ist auch Bestandteil einer Definition von Jugend durch Helmut Schelsky⁶. Der Prozeßcharakter von Jugend, wie ihn Schelsky verwendet, enthält wesentliche Merkmale, um den Jugendbegriff einzugrenzen. Schelsky ging in seiner Definition von Jugend von einer Integration nachwachsender Generationen in ein relativ stabiles Gefüge aus, was allerdings derzeit nur für westdeutsche Jugendliche zutrifft. Für ostdeutsche Jugendliche ist eine Integration in ein stabiles Gesellschaftssystem gerade nicht gegeben, da sich die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den neuen Bundesländern gegenwärtig in einer Umbruchphase befinden, weshalb Schelskys Begriff von Jugend einer Ergän-

zung bedarf. Obwohl viele Jugendliche in der DDR ihren Platz noch nicht gefunden hatten bzw. finden konnten, müssen sie diesen nun in einer Gesellschaft finden, die selbst einem umfassenden Wandel unterliegt. Diese *doppelte Dynamik* – der Übergangsprozeß der Jugendlichen vom Kind zum Erwachsenen *und* die Transformation der Gesellschaft – ist ein spezifisches Problem bei der Integration ostdeutscher Jugendlicher in die neue Gesellschaft⁷.

2. Zur Vorgehensweise

Mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) werden die Jugendlichen (16 Jahre und älter) als eigene Subgruppe innerhalb der Gesamtbevölkerung mit spezifischen Lebensbedingungen, Einstellungs- und Wertmustern lokalisiert⁸. Außerdem bietet das Material die Möglichkeit, Vergleiche zwischen ost- bzw. westdeutschen Jugendlichen und älteren Generationen zur gleichen Thematik durchzuführen. Soweit für eine Untersuchung von Einstellungs- und Wertmustern im SOEP-Ost und -West vergleichbare Indikatoren vorhanden sind, wird ein *Kreuzvergleich* vorgenommen:

7 „In Theoriekonzeptionen, die stärker auf den sozialen Wandel in Gesellschaften abheben, wird Jugend sicherlich viel stärker als Problemgruppe thematisiert, weil in sich dynamisch verändernden Gesellschaften einerseits tradierte Wertvorstellungen und Verhaltensvorschriften von Jugendlichen nicht einfach übernommen werden können, sondern neue Wertvorstellungen und Verhaltensvorschriften entwickelt werden müssen und andererseits auch eine Integration in eine vorgegebene Ordnung nicht stattfinden kann, weil diese Ordnung selbst einem Wandel unterliegt.“ (Zit. nach Hans Bertram, *Jugend heute. Die Einstellung der Jugend zu Familie, Beruf und Gesellschaft*, München 1987, S. 2.)

8 Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) ist eine Längsschnittuntersuchung privater Haushalte in Deutschland und wird seit 1984 im jährlichen Rhythmus bei denselben Personen, Haushalten und Familien in der Bundesrepublik durchgeführt (SOEP-West). 1984 hatte die erste Datenerhebung einen Umfang von rund 6000 Haushalten und mehr als 12200 Personen. Diese Befragung ist repräsentativ für die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik über 16 Jahre. Das Sozio-ökonomische Panel wurde erstmals im Juni 1990, also noch vor der Wiedervereinigung, in den neuen Bundesländern erhoben (SOEP-Ost). Seit diesem Zeitpunkt erfolgt die Befragung analog zum SOEP-West in jährlichem Rhythmus in Ostdeutschland und ermöglicht so einen Direktvergleich zwischen objektiven Lebensbedingungen und subjektiver Bewertung Ost- und Westdeutscher. In Ostdeutschland wurden insgesamt ca. 2030 Haushalte und ca. 4200 Personen befragt. (Vgl. Projektgruppe Panel, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, [1993] 1/2, S. 27–43) In die Auswertung wurden für ostdeutsche Jugendliche die Wellen 1990 bis 1994 und für westdeutsche Jugendliche die Wellen 1989 bis 1993 einbezogen. Die (hochgerechnete) Fallzahl beträgt für die Oststichprobe des SOEP $N = 620\,000$ und liegt für die Weststichprobe bei $N = 3\,222\,000$ (ohne ausländische Jugendliche).

5 Vgl. hierzu St. Böckler (Anm. 3), S. 323.

6 „Jugend“ im soziologischen Sinne ist die Verhaltensphase des Menschen, in der er nicht mehr die Rolle des Kindes spielt . . . und in der er noch nicht die Rolle des Erwachsenen als vollgültiger Träger der sozialen Institutionen, also z. B. der Familie, der öffentlichen und politischen Ordnung, der Rechts- und Wirtschaftsordnung usw. übernommen hat.“ (Zit. nach Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Frankfurt-Berlin-Wien 1975, S. 15f.)

- a) zwischen Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland, um Unterschiede oder Gemeinsamkeiten bei Werten, Einstellungen und Freizeitverhalten zwischen den Jugendlichen herauszufinden, und
- b) zwischen Jugendlichen und älteren Generationen jeweils in Ost- und Westdeutschland, um Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zwischen Jugendlichen und älteren Generationen herauszufinden.

Der Vorteil der gewählten Vorgehensweise liegt darin, daß Positionen ostdeutscher Jugendlicher mit denen westdeutscher Jugendlicher *und* älterer Befragter verglichen werden können. Folgende Annahme liegt dem zugrunde: Ist die Distanz zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen geringer als zwischen ost- bzw. westdeutschen Jugendlichen *und* den jeweiligen älteren Generationen, könnte das für die Integration ostdeutscher Jugendlicher von Vorteil sein und wäre eine Voraussetzung für die Herausbildung einer „gemeinsamen Generationsgestalt“⁹. Für diese Vorgehensweise wurden *drei Vergleichsgruppen* gebildet:

1. Jugendliche werden definiert als Gruppe der Nichterwerbstätigen, ledig und bis 27 Jahre alt, d.h. unter Ausschluß von zentralen Erwachsenenbereichen wie z.B. eigene Familie oder Erwerbstätigkeit.
2. Die zweite Altersgruppe bilden erwerbstätige bzw. -fähige Erwachsene: 35 bis 55 Jahre.
3. Die dritte Altersgruppe repräsentieren nichterwerbstätige Erwachsene: 65 Jahre und älter.

III. Die Wende – ein „kritisches Lebensereignis“?

Die Befindlichkeit ostdeutscher Jugendlicher in der anhaltenden Umbruchsituation äußert sich in ihren Hoffnungen, Zukunftserwartungen, Ängsten und Sorgen. Bei deren Bewertung muß berücksichtigt werden, daß die Zukunft der Jugendlichen in der DDR mehr oder weniger vorgezeichnet und materiell gesichert war: Jedem Jugendlichen wurde ein Ausbildungs- und späterer Arbeitsplatz garantiert. Kehrseite der sozialen Sicherheit waren allerdings starke Reglementierungen der Bildungschancen und bei der Berufswahl. So erscheint heute die persönliche Zukunft ostdeutscher Ju-

gendlicher angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen und des ungewohnten Leistungs- und Konkurrenzdrucks einerseits zwar unsicherer als vor 1989. Andererseits eröffnet sich ihnen aber durch den gesellschaftlichen Transformationsprozeß ein Markt neuer Möglichkeiten, das Leben individuell nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Ob ostdeutsche Jugendliche diese neuen Herausforderungen als Chance an- oder als Bedrohung wahrnehmen, soll im folgenden untersucht werden.

1. Sorgen und Erwartungen

Welchen Einfluß die noch andauernde Umbruchsituation auf die Befindlichkeit ostdeutscher Jugendlicher hat, läßt sich anhand ihrer „großen Sorgen“ zu verschiedenen Lebensbereichen im Vergleich zu westdeutschen Jugendlichen feststellen (vgl. Tabelle 1).

Erwartungsgemäß war zu Beginn des Jahres 1990 das Ausmaß großer Sorgen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die eigene wirtschaftliche Situation und die Sicherheit des Arbeitsplatzes (soweit vorhanden) bei ostdeutschen Jugendlichen vergleichsweise stärker ausgeprägt als bei westdeutschen. So konnte bei der Untersuchung der großen Sorgen zur allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Situation festgestellt werden, daß zwischen diesen beiden Problembereichen ein starkes Ost-West-Gefälle existiert. Der Anteil Jugendlicher, die sich große Sorgen um die *allgemeine* wirtschaftliche Lage machten, differierte in Ost- und Westdeutschland nicht sehr stark; über die Entwicklung der *eigenen* wirtschaftlichen Situation machten sich aber ostdeutsche Jugendliche mehr als doppelt so häufig große Sorgen wie Jugendliche in den alten Bundesländern. Eine Erklärung für dieses Ergebnis könnte sein, daß sich ab 1991 zunehmend negative soziale Folgen der Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft abzuzeichnen begannen und sich dieses Miterleben bzw. Mitbetroffensein deutlich in der Bewertung als „große Sorgen“ zu den angesprochenen Problembereichen widerspiegelt. Da bis 1993 aber kein weiterer Anstieg des Anteils derer, die sich „große Sorgen“ zu diesem Problembereich machen, erfolgte, kann angenommen werden, daß ostdeutsche Jugendliche in der dazwischen liegenden Zeit „gelernt“ haben, sich unter veränderten Lebensbedingungen in der neuen Gesellschaft besser zurechtzufinden und die Möglichkeiten ihrer persönlichen Entwicklung besser einzuschätzen und einzuordnen als 1991.

Von den westdeutschen Jugendlichen machte sich 1990 nur jede(r) sechste „große Sorgen“ um die *all-*

⁹ Vgl. St. Böckler (Anm. 3), S. 313ff.

Tabelle 1: Große Sorgen Jugendlicher und Angehöriger älterer Generationen in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 1993

		Altersgruppen											
		16 bis 27 Jahre				35 bis 55 Jahre				65 Jahre und älter			
		Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	
Anteile in Prozent													
„Große Sorgen“ um: die allgemeine wirtschaftliche Situation	1990	23	17	29	17	37	20	40	23	31	14	25	15
	1991	32	11	37	16	49	19	55	22	41	19	37	18
	1992	25	13	21	14	33	24	40	25	48	26	36	22
	1993	32	30	22	26	44	41	46	44	48	43	42	37
die eigene wirtschaftliche Situation	1990	29	13	36	12	28	13	30	11	19	5	19	7
	1991	37	13	39	11	44	11	45	12	17	5	24	8
	1992	24	8	26	12	31	15	36	14	30	7	28	13
	1993	25	9	26	11	31	16	31	14	11	7	17	11
die Sicherheit des Arbeitsplatzes	1990	35	15	36	7	36	10	40	6	-	-	-	-
	1991	37	12	40	8	38	6	55	3	-	-	-	-
	1992	29	12	37	15	31	9	40	8	-	-	-	-
	1993	14	3	29	9	26	10	28	6	-	-	-	-

- = Trifft nicht zu.

Datenbasis: SOEP-Querschnitte (1990 bis 1993); eigene Berechnungen.

gemeine wirtschaftliche Entwicklung. Da sich dieser Anteil aber bis 1994 vergrößerte, kann gefolgert werden, daß der Transformationsprozeß nun auch von westdeutschen Jugendlichen wesentlich aufmerksamer und kritischer verfolgt wird als in den zurückliegenden Jahren. Für ein größeres Problembewußtsein hat sicher zum einen die konjunkturelle Arbeitslosigkeit mit ihren zunehmenden Auswirkungen auch für Familien in Westdeutschland gesorgt. Zum anderen können Befürchtungen, aufgrund des enger werdenden Arbeitsmarktes nicht mehr den erwünschten Ausbildungs- und Berufsweg auf geradem Wege zu erreichen oder selbst von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, als Grund hierfür angenommen werden. Die „Krise des Ostens“ hat damit – das jedenfalls signalisiert die subjektive Bewertung einzelner Problemlagen, wie die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation – mittlerweile auch viele westdeutsche Jugendliche erreicht.

Anders verhält es sich mit den Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Machten sich 1990 32 Prozent und 1991 sogar 38 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen noch „große Sorgen“ um ihre eigene wirtschaftliche Situation, so reduzierte sich dieser Anteil 1992 und 1993 auf 25 Prozent. Es besteht Grund zu der Annahme, daß gegenwärtig in Ausbildung befindliche ostdeutsche Jugendliche erwarten, daß sich durch einen anerkannten modernen Berufsabschluß die eigene wirtschaftliche

Situation positiv entwickeln wird. Bei westdeutschen Jugendlichen gab es zur Entwicklung über die eigene wirtschaftliche Situation weniger Befürchtungen, nur jeder achte Westdeutsche äußerte 1990 und 1991 diesbezüglich „große Sorgen“. 1992 und 1993 war es nur noch etwa jeder zehnte. D.h. ostdeutsche Jugendliche machten sich 1993 etwa doppelt so häufig „große Sorgen“ um ihre eigene wirtschaftliche Situation wie westdeutsche Jugendliche und erwarteten persönliche Probleme in diesem zentralen Lebensbereich in stärkerem Maße als diese. Während westdeutsche Jugendliche bei ihren Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation eher noch von ihren Eltern unterstützt werden können, ist dies bei den ostdeutschen Jugendlichen nicht in gleichem Maß zu erwarten. Durch die wirtschaftliche Umstrukturierung in den neuen Bundesländern wurden viele Eltern Jugendlicher arbeitslos, arbeiteten kurz, sind oder waren in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig oder beziehen Altersübergangsgeld und können aus diesen Positionen heraus ihre Kinder bei materiellen Problemen relativ wenig unterstützen¹⁰.

Der hohe Anteil ostdeutscher Jugendlicher, die sich „große Sorgen“ um den Arbeitsplatz machten,

10 Vgl. Klaus Müller/Gert Wagner/Joachim Frick/Richard Hauser, How Unemployment and Income Inequality changed in East and West Germany following Reunification, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, (1994), 1-2, S. 48-52.

verdeutlicht, welchen zentralen Stellenwert dieser Lebensbereich in Ostdeutschland einnimmt: 1990, angesichts der beginnenden Arbeitsmarktkrise, waren dies 35 Prozent und 1991 sogar 38 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen. Der Anteil Jugendlicher mit „großen Sorgen“ um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sank zwar bis 1993 auf 21 Prozent, aber es ist im Zeitverlauf klar erkennbar, daß vor allem junge Frauen „große Sorgen“ (1992: 37 Prozent; 1993: 29 Prozent) hinsichtlich der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes äußerten.

Da in der DDR eine sehr hohe Frauenerwerbsquote (von zuletzt 83 Prozent) zur Normalität gehörte, ist davon auszugehen, daß ostdeutsche junge Frauen aus ihrer Erwerbsarbeit wesentliche Teile ihres Selbstwertgefühls ableiten. Weil es für sie schwieriger geworden ist, einen Arbeitsplatz zu bekommen (bzw. zu behalten), sorgen sie sich stärker als die gleichaltrigen Männer um ihren Arbeitsplatz. Die zurückliegenden Jahre haben gezeigt, daß sich junge ostdeutsche Frauen bei Beschäftigungsunsicherheiten und Engpässen auf dem Arbeitsmarkt zunächst eher gegen (weitere) Kinder bzw. gegen eine Familiengründung entscheiden, um wirtschaftlich selbständig und unabhängig zu werden bzw. zu bleiben¹¹. Das „Konzept der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, das in der DDR durch entsprechende sozialpolitische Maßnahmen abgesichert war, läßt sich nicht mehr so leicht realisieren. Es ist jedoch davon auszugehen, daß junge ostdeutsche Frauen auch künftig die Erwerbstätigkeit als zentrale Lebensorientierung und als wichtigen Bestandteil ihrer Selbstverwirklichung ansehen. Deshalb sind die Anteile weiblicher Jugendlicher, die sich „große Sorgen“ um die Sicherheit des Arbeitsplatzes machen vor dem Hintergrund der Befürchtung, daß durch die Umstrukturierung der Wirtschaft Ostdeutschlands eine massive Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt stattfinden könnte, als Zeichen für Integrationsprobleme junger Frauen in die Gesellschaft zu werten. Hier liegt eine mögliche Ursache für die oft beschriebene, skeptischere Grundhaltung ostdeutscher Frauen zur Wiedervereinigung. Schließlich war abzusehen, daß sie durch den Wegfall sozialpolitischer Maßnahmen von Veränderungen in ihrem Leben und ihrer Erwerbstätigkeit in stärkerem Ausmaß als junge Männer betroffen sein würden¹².

11 Siehe hierzu auch: Gert Wagner/James Witte, Zur ökonomischen Rationalität des Geburtenrückganges in Ostdeutschland, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), 60 (1993) 45, S. 662ff.

12 Vgl. im einzelnen hierzu: Ernst Kistler/Dieter Jauffmann/Anita Pfaff, Die Wiedervereinigung der deutschen

Von den westdeutschen Jugendlichen machten sich 1990/1991 nur insgesamt 11 bzw. 10 Prozent „große Sorgen“ um den Arbeitsplatz. Bis 1993 reduzierte sich dieser Anteil sogar auf sechs Prozent, wobei sich westdeutsche weibliche Jugendliche häufiger als männliche Jugendliche „große Sorgen“ um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machten. Es stellt sich die Frage, ob nun auch zunehmend westdeutsche weibliche Jugendliche befürchten (müssen), daß sich die Folgen des Transformationsprozesses nachteilig auf ihren Wunsch, am Erwerbsleben teilzunehmen, auswirken werden und sie häufiger als männliche Jugendliche von Arbeitsplatzabbau betroffen sein werden.

Im Vergleich zur Generation der erwachsenen Erwerbstätigen (35 bis 55 Jahre) in Ostdeutschland kann festgestellt werden, daß sich diese wesentlich häufiger „große Sorgen“ um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene wirtschaftliche Situation und auch um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machten als Jugendliche. Besonders 1991 kann anhand der hohen Anteile dieser Gruppe mit „großen Sorgen“ als ein schwieriges Jahr mit besonderen psychosozialen Belastungen angesehen werden¹³. Bei der westdeutschen Vergleichsgruppe waren in diesem Zeitraum die entsprechenden Anteile eher gering, die „großen Sorgen“ mithin weniger verbreitet. Dies änderte sich aber bis 1993: Sowohl 45 Prozent der ost- als auch 42 Prozent der westdeutschen Erwerbstätigen-Gruppe (35 bis 55 Jahre) machten sich nun „große Sorgen“ um die allgemeine wirtschaftliche Situation, d. h., die Ost- und Westgeneration mittleren Alters äußerte sich gleichermaßen besorgt zu diesem Problembereich. Auch in dieser Vergleichsgruppe ist das Problembewußtsein, die weitere wirtschaftliche Entwicklung betreffend, gestiegen. Als Ursache hierfür können ebenso die mittlerweile eigene Betroffenheit als auch die zu erwartenden Sonderabgaben und Einsparungen bei Sozialleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit angenommen werden.

Allerdings machte sich die westdeutsche Erwerbstätigen-Gruppe (35 bis 55 Jahre) ähnlich wie die Generation der Jugendlichen in viel geringerem Ausmaß „große Sorgen“ über ihre eigene wirtschaftliche Situation und über die Sicherheit ihres

Männer braucht keine Frauen . . . , in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/93, S. 39-52. Anmerkung der Redaktion: Siehe auch den Beitrag von Ursula Schröter in diesem Heft.

13 Zu entsprechenden Ergebnissen kam: Detlef Landua, Das Jahr danach, Arbeitspapier P 92-102, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1992, S. 45ff.

Tabelle 2: Zukunftszuversicht und Anomiesymptome Jugendlicher und älterer Generationen in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 1993

		Altersgruppen											
		16 bis 27 Jahre				35 bis 55 Jahre				65 Jahre und älter			
		Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	
Anteile in Prozent													
„Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich eigentlich sehr zuversichtlich“*)	1990	65	-	65	-	65	-	59	-	53	-	52	-
	1991	69	-	61	-	57	-	48	-	52	-	55	-
	1992	78	77	74	74	64	62	58	56	64	50	65	47
	1993	65	70	61	58	51	50	45	49	47	44	46	38
„Ich fühle mich oft einsam“*)	1990	12	-	21	-	11	-	17	-	23	-	29	-
	1991	14	-	14	-	15	-	20	-	14	-	37	-
	1992	17	10	12	17	13	15	19	26	16	20	27	37
	1993	20	14	20	16	18	17	24	23	23	26	36	36
„Meine Arbeit macht mir keine Freude“*)	1990	23	-	29	-	16	-	14	-	-	-	-	-
	1991	13	-	22	-	16	-	19	-	-	-	-	-
	1992	22	17	13	15	14	16	17	19	-	-	-	-
	1993	17	12	18	13	17	18	22	21	-	-	-	-
„Das Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft ist für mich kompliziert“*)	1990	28	-	29	-	22	-	25	-	34	-	36	-
	1991	19	-	31	-	29	-	36	-	46	-	49	-
	1992	15	8	15	10	19	13	26	16	52	24	48	48
	1993	20	10	17	16	28	19	32	20	57	29	58	58

- = Indikator wurde nicht erhoben.

*) Zusammengefaßte Anteile „Stimmt ganz und gar“ und „Stimmt eher“.

Datenbasis: SOEP-Querschnitte (1990-1993); eigene Berechnungen.

Arbeitsplatzes als die ostdeutsche Vergleichsgruppe. Dieser Trend läßt sich auch bei den bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen älteren Ostdeutschen feststellen. Die Häufigkeit ihrer „großen Sorgen“ um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist von 1990 bis 1993 sogar kontinuierlich gestiegen.

Zusammenfassend kann zu Tabelle 1 festgehalten werden, daß seit 1993 die Krisenerscheinungen in der deutschen Wirtschaft subjektiv nun gleichermaßen stark von ost- und westdeutschen Befragten wahrgenommen werden: Die Anteile derjenigen, die sich „große Sorgen“ um die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland machen, sind in beiden Vergleichsgruppen gestiegen. Um die Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Situation waren und sind aber nach wie vor Ostdeutsche wesentlich besorgter als die westdeutschen Befragten.

2. Zukunftszuversicht und Anomiesymptome

Anomiesymptome sind Anzeichen von Belastungen und einer „mangelnden sozialen Integration“, d.h., sie sind „ein Maß für Defizite im (persön-

lichen) Wohlbefinden“¹⁴. Der Zukunftsoptimismus Jugendlicher spiegelt in eindrucksvoller Weise ihr momentanes Lebensgefühl wider. Befragt zur eigenen Zukunft, gaben viele ost- und westdeutsche Jugendliche an, daß sie ihre persönliche Zukunft eher zuversichtlich sehen. Tabelle 2 zeigt, daß die Zukunftszuversicht ostdeutscher Jugendlicher sich von 1990 (65 Prozent) bis 1992 (76 Prozent) insgesamt positiv verändert hat. 1993 war allerdings ein Stimmungsrückgang zu verzeichnen: Nur noch 64 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen gaben an, zuversichtlich zu sein, wenn sie an ihre Zukunft denken. Ein ähnlicher Rückgang der Zukunftszuversicht ist auch bei westdeutschen Jugendlichen zu erkennen: Hier reduzierte sich der Anteil von insgesamt 75 Prozent (1992) auf 64 Prozent (1993). D.h., ost- und westdeutsche Jugendliche weisen hier momentan eine vergleichbare rückläufige Grundstimmung auf. Männliche Jugendliche in Ost und West waren dabei etwas zuversichtlicher als weibliche.

¹⁴ Wolfgang Glatzer, Subjektives Wohlbefinden, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1989. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe Bd. 305 der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1989, S. 379-382.

Welche Meinung Jugendliche darüber haben, wie gut sie sich in der Gesellschaft zurechtfinden, ist ein weiterer Hinweis für eine erfolgte oder nicht erfolgte Integration. Während 1990 noch 28 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen das Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft kompliziert erschien, betrug dieser Anteil 1992 nur noch 15 Prozent bzw. 1993 18 Prozent. Diese positive Entwicklung betrifft gleichermaßen männliche und weibliche Jugendliche. Allerdings sind viele dieser Jugendlichen (noch) nicht von den Folgen der gegenwärtigen Arbeitsmarktkrise betroffen, auch dürften die neuen Ausbildungsmöglichkeiten und die generelle Freiheit, sich selbst für ein Ausbildungsziel zu entscheiden, den Zukunftsoptimismus der Jugendlichen fördern. Auf der anderen Seite steht die Feststellung, daß trotz der neu gewonnenen „Freiheiten“ etwa jeder fünfte ostdeutsche Jugendliche 1993 angab, sich einsam zu fühlen; jeder sechste äußerte, seine Arbeit (die Ausbildung) mache ihm keine Freude mehr. Dieses Ergebnis spricht für eine noch nicht gelungene soziale Integration ostdeutscher Jugendlicher, verbunden mit Orientierungsproblemen in der Gesellschaft. Eine mögliche Ursache dafür ist, daß besonders ältere ostdeutsche Jugendliche, deren Sozialisation noch in der DDR erfolgte, heute angesichts des Konkurrenzdrucks einer „Ellenbogengesellschaft“ und der Notwendigkeit, ständig eigene Entscheidungen treffen zu müssen, die „Geborgenheit“ und Fürsorgefunktion des DDR-Staates vermissen. Zusätzlich dazu läßt die Gefahr, trotz einer guten und anerkannten Ausbildung keinen gesicherten bzw. der Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, viele ostdeutsche Jugendliche 1993 ihre eigenen Zukunftsperspektiven wieder kritischer beurteilen, was sich negativ auf ihre Befindlichkeit auswirkt.

Bei den westdeutschen Jugendlichen der Untersuchungsgruppe traten diese Anomiesymptome in (wesentlich) geringerem Maß auf als bei den ostdeutschen Gleichaltrigen. Im Vergleich mit der zweiten und dritten Generation blickten besonders die Befragten der dritten Altersgruppe weniger züversichtlich in ihre Zukunft, fühlten sich häufiger als Jugendliche einsam und fanden das Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft bis 1993 zunehmend komplizierter.

3. Wichtigkeit von Lebenszielen

Lebensziele geben Aufschluß darüber, welche Werte Jugendliche oder Angehörige älterer Generationen jeweils anstreben. Besonders interessant ist eine Analyse von Lebenszielen Jugendlicher, weil diese auf grundlegende Lebensorientierungen

schließen lassen. Tabelle 3 zeigt, daß Jugendliche in Ostdeutschland allgemein *jeden* Lebensbereich höher bewerten als die im Westen lebende Altersgruppe. In der Rangfolge der wichtigen Lebensbereiche weisen Jugendliche in Ost und West allerdings eine bemerkenswerte Ähnlichkeit auf. An der Spitze stehen gleichermaßen „Eine glückliche Ehe/Partnerschaft“, wohingegen „Ein eigenes Haus haben“ und „Sich politisch/gesellschaftlich einsetzen“ keinen hohen Stellenwert für die ost- und westdeutschen Jugendlichen haben. Allerdings ist dies ein Phänomen, das auch in den anderen Altersgruppen anzutreffen ist¹⁵.

Ein deutlicher Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen wird bei der Bewertung des Lebenszieles „Erfolg im Beruf haben“ sichtbar. Während dieses Ziel bei den ostdeutschen Jugendlichen an zweiter Stelle der Rangfolge steht und von 59 Prozent als „sehr wichtiges“ Lebensziel angesehen wird, rangiert beruflicher Erfolg bei den westdeutschen Jugendlichen erst an vierter Stelle. Es finden sich übrigens Hinweise dafür, daß ostdeutsche Jugendliche vor der Wende anders gewichteteten: „Der Wert der Arbeit hat erst seit 1989/90 einen Spitzenplatz in der Hierarchie der Lebensziele der jungen Leute eingenommen. Zu DDR-Zeiten wurde die sinnerfüllte Arbeit von ihnen eher kontemplativ-positiv eingeschätzt. Sie war für sie jedoch weniger ein Lebenswert, den es aktiv anzustreben galt, belegte daher meist nur einen mittleren Rangplatz.“¹⁶ Die Ursache für die gestiegene Bedeutung dieses Lebenszieles, das auch in traditionellen Werten der Arbeitsgesellschaft der DDR und in der Vorbildwirkung der zumeist berufstätigen Eltern verankert ist, liegt in den Bedingungen der neuen Gesellschaft: Die Jugendlichen müssen sich bald auf dem angespannten Arbeitsmarkt bewähren. Hinzu kommt, daß neue Berufschancen und Weiterbildungsangebote den Jugendlichen Möglichkeiten eröffnen, die sie in der DDR nicht hatten. Sie sind ein weiterer wichtiger Aspekt, weshalb die Bedeutung des Wertes „Erfolg im Beruf“ gestiegen ist.

Westdeutsche Jugendliche bewerten nur den Lebensbereich „Selbstverwirklichung“ höher als die entsprechende ostdeutsche Altersgruppe. Generell läßt die bei den westdeutschen Jugendlichen ermittelte Rangfolge wichtiger Lebensbereiche auf eine *postmaterialistischere* Lebenseinstellung schließen. Werte, die auf die Selbstentfaltung der eigenen

15 Vgl. hierzu D. Landua (Anm. 13).

16 Peter Förster, Jugendliche in Sachsen auf dem Weg in das vereinte Deutschland. Dokumentation einer Intervallstudie 1987 bis 1992, Leipzig 1992, S. 205.

Tabelle 3: Wichtigkeit von Lebenszielen von verschiedenen Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht 1990 (West) und 1992 (Ost)

	Altersgruppen											
	16 bis 27 Jahre				35 bis 55 Jahre				+ 65 Jahre			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W	M	W
Anteil „sehr wichtig“ in Prozent												
Wichtigkeit:*)												
- Glückliche Ehe/Partnerschaft führen	46	62	45	73	66	72	78	81	63	39	77	55
- Viel mit Freunden zusammen sein	47	46	50	45	12	15	14	16	11	15	9	13
- Erfolg im Beruf haben	48	32	55	62	31	15	45	37	-	-	-	-
- Sich selbst verwirklichen	43	45	38	40	20	16	26	24	7	5	10	9
- Sich etwas leisten können	35	22	43	31	17	9	28	22	10	7	19	14
- Für andere da sein	15	36	22	37	16	22	21	26	19	28	21	28
- Die Welt sehen/viele Reisen machen	21	28	26	30	11	11	8	8	7	7	13	11
- Kinder haben	11	18	11	29	39	46	60	73	35	38	42	45
- Ein eigenes Haus bauen	17	10	16	11	24	18	28	24	30	17	21	15
- Sich politisch/gesellschaftlich einsetzen	3	3	3	1	4	3	2	1	3	1	3	2

*) „Verschiedenen Menschen sind verschiedene Dinge im Leben wichtig. Sind für Sie persönlich die folgenden Dinge sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder ganz unwichtig?“

- = Trifft nicht zu.

Abkürzungen: „M“ = männlich; „W“ = weiblich.

Datenbasis: SOEP-Ost (1992); SOEP-West (1990); eigene Berechnungen.

Persönlichkeit zielen, sind demnach bei ihnen stärker ausgeprägt als bei ostdeutschen Jugendlichen. Daß ostdeutsche Jugendliche diese bisher nicht in gleichem Maß entwickelt haben, läßt sich mit einem gewissen Nachholbedarf erklären. Viele beliebte Konsumgüter waren in der ehemaligen DDR Mangelware und zudem sehr teuer.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis wird deutlich, wenn man nach dem Geschlecht der Befragten differenziert. Tabelle 3 zeigt, daß ostdeutsche junge Frauen (16 bis 27 Jahre) eine *doppelte Anspruchshaltung* haben. Im Gegensatz zu jungen Frauen aus dem Westen bewerten sie „Erfolg im Beruf“ höher als junge Männer – in Ost und West. Gleichzeitig wird aber auch „Kinder haben“ als wichtiges Lebensziel angegeben. Zurückführen läßt sich diese doppelte Anspruchshaltung auf die Sozialisation ostdeutscher Frauen, die wie die männlichen Jugendlichen einen Anspruch auf Erwerbstätigkeit und berufliche Entwicklung erheben. Die Verwirklichung dieser in der DDR staatlich geförderten Haltung gerät gegenwärtig durch die Umstrukturierung konkreter sozialer Hilfeleistungen in Gefahr¹⁷.

17 Ausführlich wird diese Thematik diskutiert bei: Elke Holst/Jürgen Schupp, Perspektiven der Erwerbsbeteiligung von Frauen im vereinten Deutschland, Diskussionspapier

In der zweiten und dritten Altersgruppe dominieren in Ost- und Westdeutschland eine „glückliche Ehe/Partnerschaft“ als wichtigstes Lebensziel. Die Kombination von „Erfolg im Beruf“ und „Kinder haben“ sowie das Lebensziel „Sich etwas leisten können“ ist bei älteren ostdeutschen Vergleichsgruppen stärker ausgeprägt als bei westdeutschen. Diese Werte vertreten ganz offensichtlich nicht nur ostdeutsche Jugendliche, sondern auch Angehörige älterer Generationen in Ostdeutschland. Die Differenz in den wichtigen Lebenszielen ost- und westdeutscher Jugendlicher und Angehöriger älterer Generationen ist aus den jeweils unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in der DDR und in der (alten) Bundesrepublik zu erklären. Die Probleme, mit denen ostdeutsche Frauen, die bei-

Nr. 68 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 1993; dies., Erwerbsbeteiligung und Erwerbsorientierung von Frauen in West- und Ostdeutschland 1990 bis 1993, Diskussionspapier Nr. 90 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 1994; E. Kistler/D. Jaufmann/A Pfaff (Anm. 12), S. 39ff.; Barbara Bertram, Zur Entwicklung der sozialen Geschlechterverhältnisse in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/95, S. 33; Ingrid Kurz-Scherf, Frauen zurück an Heim und Herd – eine patriarchale Illusion. Warum die einfache Übertragung westdeutscher Strukturen auf die neuen Bundesländer scheitern muß, in: Frankfurter Rundschau vom 27. 4. 1992, S. 10.

Tabelle 4: Gegenüberstellung von Erwerbsabsichten und subjektiver Einschätzung der Arbeitsmarktchancen Ost- und Westdeutscher zwischen 1990 und 1993

		1990		1991		1992		1993	
		M	W	M	W	M	W	M	W
in Prozent									
Schüler/Studenten:									
Absicht, auf jeden Fall eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen ¹	Ost	96	90	79	87	87	82	81	85
	West	80	81	85	79	78	78	71	85
Stelle finden ist schwierig/praktisch unmöglich ²	Ost	66	74	91	82	83	85	65	86
	West	65	74	56	75	50	65	68	83

1 „Beabsichtigen Sie, in der Zukunft (wieder) eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen?“

2 „Wenn Sie jetzt eine Arbeit suchen würden: Ist oder wäre es für Sie leicht, schwierig oder praktisch unmöglich, eine geeignete Stelle zu finden?“

Abkürzungen: „M“ = männliche Jugendliche; „W“ = weibliche Jugendliche.

Datenbasis: SOEP (1990 bis 1993); eigene Querschnittsberechnungen.

des wollen – Familie und Beruf –, heute zu kämpfen haben, werden sich wohl aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation und des Wegfalls vieler von den Frauen der DDR geschätzten sozialpolitischen Maßnahmen längerfristig nicht lösen lassen.

IV. Auf dem Weg in die neue Gesellschaft: Übergänge von der Ausbildung in das Berufsleben

Nachdem dargestellt wurde, wie Jugendliche ihre Lebenssituation „subjektiv“, d. h. aus ihrer persönlichen Sicht, beurteilen, soll nun der Frage nachgegangen werden, wie die Integration ostdeutscher Jugendlicher in den Arbeitsmarkt „objektiv“ verläuft. Zwar kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf Basis der bislang vorliegenden empirischen Ergebnisse keine endgültige Antwort auf diese Frage gegeben werden, aber es soll versucht werden, erste Anhaltspunkte dafür zu finden, wie ostdeutsche Jugendliche die Bewältigung des Übergangs von Nichterwerbstätigkeit und Ausbildung in die Erwerbstätigkeit gelingt.

Vor der Darstellung des *objektiven* Verlaufs der Erwerbsbiographien ostdeutscher Jugendlicher soll zunächst eine kurze Gegenüberstellung von Erwerbsabsichten und *subjektiver* Einschätzung der Chancen am Arbeitsmarkt erfolgen.

1. Erwerbsabsichten und Arbeitsmarktchancen

Wie aus Tabelle 4 zu entnehmen ist, äußerten 1990 insgesamt 93 Prozent der ostdeutschen Jugend-

lichen (96 Prozent männliche und 90 Prozent weibliche Jugendliche) die feste Absicht, in Zukunft eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen. Der Anteil derer, die auch in den drei Folgejahren noch dieser Antwortposition zustimmten, hat sich bis 1993 auf 83 Prozent (männliche Jugendliche um 81 Prozent, weibliche Jugendliche um 85 Prozent) reduziert. Dieser Trend ist weniger als rückläufige Erwerbsneigung ostdeutscher Jugendlicher, sondern vielmehr als Ausdruck einer realistischen Einschätzung zu interpretieren, inwieweit eine Erwerbstätigkeit unter den heutigen Bedingungen eines immer knapper werdenden Arbeitsplatzangebotes noch realisiert werden kann. Bei westdeutschen Jugendlichen hatten schon 1990 weniger Jugendliche, insgesamt 80 Prozent, die Absicht geäußert, „auf jeden Fall“ erwerbstätig zu werden. Dieser Anteil betrug im Jahr 1993 noch 78 Prozent, war also relativ stabil.

Kaum Unterschiede zwischen nichterwerbstätigen ost- und westdeutschen Jugendlichen gab es im Frühjahr 1990 bei der Einschätzung, eine geeignete Arbeitsstelle zu finden wäre „schwierig“ oder „praktisch unmöglich“: 66 Prozent bzw. 65 Prozent der männlichen Jugendlichen aus Ost und West sowie jeweils 74 Prozent der weiblichen Jugendlichen befürchteten hierbei Probleme. Während in den beiden Folgejahren der Anteil ostdeutscher Jugendlicher, die ihre Arbeitsmarktchancen schlecht einschätzen, steigt, sinkt er bei westdeutschen Jugendlichen. 1993 hingegen wurden die Arbeitsmarktchancen von ost- und westdeutschen Jugendlichen ähnlich schlecht eingeschätzt: 65 Prozent bzw. 68 Prozent der ost- und westdeutschen männlichen Jugendlichen und 86 Prozent bzw. 83 Prozent der weiblichen Jugendlichen halten es für

Tabelle 5: Erwerbsverläufe von ost- und westdeutschen Jugendlichen zwischen 1990 und 1994 (Ost) bzw. 1989 und 1993 (West)

	Erwerbsstatus nach											
	1 Jahr			2 Jahren			3 Jahren			4 Jahren		
	G	M	W	G	M	W	G	M	W	G	M	W
	in Prozent											
Erwerbsstatus von Ost-Jugendlichen^{*)}												
- Erwerbstätig	26	30	23	34	33	35	37	33	42	50	46	55
- Berufsausbildung	38	38	39	34	29	38	23	24	22	12	10	14
- Schule/Studium	24	21	27	23	24	21	28	31	25	26	30	21
- Arbeitslos	12	11	12	10	14	6	11	12	10	13	14	11
Mindestens eine Arbeitslosenphase zwischen:												
- 1990 und 1991	12	11	12									
- 1990 und 1992				18	19	16						
- 1990 und 1993							24	28	21			
- 1990 und 1994										30	33	26
Erwerbsstatus von West-Jugendlichen^{*)}												
- Erwerbstätig	20	16	25	39	36	42	46	42	50	52	51	53
- Berufsausbildung	40	41	39	30	29	30	23	25	21	14	17	12
- Schule/Studium	37	41	32	30	33	26	28	31	25	29	29	29
- Arbeitslos	3	2	4	2	2	1	3	2	4	5	3	7
Mindestens eine Arbeitslosenphase zwischen:												
- 1989 und 1990	3	2	4									
- 1989 und 1991				4	3	5						
- 1989 und 1992							6	5	7			
- 1989 und 1993										9	8	10

^{*)} Basisjahr der Längsschnittanalysen für Ost-Jugendliche ist hier 1990; Basisjahr für West-Jugendliche ist aus datentechnischen Gründen 1989. Status der Jugendlichen zum Basisjahr war jeweils „Nichterwerbstätig“ bzw. „In Ausbildung“.

Abkürzungen: „G“ = Insgesamt; „M“ = männliche Jugendliche; „W“ = weibliche Jugendliche.

Aufgrund von Rundungsfehlern addieren sich die Prozentzahlen nicht in jedem Fall auf 100.

Datenbasis: SOEP (1989–1994), eigene Längsschnittberechnungen (für 1994 vorläufige Hochrechnung).

„schwierig“ oder „praktisch unmöglich“, eine geeignete Stelle zu finden. Damit fällt die Beurteilung der Arbeitsmarktchancen bei ostdeutschen Jugendlichen zwar wieder etwas „optimistischer“ aus als 1991 und 1992, allerdings liegt der Anteil der weiblichen Jugendlichen, die diese Befürchtungen äußerten, ähnlich wie in Westdeutschland weit über dem der männlichen Jugendlichen. Dies entspricht der tatsächlichen Arbeitsmarktlage.

2. Erwerbsverläufe ost- und westdeutscher Jugendlicher

Nachdem gezeigt wurde, wie Jugendliche ihre Arbeitsmarktchancen beurteilen, soll nun anhand der Daten des SOEP der Jahre 1990 bis 1994 überprüft werden, wie der Übergang der ostdeutschen Jugendlichen in die Erwerbstätigkeit tatsächlich

verlaufen ist (vgl. Tabelle 5). Betrachtet man rückblickend ab 1994 den bis dahin erreichten Zielstand des Erwerbsverlaufs ost- und westdeutscher Jugendlicher, der gleichzeitig wichtige Aspekte ihrer Integration in die Gesellschaft widerspiegelt, ergibt sich für die beiden Gruppen folgendes Bild:

a) Ostdeutsche Jugendliche

Die Prozentanteile von 1991 bis 1994 lassen insgesamt nur wenig Hinweise finden, die für deutlich zunehmende Probleme beim Berufseintritt Jugendlicher sprechen. Von den 1990 noch nicht erwerbstätigen ostdeutschen Jugendlichen war 1991, nach einem Jahr, bereits mehr als jeder vierte erwerbstätig. Dieser Anteil erhöhte sich kontinuierlich bis 1994 auf über 50 Prozent, gleichzeitig erwartungsgemäß der Anteil der in Ausbil-

derung befindlichen Jugendlichen deutlich zurück. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen hat sich bis 1994 insgesamt nur wenig verändert. Eine nennenswerte Gruppe von dauerarbeitslosen Jugendlichen ist über den untersuchten Zeitraum nicht zu erkennen. Die Prozentangaben in Tabelle 5 beziehen sich auf die Verteilung des Erwerbsstatus in den einzelnen Jahren. Die Veränderungen dieser Verteilungen spiegeln jedoch das Ausmaß tatsächlicher Erwerbsübergänge nicht korrekt wider, da in ihnen lediglich der „Endsaldo“ von Ein- und Austritten in einzelne Statuskategorien zum Ausdruck kommt. Betrachtet man die Gesamtheit aller stattgefundenen Statuspassagen im einzelnen, ergibt sich ein detaillierteres Bild über die Struktur individueller Erwerbsverläufe im Untersuchungszeitraum¹⁸.

1994 waren insgesamt 50 Prozent der in die Untersuchung einbezogenen ostdeutschen Jugendlichen erwerbstätig, d.h., der Übergang von der Ausbildung in das Erwerbsleben gelang den meisten Jugendlichen, verlief jedoch nicht für alle reibungslos. Von diesen haben allerdings nur 39 Prozent (42 Prozent männliche und 36 Prozent weibliche Jugendliche) nach ihrer Ausbildung einen „regulären“ Wechsel – ohne eine weitere, erneute Ausbildung bzw. ein Studium oder eine Arbeitslosenphase – in das Erwerbsleben vollzogen. 10 Prozent der ab 1991 erwerbstätig gewordenen Jugendlichen blieben bis 1994 auch konstant erwerbstätig. Umgekehrt hatten von den 1994 Erwerbstätigen in den zurückliegenden Jahren 11 Prozent mindestens eine Phase der Arbeitslosigkeit erlebt (12 Prozent männliche und 10 Prozent weibliche Jugendliche).

In Ausbildung waren 1994 noch insgesamt 12 Prozent der Jugendlichen, davon drei Prozent konstant seit 1990, weitere sechs Prozent unterbrachen bzw. beendeten ihr Studium, um dann noch einmal eine Berufsausbildung oder ein anderes Studium zu beginnen. Eine Erklärung dafür könnte sein, daß sich einige dieser Jugendlichen aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage in einer „Warteschleife“ befanden bzw. daß sie nach der Wende die Chance nutzen wollten, nun doch noch ihren Wunschberuf zu realisieren.

Von den befragten Jugendlichen waren 1994 26 Prozent Schüler bzw. Studenten, einschließlich acht Prozent „Dauerstudenten“, die ohne Unterbrechung von 1991 bis 1994 studierten. Fast jeder zehnte heute studierende Jugendliche beendete

oder unterbrach seine Berufsausbildung, um danach ein Studium aufzunehmen. Von diesen zehn Prozent der ostdeutschen Jugendlichen erlebten drei Prozent nach der Beendigung ihrer Ausbildung eine Arbeitslosenphase und nahmen ein Studium auf, um ihre Arbeitslosigkeit zu beenden bzw. ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Weitere fünf Prozent der 1994 insgesamt 26 Prozent Studenten waren 1991 erwerbstätig, begannen aber in den Folgejahren entweder eine neue Berufsausbildung oder ein Studium.

Arbeitslos gemeldet waren 1994 insgesamt 13 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen, d.h., fast jeder siebente männliche und jede neunte weibliche Jugendliche in Ostdeutschland war 1994 ohne Arbeitsplatz. Von diesen 1994 arbeitslos gemeldeten Jugendlichen hatten drei Prozent drei Arbeitslosenphasen (mit oder ohne Unterbrechung) erlebt, fünf Prozent waren bereits zweimal und weitere fünf Prozent mindestens einmal in ihrem Erwerbsverlauf arbeitslos.

b) Westdeutsche Jugendliche

Bei den westdeutschen Jugendlichen nahmen in einem Zeitraum von vier Jahren insgesamt 52 Prozent der in die Untersuchung einbezogenen Jugendlichen eine Erwerbstätigkeit auf. Von diesen 1993 erwerbstätigen Jugendlichen wechselten 49 Prozent (48 Prozent männliche und 50 Prozent weibliche Jugendliche) nach ihrer Ausbildung regulär in das Erwerbsleben. Nur 13 Prozent der 1990 erwerbstätig gewordenen Jugendlichen blieben bis 1993 auch konstant erwerbstätig. Dieses Teilergebnis entspricht in etwa dem für ostdeutsche Jugendliche festgestellten Erwerbsverlauf.

In Ausbildung waren 1993 noch insgesamt 14 Prozent der Jugendlichen, davon ein Prozent konstant seit 1990, weitere acht Prozent unterbrachen bzw. beendeten ihr Studium, um eine neue Berufsausbildung zu beginnen.

29 Prozent der bis 1993 befragten Jugendlichen waren Schüler bzw. Studenten, davon waren 13 Prozent „Dauerstudenten“. Etwa jeder fünfzehnte heute studierende Jugendliche beendete oder unterbrach seine Berufsausbildung, um danach ein Studium aufzunehmen. Von diesen sechs Prozent der westdeutschen Jugendlichen erlebte ein Prozent nach der Beendigung ihrer Ausbildung eine Arbeitslosenphase und nahm dann ein Studium auf, um die Arbeitslosigkeit zu beenden bzw. die eigenen Arbeitsmarktchancen zu verbessern. Weitere sieben Prozent der insgesamt 29 Prozent Studenten 1993 waren 1990 erwerbstätig, begannen aber in den Folgejahren

¹⁸ Eine tabellarische Darstellung der Struktur individueller Erwerbsverläufe unterbleibt hier aus Platzgründen.

entweder eine neue Berufsausbildung oder ein Studium.

Arbeitslos gemeldet waren 1993 insgesamt nur fünf Prozent der westdeutschen Jugendlichen, d. h., es waren 1993 drei Prozent der männlichen und sieben Prozent der weiblichen Jugendlichen ohne Arbeitsplatz. Von diesen hatten zwei Prozent bereits zwei Arbeitslosenphasen (auch mit Unterbrechung) erlebt, drei Prozent waren mindestens einmal in ihrem Erwerbsverlauf arbeitslos.

Betrachtet man die hier für ost- und westdeutsche Jugendliche vorgestellten Erwerbsverläufe insgesamt, kommt man zu folgenden *gemeinsamen Ergebnissen*:

1. Gut der Hälfte der 1990 (Ost) und 1989 (West) nichterwerbstätigen oder in Ausbildung befindlichen Jugendlichen gelang es, innerhalb des hier betrachteten Vierjahres-Zeitraumes bis 1994 bzw. 1993 erwerbstätig zu werden.
2. Im gleichen Maß wie die Erwerbstätigkeit der Jugendlichen zunahm, nahm erwartungsgemäß vor allem die Zahl derer, die sich noch in der Ausbildung befinden, kontinuierlich ab. Waren es 1990 in Ostdeutschland 38 Prozent und 1989 in Westdeutschland noch 40 Prozent, reduzierte sich dieser Anteil bis 1994 bzw. 1993 auf 12 bzw. 14 Prozent.
3. Ähnlich verhielt es sich mit dem Anteil der Studenten unter den Jugendlichen, der bis 1994 im Osten 26 Prozent und bis 1993 im Westen 29 Prozent betrug. Während aber der Anteil der Studenten im Osten von 1991 nahezu gleichgeblieben ist, kann für Westdeutschland zwischen 1989 (37 Prozent) und 1993 (29 Prozent) ein leichter Rückgang um acht Prozent festgestellt werden. Möglicherweise beendeten die Studenten in Westdeutschland ihre Ausbildung, um eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, während ostdeutsche Jugendliche nach einer bereits absolvierten Ausbildung noch ein Studium begannen, um sich weiterzuqualifizieren und damit ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern oder auch um sich einen Berufswunsch zu erfüllen, der vor der Wende nicht realisierbar war.

Unterschiede in den Erwerbsverläufen bei ost- und westdeutschen Jugendlichen finden sich hingegen bei der Arbeitslosigkeit.

In der ostdeutschen Untersuchungsgruppe waren jeweils im Jahresdurchschnitt von 1991 bis 1994 zwischen 12 Prozent und 13 Prozent der Jugendlichen von Arbeitslosigkeit betroffen, bei den

westdeutschen Jugendlichen waren es 1990 nur drei und 1994 fünf Prozent. D. h. im Jahresdurchschnitt war jeweils etwa jeder fünfundzwanzigste Jugendliche im Westen von Arbeitslosigkeit betroffen, im Osten dagegen jeder achte. Noch deutlicher werden diese Unterschiede, wenn man die Jugendlichen betrachtet, die in dem hier untersuchten Vierjahreszeitraum mindestens einmal arbeitslos waren. In Ostdeutschland war dies zwischen 1990 und 1994 bei rund 30 Prozent aller befragten Jugendlichen zwischen 16 und 27 Jahren (davon 33 Prozent männliche und 26 Prozent weibliche Jugendliche) der Fall. In Westdeutschland hingegen waren es „nur“ neun Prozent der Jugendlichen (acht Prozent männliche und zehn Prozent weibliche Jugendliche), die zwischen 1989 und 1993 mindestens einmal arbeitslos gemeldet waren.

Noch differenzierter wird dieser große Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen anhand der Anzahl der Arbeitslosenphasen (vgl. Tabelle 6). In dem hier beschriebenen Untersuchungszeitraum waren insgesamt 70 Prozent der ostdeutschen und rund 90 Prozent der westdeutschen Jugendlichen in ihrem Erwerbsverlauf nie von Arbeitslosigkeit betroffen. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind dabei eher gering. Drei Phasen der Arbeitslosigkeit erlebt zu haben, gaben fünf Prozent der ostdeutschen männlichen Jugendlichen an. In Westdeutschland hatten dies weder männliche noch weibliche Jugendliche der Untersuchungsgruppe erlebt. Jugendliche, die zwischen 1991 und 1994 bereits ein- oder zweimal arbeitslos gemeldet waren, gab es in Ostdeutschland fast dreimal so häufig wie in Westdeutschland. Diese müssen im Rahmen des Transformationsprozesses als eine Problemgruppe unter den Jugendlichen lokalisiert werden. Der wichtige Übergang von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit ist ihnen bislang nur unter Schwierigkeiten bzw. noch nicht (wieder) gelungen.

Als wichtigstes Ergebnis der hier auszugsweise referierten Verlaufsanalyse kann damit festgehalten werden, daß bis 1994 bei der überwiegenden Mehrheit der ostdeutschen Jugendlichen keine schwerwiegenden Probleme beim Übergang von der Ausbildung in die Erwerbstätigkeit zu erkennen sind. Dies ist angesichts der anhaltenden Arbeitsmarktkrise in Ostdeutschland von Bedeutung und ein Indiz für die erfolgreiche Integration ostdeutscher Jugendlicher in die neue Gesellschaft. Es darf aber dabei nicht vergessen werden, daß immerhin fast jeder dritte ostdeutsche Jugendliche zwischen 1991 und 1994 bereits die Erfahrung der Arbeitslosigkeit gemacht hat.

Tabelle 6: Anzahl/Dauer von Arbeitslosenphasen bei ost- und westdeutschen Jugendlichen 1989/90 bis 1993/94

	Ostdeutsche Jugendliche			Westdeutsche Jugendliche		
	G	M	W	G	M	W
	in Prozent					
Anzahl der Arbeitslosenphasen:						
- eine Arbeitslosenphase	17	19	14	6	6	6
- bis zu zwei Jahren arbeitslos	10	9	12	3	2	4
- bis zu drei Jahren arbeitslos	3	5	0	0	0	0
- bis zu vier Jahren arbeitslos	0	0	0	0	0	1
- Keine Arbeitslosenphase	70	67	74	90	92	89

Abkürzungen: „G“ = Insgesamt; „M“ = männliche Jugendliche; „W“ = weibliche Jugendliche.

Datenbasis: SOEP (1989–1994), eigene Längsschnittberechnungen.

V. Ausblick

Wie schnell der Prozeß des Zusammenwachsens der Jugendgeneration Ost- und Westdeutschlands vonstatten geht, hängt ganz wesentlich davon ab, wie die Angleichung der Lebensbedingungen gelingt, da diese überhaupt erst vergleichbare Lebenserfahrungen ermöglicht.

Ein positives Signal auf diesem Weg ist, daß die ostdeutschen Jugendlichen ihre eigene Lebenssituation inzwischen weitgehend optimistisch einschätzen. Sie finden sich zunehmend besser in den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht und machen sich weniger Sorgen um zentrale Lebensbereiche. Das vergleichsweise hohe Ausmaß an subjektivem Wohlbefinden ist sicher günstig für ihren weiteren Integrationsprozeß in die neue Gesellschaft und wird sich wohl auch von den Erfahrungen anderer (älterer) Bevölkerungsgruppen abheben. Die Fähigkeit Jugendlicher, sich rasch auf Neues einzustellen, und ihre hohe Flexibilität helfen ihnen, sich den neuen Bedingungen anzupassen und diese auch anzunehmen. Daß sich diese positiven Ansätze fortsetzen, bleibt zu wünschen.

Beunruhigend ist, daß sich die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt trotz des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs bislang kaum entspannt hat. Die Gefahr, daß nennenswerte Teile ostdeutscher Jugendlicher nach Beendigung ihrer Berufsausbildung oder ihres Hochschulstudiums zunächst in ein berufliches Vakuum fallen, ist keineswegs gebannt. Die möglichen Folgen von Arbeitslosigkeit haben viele bislang nicht betroffene Jugendliche bereits in ihrem Familienkreis erfahren müssen.

Nicht zu übersehen sind schließlich die ebenfalls auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführenden Integrationsprobleme weiblicher Jugendlicher in Ostdeutschland. Weil sich unter den neuen Bedingungen Familie und Berufstätigkeit nur noch sehr schwer verwirklichen lassen, haben die jungen Frauen ihren Kinderwunsch bereits hinausgeschoben. Dessenungeachtet sind sie stärker als ihre männlichen Altersgenossen von Arbeitslosigkeit betroffen.

Stefan Hradil: Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und „Altlasten“ in Ostdeutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 3–15

Ähnlich wie Umweltschäden und verwahrloste Bausubstanzen in den neuen Bundesländern als „Altlasten“ gelten, so werden auch bestimmte „alte“ Denk- und Verhaltensweisen in Ostdeutschland nicht selten als Modernisierungshemmnisse angesehen. Im vorliegenden Beitrag wird darauf hingewiesen, daß einige der in den neuen Bundesländern häufigen Mentalitäten und Verhaltensmuster im Gegenteil Zukunftspotentiale darstellen. Dies gilt für manche erhaltenen Netzwerke ebenso wie für gemeinschaftsorientierte Einstellungen oder „Chaosqualifikationen“. Begründet wird diese Einschätzung mit modernisierungstheoretischen Argumenten und Befunden, die genauer als üblich darauf eingehen, was in „postindustriellen Gesellschaften“ erforderlich ist.

Michael Vester: Deutschlands feine Unterschiede. Mentalitäten und Modernisierung in Ost- und Westdeutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 16–30

Modernisierungsprozesse haben sowohl Gewinner als auch Verlierer(innen). Das bestätigt der ausführliche Vergleich der ost- und westdeutschen Mentalitäten. Die Blockierung der DDR-Entwicklung durch den bürokratischen Wasserkopf und die altindustriellen Wirtschaftsstrukturen drückte sich auch in den Disparitäten der Milieus aus. Nicht zuletzt fehlte eine moderne arbeitnehmerische Mitte. Durch den Elitenwechsel in den fünfziger Jahren waren nicht nur kompetente Funktionsebenen zugunsten kleinbürgerlicher Aufsteiger mit zu engen Kompetenzen deklassiert, sondern auch die Produktivkräfte der Innovation blockiert worden, die in den technokratischen Eliten, in der kulturellen und technischen Intelligenz und in der sehr großen ostdeutschen Facharbeiterschaft das System lange wenigstens noch „am Laufen hielten“. Gerade die Mehrheiten dieser dynamischen Gruppen sehen sich nach der Wende (weniger aus Markt- als aus Machtgründen) überproportional deklassiert bzw. durch den Abbau der Landwirtschaft und Industrie ausgegliedert. Wie örtlich begrenzte Beispiele einer weltmarktgerechten Re- und Neo-Industrialisierung zeigen, könnten z. B. die vielfältigen Spezialisierungen der Facharbeiterschaft und ihre Fähigkeit zum Gemeinschaftshandeln ebenso wie die jetzt brachliegenden Qualifikationen vieler Frauen für die wirtschaftliche Modernisierung genutzt werden.

Ursula Schröter: Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß. Eine soziologische Analyse zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen (1990–1994)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 31–42

Fünf Jahre nach dem Herbst 1989 sind ostdeutsche Frauen in besonderer Weise von den sozialen Problemen des Transformationsprozesses betroffen. Sie sind in höherem Maße als ostdeutsche Männer arbeitslos, obwohl ihr Wunsch nach Berufstätigkeit nicht wesentlich geringer und die Orientierung auf beruflichen Erfolg sogar größer geworden ist. Junge ostdeutsche Frauen verzichten in höherem Maße als westdeutsche und in sehr viel höherem Maße als DDR-Frauen auf Kinder, obwohl sich an dem Kinderwunsch kaum etwas geändert hat. Nach Jahren der radikalen gesellschaftlichen Veränderungen und abrupten biographischen Brüche reflektieren ostdeutsche Frauen empfindliche Verluste (soziale Kälte, Ängste...), aber auch Gewinne, die Sehnsucht nach der DDR im größeren Maße nicht aufkommen lassen (Reisefreiheit, Warenangebot...). Soziale Differenzierungen werden immer deutlicher: Einerseits gibt es die Abkopplung einer größeren Frauengruppe vom gesellschaftlichen Leben und von Zukunftshoffnungen. Andererseits ist ein kleinerer Teil ostdeutscher Frauen – überdurchschnittlich aktiv und überdurchschnittlich qualifiziert – bereits im „neuen Deutschland“ angekommen, nutzt und befördert die neuen Lebensmöglichkeiten und verweist oft gleichzeitig auf „zu Erhaltendes“ aus der Vergangenheit.

Kerstin Seiring: Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 43–55

Zentrale Fragestellung des Beitrages ist, wie die Integration ostdeutscher Jugendlicher in die Bundesrepublik Deutschland gelingt. Anhand von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) der Jahre 1990–1994 wird versucht, vorläufige Antworten zu geben. Dazu wird die subjektive Sicht der ostdeutschen Jugendlichen – ihre Zukunftszuversicht, Erwartungen, Ängste, Sorgen – der objektiven Situation beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf gegenübergestellt. Die Bilanz ist insgesamt positiv.

Die Mehrheit der Berufsanfänger fand eine Stelle und behielt sie auch über den untersuchten Zeitraum. Das subjektive Wohlbefinden dieser Jugendlichen hat sich mit dem Erfolgserlebnis verbessert, das Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft scheint weniger kompliziert, der Zukunftsoptimismus ist gestiegen. Aber nicht allen Jugendlichen aus den neuen Bundesländern ist der Statuswechsel von der Berufsausbildung zur Erwerbstätigkeit bis 1994 reibungslos gelungen. Das niedrige Niveau der Lebenszufriedenheit arbeitsloser Jugendlicher macht deutlich, daß diese mit zunehmender Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu einer Problemgruppe innerhalb des Transformationsprozesses werden könnten. Insgesamt zeigen die Ergebnisse dieses Beitrages aber, daß bei ostdeutschen Jugendlichen ein großes Potential an optimistischen Einstellungen und Orientierungen vorhanden ist, das vorteilhaft für ihre Integration in die neue Gesellschaft sein wird, wenn sie von der Gesellschaft eine Chance erhalten.